SCHWARZER FADEN

VIERTELJAHRESSCHRIFT
FÜR LUST UND FREIHEIT

14. Jg. 3/93 7.-DM E9860F

Antifaschismus
Medienrandale
Kropotkin-Kongreß
Frauen-KZ Ravensbrück
Chomsky: Das Jahr 501



SF-Intern

Der *Schwarze Faden* erscheint mittlerweile im 14. Jahrgang. Die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung von 900 Auflage und 44 Seiten (1980) auf 3000 Auflage und 72 Seiten (1991) ist leider zum Stillstand gekommen. Zwar kam es nicht zu einem großen Einbruch wie ihn manche "sozialistisch" ausgerichtete Zeitschriften nach der "Wiedervereinigung" erleben mußten (ATOM, Weltbühne, Projektil etc. wurden z.B. ganz eingestellt, die LINKS und der FREITAG rufen nach einer recht großen Anzahl von NeuabonnentInnen), doch beklagen wir einen Rückgang vor allem bei linken Buchhandlungen. Unser derzeitiger Stand (1930 ABOs und 2500-2700 Auflage) ermöglicht uns die Weiterproduktion nur durch vermehrte Selbstausbeutung. Wir suchen und brauchen UnterstützerInnen, NeuABOs und WiederverkäuferInnen, um diese Zeitschrift weiter auf dem bisherigen Niveau halten zu können und bestehende Mängel (mangelnde Zeit fürs Korrekturlesen, für Werbemaßnahmen etc.) zu verbessern. Wer diese Zeitschrift wichtig findet, und die immer steigende Beteiligung durch Beiträge läßt uns da zuversichtlich sein, sollte sich überlegen, wie er/sie uns helfen kann und nicht vergessen, Wiederverkaufsexemplare der Zeitschrift auch zu Veranstaltungen, Demos, Festen etc. mitzunehmen!

Diejenigen, die sich verstärkt in den *Faden* einbringen wollen, sollten dies bis zum 15.1.94 zu erkennen geben, da wir im Frühjahr 1994 ein Treffen vorbereiten, bei dem wir genau klären wollen, wer was an Zuarbeit übernehmen kann und will.

Ab dem 1.1.1994 übernimmt der Berliner Buchvertrieb ROTATION den Vertrieb der Zeitschrift für den Buchhandel und die Infoläden, eine Regelung, die vermutlich vielen Läden aufgrund möglicher Portoersparnis angenehmer sein wird. Die jeweils gewünschte Stückzahl soll jedoch auch in Zukunft weiterhin der SF-Redaktion durchgegeben werden.

Der SF wird 1993 lediglich mit drei Nummern erscheinen. Die Nr.1/94 wird dafür bereits im Februar vorliegen.

Redaktions- und ABOanschrift:
Schwarzer Faden,
Postfach 1159
71117 Grafenau,
Tel.: 07033-44273;
Fax 07033-45264;

Wer trägt den SF mit?

Monatliche Dauerspenden zur "Verbreitung von Chaos und Anarchie im vereinten Deutschland":

F.-J.M., Dortmund 10.-; A.R., Paderborn 10.-; W.F., Berlin 10.-; T.P., Köln 10.-; E.T., Bremen 10.-; R.M, 20.-; N.H., Nürnberg 25.-; T.D.L., Berlin 30.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.A., Hersfeld 15.-; V.S., 20.-, H.W.M., Westerland 20.-; U.S., Bremen 15.-; T.S., Münster: 5.-DM

Impressum:

HERAUSGEBER:
SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
ISSN: 0722-8988.
Postzeitungsdienstnr.: E 9860 F

V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Das **Redaktionskollektiv** besteht derzeit aus 6 Menschen aus Köln, Frankfurt, Karlsruhe, Stuttgart und Grafenau.

Verlag, Satz, Vertrieb und ABOs: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe. Gedruckt wird auf **100% Altpapier**.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen.

INHALT

Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind.

"Technologie": Wer selbst oder über Unis an IBM- oder Apple Macintosh Computer rankommt, kann (und soll!) uns die Artikel auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die „Anerkennungshonorare" für aufwendige Interviews, Photos, Graphiken oder längere Übersetzungen bezahlen.

Nachdrucke: von Texten und Photos sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare erwünscht.

Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!

Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.

Abonnementsgebühren: 25-für 4 Nummern
Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.

Einzelnummer: 7.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus : 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM

Förderabo: 60.-DM (8 Nummern)
WiederverkäuferInnenrabatt: 30%

SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703 BLZ 60010070

Anzeigenpreise (alle Preise für s/w + 14% MWST!): 1 Kleinanzeige: 20.-; halbe Spalte (6cm breit x 13,5cm hoch) 150.-; ganze Spalte (6 x 27cm): 280.-DM; 1/8 Seite (8,5 x 6,5 cm) 100.-; 1/4 Seite (8,5 x 13,5cm) 200.-; 1/2 A-4-Seite: 400.-DM; 1 A-4-Seite: 1000.-DM. Beilagen: 300.-DM. Dauerkunden erhalten 30%.Rabatt!!

Medien-Rand



Weitere Fragen politischer Praxis

von der autonomen a.f.r.i.k.a-gruppe/mittlerer neckar

Es geht ... um das Ausmaß der Unfähigkeit auf Seiten der Linken, sich den wahren Problemen der Strategie und Taktik eines massenhaft geführten antirassistischen Kampfes zu stellen und sie konstruktiv durchzudiskutieren. Um ehrlich zu sein, unser gemeinsames Wissen reicht nicht aus, um die Rückseite einer Briefmarke zu füllen. Und dennoch tun wir in unseren Diskussionen über taktische Fragen und in unseren politischen Einschätzungen weiterhin so, als seien die Antworten bereis komplett in einer Art Neuausgabe von Lenins „Was Tun?" niedergelegt ... Wie ich sehe, ahnen wir erst, wie ein massenfähiger antirassistischer Kampf zu führen wäre oder wie der Zug des rassistischen Alltagsbewußtseins, der heute das Denken der Massen beherrscht, umzuleiten wäre. Diese Lektion sollten wir besser ziemlich schnell lernen. (Stuart Hall)

Foto: Moritz Milch/AFZ

Ausgangspunkt unserer Beschäftigung mit der bürgerlichen Medienrandale waren die autonomen Störaktionen der Weizsäcker- und Heuchlerdemo am 8. November 1992. Abgesehen von einer Analyse, mit welchen ‚journalistischen Mitteln' die bürgerlichen MedienmacherInnen zwischen den Spalten und über die Frequenzen randalieren, ging es in ‚Medienrandale (I)' bereits um die Schwierigkeiten der Vermittlung von Inhalten autonomer Politik unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen und unter der Voraussetzung einer auf fast allen Ebenen bürgerlicher Gesellschaft vorhandenen Hegemonie rassistischer Diskurse. Schon dort stand auch die Frage an, welche Voraussetzungen der eigenen Theorie und Praxis zu der diskursiven Niederlage nicht nur in der rassistischen Asyldebatte geführt haben.

Der nun vorliegende zweite Teil unserer Überlegungen legt das Gewicht noch mehr auf die aktuellen Probleme der Inhalte und Formen linksradikaler Praxis in der Bundesrepublik. Im folgenden erscheint es uns wichtig, jene Tendenzen zu problematisieren, die über kurz oder lang den politischen Bankrott bedeuten könnten. Nach dem Motto ‚Die Autonomen machen keinen Fehler – sie sind der Fehler' (Heinz Schenk) käme es dann nur noch darauf an, sich von bzw. aus ihnen zu verabschieden. ‚Medienrandale (II)' ist aber kein ‚Abschied', sondern ein Versuch, das autonome Agieren selbstkritisch zu untersuchen, bestimmte Mythen zu hinterfragen und die sich daraus abzeichnenden Konsequenzen für ein linksradikales politisches Projekt herauszuarbeiten. Wir wollen im folgenden anhand einiger Beispiele die gegenwärtige Krise des autonomen Antifaschismus diskutieren.

Nach den Morden in Mölln hieß es in Stuttgart, nun habe die Auseinandersetzung mit den Faschisten eine neue Qualität erreicht, es müßten verstärkt Fascho-Zusammenhänge' wie die ‚Kolbstube' (Stuttgarter Kneipe, die als Treffpunkt für Neonazis dient, SF-Red.) angegriffen werden. Diese Position vertraten einige autonome GenossInnen und forderten, daß es möglich sein müsse, die ‚Kolbstube' aus einer Protestdemonstration heraus anzugreifen. Das Vorbereitungplenum sah sich aber nicht in der Lage, einen solchen weitreichenden Beschluß für nicht anwesende Demon-

ale (II)



stranten zu treffen. So wurde für die Demo *„Kein Vertrauen in den Staat! Bekämpfen wir die faschistischen Organisationen!"* am 28. November vereinbart, aus dem Zug heraus keine Aktionen gegen das Fascho-Lokal zu unternehmen. Die Diskussionen um das Vorgehen sowie der Aufruf (*„Militante Aktionen gegen Strukturen der Faschisten vorbereiten"*) riefen die lokalen Zeitungen schon im Vorfeld auf den Plan (Stuttgarter Nachrichten: *„ ‚Autonome' rüsten gegen ‚Faschos' "*). Da Militanz angesagt war und offenbar der Schaukampf ‚rinks' gegen ‚lechts' unmittelbar bevorstand, zeigten auf einmal auch die bürgerlichen Medien ‚Interesse' am antifaschistischen Kampf. Welche Erlösung, nach dem monatelangen rechten Terror endlich wieder einmal auf das gewohnte Feindbild zurückgreifen zu können.

Die bewaffnete Staatsgewalt versuchte während der Demonstration durch massenhafte Präsenz, Spaliere, Schlagstöcke und mit Pferden zu provozieren. Alles vergebens. Die TeilnehmerInnen ließen sich nicht auf das offensichtliche Spiel ein, das da inszeniert werden sollte. Demgegenüber gelang es in einigen Redebeiträgen und vor den Augen zahlreicher PassantInnen eine inhaltlich klare und gute Zwischenkundgebung durchzuführen. Angesichts des martialischen Polizeiaufgebotes im Rücken der Demonstration wurde auch für Unbeteiligte deutlich, daß die bewaffnete Staatsgewalt sich allemal lieber mit Linken prügelt, als die Mordtaten der Rechten zu verhindern.

Doch zwei Stunden nach dem Ende der Demonstration machten sich 47 Leute auf den Weg zu dem Fascholokal, das schon unter der Woche zweimal angegriffen worden war. Trotz allem, was sich im Vorfeld ereignete, hielten sie es für angesagt, den abgeblasenen Angriff dennoch zu starten. Dabei sind sie den Bullen in die Falle gegangen. 22 Verhaftungen sind das jämmerliche Ergebnis der Dummheit, an einem solchen Tag unbedingt ‚militant' agieren zu wollen. Die Initiatoren meinten, sie hätten nicht warten können, weil „wir so oft nicht soviele sind, um eine solche Aktion wagen zu können". Auf die Vorhaltung, daß beschlossen war, an diesem Tage derlei besser bleiben zu lassen, hörten wir nur: *„Was geh'n uns die Beschlüsse von so 'nem Scheißpazifistenplenum an – wir machen das, was wir für richtig halten".*

Darüber hinaus vermochten nun die Medien aber wieder vom Inhalt der Demo abzulenken und berichteten hauptsächlich über die gescheiterte Aktion: *„Samstag mittag nach einer Demonstration linker Gruppen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit: 22 Personen nach Steinwürfen festgenommen. Angriff auf ein Lokal rechter Szene verhindert – Gewahrsam bis zum frühen Morgen"* (Stuttgarter Zeitung, 30.11. 1992).

Wir stellen dieses Beispiel deshalb an den Anfang, weil sich daran mehrere Probleme militanter linker Praxis kaleidoskopartig entfalten lassen. Zunächst die Frage nach dem Interesse der Medien an ‚den Autonomen', dann die Frage nach der Problematik von Militanz und voluntaristischem Subjektivismus angesichts einer stärkerwerdenden rechten Jugendkultur sowie schließlich die Notwendigkeit, sich dazu praktisch wie inhaltlich zu verhalten.

Die Autonomen – ein Medienclip?

Obwohl keiNe AutonomeR zu sagen vermag, was ‚die Autonomen' sind, ist diese Spezies in den Medien sehr viel wahrnehmbarer geblieben als jede andere linke Richtung. Warum? Haben sie ein politisches Patentrezept gefunden, das sie nach 1989 dazu befähigte zu überleben? Waren es ihre politischen Inhalte oder sind sie deshalb, weil sie nicht nur Debattierzirkel und Resolutionsmaschinerien darstellten, sondern immer auch jugendkulturelle Bedürfnisse befriedigten, attraktiv geblieben? Zynischerweise ließe sich antworten: Gerade weil ‚die Autonomen' inhaltlich am diffusesten von allen linken Gruppierungen und Richtungen ausfielen, machte ihnen der Zusammenbruch der Gesellschaften sowjetischen Typs am wenigsten zu schaffen.

Doch das Interesse der Medien an ‚den Autonomen' hat sehr viel mehr mit der Verfaßtheit der Medien denn mit der realen politischen Bedeutung autonomer Politik zu tun. Bürgerliche Medien sind ereignisfixiert, der Fetisch ‚Ereignis' konstituiert ihr Interesse an den autonomen Aktionen. Für die inhaltlichen Anliegen linker und autonomer Politik ist in diesen Medien kein Platz, wohl aber für die Formen militanter Folklore.

Und mit ‚den Autonomen' haben sie eine politische Richtung gefunden, die sich selbst nur allzugern symbolisch-visuell konstruiert und stilisiert. Von dem jeweiligen Selbstverständnis profitieren beide. Für ‚die Autonomen' läßt sich gar vermuten: Ohne derartige Medien würden sie in dieser Form nicht (mehr) existieren. Die Attraktivität der Autonomen ist nicht zuletzt das Ergebnis eines Mediendiskurses, der sie zu jenen entschlossenen militanten Kämpfern in schwarz stilisiert und die symbolische Repräsentanz mit Lederjacke, Stein und Molli immer mehr und immer von neuem zum unhinterfragten Selbstbild zahlreicher (männlicher) junger Aktivisten werden läßt.

Wenn dieses medial konstruierte Fremdbild unverdrossen als Selbstbild gepflegt wird, besteht permanent die Gefahr, daß Militanz immer mehr zu einem Inhalt gerät und immer weniger ein Mittel ist, das es von Fall zu Fall abzuwägen gilt. Als Erfolg autonomer Politik wird dann allzuoft die Durchsetzung der Form anstatt der Verbreitung zu vermittelnder Inhalte angesehen.

Typisch ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch die Tatsache, daß vielen Leuten während der Diskussionen zur Vorbereitung der bundesweiten Aktionstage gegen Rassismus in den Medien zu ‚Medienrandale' nur die Assoziation ‚Randale gegen die Medien (finden wir gut)' in den Kopf kam, nicht aber daß auch so etwas gemeint sein könnte wie ‚die Medien randalieren', oder gar ‚Randale für die Medien'.

Streitpunkt in Bündnisverhandlungen war und ist denn auch meist die Militanzfrage, die allzuoft zum wesentlichen Knackpunkt gerät bzw. stilisiert worden ist. Militanz wird mit Entschlossenheit gleichgesetzt, und wer nicht mitzieht, ist bestenfalls Pazifist oder schlimmer noch ein bürgerlicher Reformist. Diese Militanz erwuchs im Laufe der 80er Jahre zusehends zu jenem Identitätsfokus, der dafür sorgte, daß häufig schon allein das Werfen eines Pflastersteines für revolutionäre Politik gehalten wird. Der politische Erfolg einer medialen Berichterstattung, die erst jene Aura von ‚Freiheit und Abenteuer' ermöglicht, liegt nicht zuletzt darin, daß sie nicht nur im hegemonialen Mediendiskurs sondern vielfach auch in den Köpfen der Akteure die Form von den Inhalten abgetrennt hat.

II
Ambivalenz der Jugendkultur:
„The Kids are not alright"

Nun war es in der Vergangenheit wenigstens so, daß eine bestimmte Form (Militanz) einer bestimmten inhaltlichen Orientierung (‚Links' – was auch immer das sein mochte) eindeutig zuordenbar war. Die Autonomen besaßen immerhin eine Art von Aktionsmonopol, auch wenn die (bürger-lichen) Medien über deren Deutungsmonopol verfügten. Inzwischen ist aber auch hier einiges in Bewegung geraten. Es gibt keine Selbstverständlichkeit mehr, mit der sich rebellierende Jugendkultur als links, als ‚alright', bewerten läßt. Aktionen mit Steinen und Molotowcocktails sowie Auseinandersetzungen mit der bewaffneten Staatsgewalt zeichnen nunmehr auch die rassistischen Progrome gegen Flüchtlinge aus. Die Symbolik militanter Aktionen ist verwechselbar geworden (Vgl. D. Diederichsen), die Unterschiede zwischen ‚Autonomen' und ‚Faschos' sind von außen, im Medienbild, allzuhäufig nur noch an der Farbe der Schnürsenkel erkennbar. Die unangenehme Frage, welche Folgen sich aus der Existenz einer rechten ‚Jugendkultur' für ein in erster Linie subkulturelles Selbstverständnis der Autonomen mit seiner Tendenz zur Selbstmarginalisierung ergeben, wenn es vom Zentrum aus gesehen noch einen anderen ‚Rand' der Gesellschaft gibt, ist übrigens noch kaum diskutiert worden.

Wir sehen momentan die Notwendigkeit, daß das politische Projekt einer autonomen und radikalen Linken nicht mehr in erster Linie über eine bestimmte Form (‚Militanz') bestimmt werden darf. Es geht nicht mehr an, daß jeder, der gerade lustig ist und irgendwo ‚bauchmäßig' einen Stein werfen möchte, damit rechnen kann, von FreundInnen wie politischen GegnerInnen (insbesondere den bürgerlichen Medien) für einen Vertreter der Spezies der Autonomen gehalten zu werden.

„Aber es gibt die inhaltliche Differenz". Natürlich: es ist nicht dasselbe, wenn Wohlstandschauvinisten Pogrome gegen Flüchtlinge veranstalten, diese verfolgen und ermorden, und wenn Linke dagegen militant vorgehen. Aber: es wird zunehmend schwierig, diesen Unterschied ums Ganze auch nach außen zu vermitteln.

Die bisherige Praxis erweist sich in dieser Frage als wenig hilfreich. Weder demonstrativ zur Schau gestellte Militanz noch die anderen Symboliken autonomer Selbststilisierung tragen jedenfalls dazu bei, dieses Problem zu lösen. Inhaltliche Differenzen lassen sich nicht über folkloristische Aspekte des eigenen Aussehens klarmachen.

Besonders aufgefallen ist uns das in dem merkwürdigen ‚Internationalistischen Block' der Demonstration in Bonn am 14.November 1992 anläßlich des SPD-Sonderparteitages zur Abschaffung des Asylrechtes. Wenn der einzige Inhalt einer Manifestation darin besteht, wie gefährlich wir aussehen, dann brauchen wir keine eigene Abschlußkundgebung. Bereits im Demozug mutierte die Folklore autonomer Trachten zum Ersatz für fehlende Inhalte. Nicht nur die Sprüche waren daneben oder extrem verkürzend: „Hinter dem Faschismus steht das Kapital – Der Kampf um Befreiung ist international" (Schön wär's, wenn es ganz so einfach wäre) oder „Nie, nie, nie wieder Deutschland!" Am Ende blieb im Demozug und auf der RednerInnentribüne nur noch die geheiligte „Internationale Solidarität" übrig. Um sich gegenseitig zu zeigen, daß wir auch ganz schön viele sein können, mögen solche Veranstaltungen ab und an taugen. Sie sagen aber momentan dennoch mehr über unsere Schwäche als über unsere Interventionsmöglichkeiten aus.

Um es klarzustellen: Autonome Formen politischer Praxis waren nie nur (aber immer auch) Medienclip. Die militante Infragestellung der herrschenden Verhältnisse muß aber auch nach außen rüberkommen. Alles andere ist unpolitisch oder verkommt zu einem voluntaristischen Subjektivismus, der inhaltlich nur noch schwer von irgendwelchen Esoterikzirkeln zu unterscheiden ist. Autonome Militanz droht dann zu einem weiteren belanglosen Spielchen im postmodernen Disneyland der Metropolen zu verkommen. Welche Möglichkeiten bestehen könnten zu verhindern, daß dies eintritt, soll im folgenden thematisiert werden. Dazu versuchen wir zunächst, am Beispiel des Umgangs linker/autonomer Politik mit dem derzeit in der Bundesrepublik hegemonialen Rassismus einige der inhaltlichen Defizite aufzuarbeiten.

III
Defizite linker/autonomer Theorie und Praxis

Eine wesentliche Ursache dafür, daß die Linke dem derzeit in der Bundesrepublik hegemonialen Rassismus so wenig entgegenzusetzen hat, liegt aus unserer Sicht darin, daß sich linker Antifaschismus bzw. Anti-Rassismus weitgehend auf die klassischen neonazistischen bzw. offen rassistischen Gruppierungen bezog und ausschließ-

lich auf diese reagierte. Dabei wurde der stillschweigende rassistische Grundkonsens im Zentrum der Gesellschaft, der von den gesellschaftlichen Eliten (Bürgermeister-Mob, Medien, etc.) ständig produziert und reproduziert wird, aus dem Blickfeld der Auseinandersetzung ausgeblendet.



Foto: Moritz Milch/AFZ

So haben heute nicht wenige AntifaschistInnen Schwierigkeiten, die neue Qualität von Morden wie in Mölln und Solingen zu begreifen. Immer noch suchen sie partout nach jenen streng durchhierarchisierten Faschogruppen, die einfach hinter dieser Mordbrennerei stecken müssen. Daß dieser Flächenbrand rassistischer Angriffe nur der extremste Ausdruck des gesellschaftlichen Alltagsrassismus sein könnte und sich nur dadurch bekämpfen läßt, daß derselbe in der politischen Auseinandersetzung zurückgedrängt wird, paßt natürlich nicht in eine Denkweise, die solche Anschläge hauptsächlich als gesteuertes und zentral vorbereitetes neo-faschistisches Agieren begreifen will.

Wir behaupten: Diese verkürzte Sichtweise hat Methode und hängt eng mit dem oben skizzierten, verkürzten Militanzverständnis zusammen. Um das autonome Militanzkonzept legitimieren zu können, bedarf es der Fixierung auf ‚Faschisten'. Und Faschisten sind sie alle, gegen die man(n) militant vorgeht: die Skins, die Bullen, das KaDeWe... Gleichzeitig werden Rassismus und Faschismus in eins gesetzt: Man geht stellvertretend gegen die Faschos vor und meint, damit die herrschenden rassistischen Verhältnisse, die schlicht als faschistisch (v)erklärt werden, anzugreifen. Derlei macht freilich nur Sinn, wenn innere Widersprüchlichkeiten dieser Verhältnisse konsequent außer acht gelassen werden. „Hinter dem Faschismus steht das Kapital" – und damit punktum. Daß die Sache so einfach nicht sein könnte (und wohl noch nie war), wird nicht in Betracht gezogen. Die linke und insbesondere ‚autonome' Denkfaulheit, die alles und jedes ständig auf den falschen Faschismusbegriff bringt, wirkt sich in der gegenwärtigen Situation in mehrfacher Hinsicht verheerend aus. Eine Denkhaltung, die Angriffe auf die herrschenden Verhältnisse offensichtlich nur aus deren angeblich faschistischem Charakter heraus begründen kann, trägt paradoxerweise gerade zur Stärkung und Legitimation dieser Verhältisse bei. Indem wir ihnen etwas vorwerfen, was gegenwärtig gar nicht auf der Tagesordnung steht, vertreten wir eine diskursiv nicht mehr vermittelbare Position. Eine solche Kritik bewirkt praktisch eine Verharmlosung der ‚Normalität' der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsverfassung. In ihrer Fixierung auf Faschostrukturen vollzieht die autonome Linke genau jene Einschränkung des Blicks auf den Rand der Gesellschaft, mit der sie letztlich in einer Reihe mit den Lichterkettendemonstranten steht. Auch wenn die Begründungen und die Mittel der Auseinandersetzung noch so unterschiedlich sein mögen: Letzten Endes unterstützt eine solche Fixierung den herrschenden Diskurs in seiner Tendenz, Rassismus aus dem Zentrum der Gesellschaft heraus- und zum Randgruppenproblem umzudefinieren, anstatt dazu beizutragen, den Rassismus im Zentrum der Gesellschaft zu thematisieren. Zwar ist klar, daß den Faschos nicht freie Hand gelassen werden darf. Solange aber der rassistische Grundkonsens in der Gesellschaft nicht zurückgedrängt wird, werden wir die Auseinandersetzung auf der Straße nicht gewinnen können.

Dazu kommt ein Problem auf der Ebene militanter Intervention. Es ist einfacher, eine Kneipe der Nazis anzugreifen, als eine politische Praxis gegen die Produktion rassistischer Diskurse zu finden. Die eingespielten militanten Aktionsformen greifen in diesem Bereich nicht und der typisch militante Blick auf die Gesellschaft trägt auch nicht viel dazu bei, eine andere und wirkungsvolle Praxisformen zu entwickeln.

Diese Schwierigkeiten verweisen auf ein Grundproblem: Ausgangspunkt politischer Praxis war und ist bisher häufig eine Denkhaltung, die die bürgerliche Gesellschaft im Grunde als monolithischen und widerspruchsfreien Block auffaßt. Eine solche Analyse läßt letztlich nur die Alternative ‚Alles oder Nichts'. Auf der Ebene der Aktionen mündet eine solche Einstellung allenfalls in eine subjektivistische ‚Angriffs'-Haltung, auf der Ebene der Aktionsinhalte bleibt oft genug nur die gebetsmühlenhafte Beschwörung ‚gegen Rassismus, Sexismus, Faschismus, ... '

Dabei ergibt sich ein fatales Dilemma. Einerseits führt die ‚Übermächtigkeit' des Gegners dazu, daß die eigenen Aktionsformen notwendigerweise symbolischen Charakter haben. Die Wirksamkeit einer solchen Aktion bemißt sich wesentlich an dem Echo, das sie im bürgerlich-medialen Umfeld auslöst. Zugleich aber besteht keinerlei Verantwortung für die Art und Weise, in der sich diese Aktionen im medialen und gesellschaftlichen Diskurs auswirken. Die – als einheitlicher Block gedachte – bürgerliche Presse schreibt ja ohnehin, was sie will bzw. was den Interessen der ‚Herrschenden' oder ‚des Kapitals' dient. Es ist also sinnlos, sich in dieser Beziehung irgendwelche Gedanken zu machen. Insbesondere angesichts des derzeitigen medialen ‚rinks gleich lechts gleich Gewalt'-Diskurses hat eine solche Einstellung problematische Konsequenzen.

IV
Was (nicht) tun?

Zur Erlangung von Hegemoniefähigkeit muß sich linkes Agieren in der gegenwärtigen Situation mehr denn je bewußt sein, daß seine Interventionen durch den medialen Diskurs transformiert und gefiltert werden. Es stellt sich also die Frage, wie die Linke mit dem medialen Diskurs über die Linke umgeht – nicht aufgrund autistischer Selbstbezogenheit, sondern wegen der Tatsache, daß sich sonst nur schwer gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten läßt. Dabei gilt es, sich der Tatsache bewußt zu sein, daß es in bürgerlichen Medien bestenfalls ausnahmsweise Platz für linke Inhalte gibt, dafür aber mannigfache Versuche, linke Aktionen von ihren Inhalten zu trennen und zu entpolitisieren.

Ein Beispiel hierfür ist die Gleichsetzung ‚rinks gleich lechts gleich Gewalt'. Auf diese Weise erfolgt im gesellschaftlichen Diskurs die Kurzschließung von Rassismus und militantem Antirassismus. Überhaupt besteht ja derzeit eine Tendenz, die Diskussion gesellschaftlicher Widersprüche durch die Fixierung auf das Scheinproblem ‚Gewalt' zu verdrängen. Am Ende darf dann der ‚Jugendexperte' Heitmeyer lamentieren, die Auflösung der Familienbindungen, also daß sich die Mütter nicht genügend um ihre Kinder kümmern, sei für den gegenwärtigen Rassismus verantwortlich.

Für die Linke besteht nun natürlich das Problem, daß sie von den ereignisfixierten Medien nur während der Randale wahrgenommen wird. Das hat in Teilen der Linken in der Vergangenheit dazu geführt, daß sie sich, wie oben gezeigt, durchaus immanent in diesen Diskurs über die Linke einfügten. Einerseits wurde der Erfolg einer Aktion an der Quantität des Medienechos gemessen, zugleich erklärte sich niemand für dessen Qualität für zuständig. Die Linke hat es den Medien dadurch bisher in der Regel einigermaßen leicht gemacht, die Inhalte ihrer Aktionen unter den Tisch fallen zu lassen. Demgegenüber wäre es an der Zeit, sich der Funktionsweise der Medien zu entziehen, also gerade nicht das zu machen, was sie von einem erwarten, ohne dabei in Untätigkeit zu verfallen oder auf Spektakel zu verzichten. Es geht darum, eine sichtbare Diskrepanz zwischen der durch die medialen Diskurse und der durch die eigenen Aktionen geschaffenen Realität zu erzeugen.

Das bedeutet zugleich, daß bei allen Aktionen vorab ins Auge gefaßt werden muß, wo wir selbst im medialen Diskurs positioniert sind und in welches Diskursfeld da eigentlich interveniert wird. Wir müssen häufiger als bisher zur Kenntnis nehmen, daß sich die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen mitunter verändern. Beispiel: Wenn vor zwanzig Jahren das Abfackeln eines Kaufhauses zweifelsohne auf im Sinne der Linken ‚gesicherten' symbolischen Terrain vonstatten ging, so ist vor dem Hintergrund von ‚Solingen', ‚Mölln' und ‚Rostock' keineswegs mehr eindeutig, ob bei einem ähnlichen Vorgehen heutzutage mit ‚brennenden Häusern' nicht ganz andere als die gewünschten Assoziationen verknüpft sind. Eine linke Praxis, die derlei vermeiden will, ist mit der Notwendigkeit konfrontiert, mit den Symbolen, welche bei einer Aktion verwendet werden und mit den Diskursen, in denen interveniert wird, sorgfältig umzugehen.

Dabei ist es nutzbringend, sich vor Augen zu halten, daß die medialen Diskurse keinesfalls einheitlich sind, sondern innere Widersprüche aufweisen. Diese sind nicht zufällig, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche. Und gerade das Nebeneinander unterschiedlicher und widersprüchlicher Diskurse ist es, das mögliche Ansatzpunkte für Interventionen von linker Seite bietet.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Alltagsdiskurse gegen Tatsachen weitgehend resistent sind. Von daher ist die Wirksamkeit klassisch ‚aufklärerischen' Agierens von vorneherein beschränkt. Stattdessen erscheint es erfolgversprechender, zu versuchen, die HERRschenden (Medien)diskurse mit ‚medialen' Mitteln gegen den Strich zu bürsten. Es geht darum, durch Schaffung von Dissonanzen auf symbolisch-repräsentativer Ebene reale gesellschaftliche Widersprüche offensiv zu thematisieren und sichtbar zu machen. Bei diesem Unternehmen können die bürgerlichen Medien aufgrund der genannten Widersprüche auch in ihren Diskursen durchaus als Vehikel dienen. Ein gelungenes Beispiel ist in dieser Hinsicht das autonome Auftreten in Mölln, als der ‚Schwarze Block' sich zwischen türkische und kurdische Gruppierungen stellte und auf diese Weise gewalttätige Auseinandersetzungen während der Protestkundgebungen unterband. Die Medien nahmen dieses Verhalten verwundert zur Kenntnis.

Eine Möglichkeit wäre, den derzeitigen Diskurs, mit dem alles und jedes innergesellschaftliche Problem auf die Scheinfrage der ‚Gewalt' reduziert wird, als Ausgangspunkt einer autonomen ‚Keine-Gewalt'-Aktion zu nehmen. Dabei könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Ausgehend von dem hegemonialen bürgerlichen Diskurs, wie unzureichend Gewalt gesellschaftliche Probleme lösen kann, wäre es immerhin einen Versuch wert, denselben in Form seiner Argumentationsfiguren aufzunehmen und nun von unserer Seite um die fehlenden Dimensionen zu erweitern: Das staatliche ‚Gewaltmonopol' nach innen und nach außen, die strukturelle Gewalt der Gesetze und der Staatsbürgerschaft (Abschiebungen). Ein Nebeneffekt wäre zugleich, den grünen (gewaltfreien) Liebhabern der ‚freundlichen Zivilgesellschaft' eine Breitseite zu verpassen (wenn wir dabei den wendigen Fritze Kuhn nicht erwischen, trifft es allemal den Rezzo Schlauch).

Bei entsprechenden Aktionen kann versucht werden, Symbole des herrschenden Diskurses, beispielsweise mit Methoden der Spaßguerilla, neu zu montieren, zu verfremden und zu denunzieren. Ziel ist es dabei nicht in erster Linie, ein ‚gutes' Presseecho zu erzielen (das ist wohl nur noch mit Lichterketten möglich), sondern vielmehr, die herrschenden Mediendiskurse zu verunsichern. Gleichzeitig

erscheint es uns angesichts der Tatsache, daß bürgerliche Medien eben nicht nur lügen (können), nicht unmöglich, durch phantasievollen und spielerischen Umgang mit verschiedenen Aktionsformen doch noch Inhalte rüberzubringen.

Möglichkeiten und Grenzen solcher Aktionen hat eine Demonstration gegen Ex-Bundesinnenminister Rudolf Seiters am 7. Juni 1993 bei einer CDU-Veranstaltung in Marbach a.N. anschaulich vor Augen geführt. Zum einen wurde deutlich, daß die großen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen der Region nicht (Stuttgarter Nachrichten) oder nur auf Nachrichtenbasis (Stuttgarter Zeitung) berichten, wenn ‚nichts abgeht', sprich wenn keine Randale stattfindet. Einige JournalistInnen waren regelrecht enttäuscht, daß wir dort nicht jenes Spektakel abgeliefert haben, weswegen einige offenbar nur gekommen waren („Die picknicken doch nur" oder „Des war aber nix" lauteten die informellen Kommentare).

Nachdem die Demo zwar friedlich, aber zugleich auch phantasievoll verlief, zeigte sich auch, daß den bürgerlichen MedienmacherInnen unter Umständen kein Mittel zu blöd ist, um doch noch ihren diskursiven Stiefel zusammenzuschreiben. So sahen die kleineren lokalen Zeitungen, für die eine Kundgebung mit 500 DemonstrantInnen und einem kleinen ‚Schwarzen Block' in jedem Fall ein Ereignis darstellte, ihre Hauptaufgabe darin, das martialische Polizeiaufgebot (Drei sichtbare Hundertschaften von ‚Drisch und Drauf' Göppingen und das ganze Arsenal staatlichen Gewaltpotentials etc.) trotz allem zu legitimieren. Da militante Angriffe ausblieben, versuchten sie zuletzt noch die Sprechchöre gegen die Brandstifter auf der Regierungsbank und in der CDU zu ‚Gewaltparolen' umzulügen.

Einem Teil des Demonstrationszuges gelang, es in die Stadthalle, in der Seiters reden sollte, zu gelangen. Auch dort unternahmen wir nicht das, was alle von uns erwarteten. Es wurde versucht, jede gewalttätige Auseinandersetzung mit der CDU oder den Bullen zu vermeiden. Stattdessen gelang es, zusammen mit den CDUlern ihre eigene Veranstaltung zu chaotisieren. Das fing mit Zugabe-Rufen für die zuvor aufspielende Stadtkapelle an und wurde über ‚Rudi-Rudi'-Rufe und begeisterten Beifall beim Erscheinen von Seiters fortgesetzt. Es waren eben nicht die politischen Schlachtrufe, die Seiters 20 Minuten am Reden hinderten (und die auch für die CDU-Heinis wenig Sinn gemacht hätten), sondern jene inszenierte Begeisterung, die schließlich die CDU-Ordner Stühle werfen ließ und sie soweit provozierte, daß sie uns am Ende in die Gaskammer schicken wollten. Den Tumult besorgte schließlich die andere Seite, und das ärgerte sie am allermeisten. Es war eine der Übermacht der Bullen geschuldete, angepaßte Form des Protests, die gegen das Zentrum der Gesellschaft intervenierte. Dies halten wir für intelligenter, als uns mit vermummten Gesichtern eine Abfuhr nach der anderen zu holen.

Milli tanzt aus der Reihe: Weiter, Weiter, Weiterstadt!

Angesichts der Brutalisierung der faschistischen Angriffe bleibt es notwendig, darauf entsprechend reagieren zu können. Aber selbst in einem solchen Fall sollten Aktionen in einer Art und Weise vorbereitet und durchgeführt werden, daß sie nach außen vermittelbar bleiben, und es gilt tunlichst zu vermeiden, von unserer Seite einer Militarisierung Vorschub zu leisten. Wir können die Auseinandersetzung mit den Faschos nicht auf militärischer Ebene gewinnen.

Zum anderen bieten unter Umständen gerade militante Aktionsformen angesichts der Ereignisfixierung bürgerlicher Medien die Möglichkeit, in effizienter Weise in gesellschaftliche Diskurse einzugreifen. Allerdings muß diese Zielrichtung dann auch von vorneherein klar sein. Solche Aktionen sind symbolische Mittel der ideologischen Auseinandersetzung und


Foto: Moritz Milch/AFZ

Die Frage künftiger militanter Aktionsformen sollte vor allem unter diesem Blickwinkel betrachtet werden. Militanz ist ein Mittel und kein Zweck. Auch wenn es hier nicht darum geht, der Militanz generell ihre Berechtigung abzusprechen: Sie sollte sich inhaltlich begründen lassen und nicht ausschließlich gefühlsmäßig motiviert sein. Erst dann wird Militanz politisch. Militante Aktionsformen können angesichts von rassistischem Terror in der gegenwärtigen Situation nur in zweierlei Kontext Sinn machen:

Zum einen bleibt oftmals gar keine andere Wahl, als sich mit Biegen und Brechen gegen die rechtsextremistischen bzw. neonazistischen Angriffe zu wehren. Es stellt sich dabei das Problem, daß wir in der Regel nicht das Diskursfeld und die Form der Auseinandersetzung bestimmen. nicht mehr. Militantes Vorgehen muß mehr als bisher so organisiert werden, daß es sich nicht ohne Brüche in die herrschenden Diskurse einordnen lassen.

Ein Beispiel dafür, wie sich mediale Diskurse instrumentalisieren lassen, wenn die eigene Positionierung darin berücksichtigt wird, hat die jüngste RAF-Intervention geliefert. Dabei war es durch die Wahl des Objektes der Aktion möglich, das Ziel eines politischen Kampfes symbolisch zu verdeutlichen. Darüber hinaus wurde aber infolge der de-eskalierenden Durchführung der Aktion der Mediendiskurs instrumentalisiert. Zum einen mußten BKA und BND öffentlich zugeben, daß es der RAF auf diese Weise gelungen ist, den Unterschied zwischen ihrem Vorgehen und dem rechten Terror zu untermauern. Dieser war zu

offensichtlich, als daß er von jenem Pawlowschen Medienreflex übertönt werden konnte, der bei jeder Aktion, die unter dem Label ‚RAF' erscheint, Zeter und Mordio schreit, der die bundesdeutsche politische Klasse unisono an die Mikrophone der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten treten und beschwören läßt, wie gefährlich und schlimm (Bundesinnenminister R. Seiters damals: wieviel gefährlicher und schlimmer als der rechte Terror) dieser Linksterrorismus doch ist.

Dabei haben sie sich diesmal gründlich in die eigene Suppe gespuckt. Nun mußten sie plötzlich entdecken, wie unzumutbar und inhuman ihr ‚Strafvollzug' doch ist. Darüber hinaus ließ Seiters nicht wenige Bürgerlich-Liberale merken, wie in dieser Gesellschaft die Wertigkeiten verteilt sind: Wenn ein zigmillionenteurer Knast ramponiert wird, ist das allemal viel schlimmer als wenn Dutzende Flüchtlinge, Menschen mit fremdem Paß und Obdachlose in dieser Republik totgeschlagen werden. Die RAF hat den Maßstab für künftige militante Aktionen neu bestimmt. Durch intelligenten Umgang mit medialen Plazierungen bietet sich für jedeN die Möglichkeit, den Medien zumindest einen diskursiven Schluckauf zu bereiten.

Die von uns entwickelten Überlegungen und Vorschläge haben einen Abschied vom Mythos ‚Militanz' zur Voraussetzung. Danach führen wir zwar nicht mehr so häufig direkte Angriffe auf das System aus, allerdings erhalten wir die Chance, mit größerer Intensität an seinen ideologischen Grundlagen zu sägen. Und das ist immerhin die Voraussetzung für jegliche Umwälzung der Verhältnisse. Denn die ‚Kritik der Waffen' verkommt ohne die ‚Waffe der Kritik' in der Regel zum Rohrkrepierer.

Zum Schluß noch einige Literaturhinweise, die unsere Überlegungen beflügelten:

autonome l.u.p.u.s.-gruppe rhein/main: DOITSCH-Stunde. In: Schwarzer Faden Nr.38, später in: Projektgruppe Metropolen (Gedanken) und Revolution (Hg.): Texte zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismusdiskussion. Berlin 1991 (Edition ID-Archiv)

Diedrich Diederichsen: The kids are not alright. Abschied von der Jugendkultur. In: SPEX Nr. 11/1992.

Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Berlin 1990 (Edition ID-Archiv).

Geronimo u.a.: Feuer und Flamme 2.Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen, Berlin 1992 (Edition ID-Archiv).

Stuart Hall: Die Konstruktion von ‚Rasse' in den Medien. In: Hall, Stuart: Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Hamburg 1989 (Argument-Verlag).

Klaus Schönberger/Claus Köstler: Mystifikation des DOITSCH-Seins. Vom geringen Nutzen der Historie für die Erklärung und Bekämpfung des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus. In: Autonomes Zentrum Marbach (Hg.): Zur Kritik von Nationalismus, Nation, (National)-Staat und nationaler Identität, Tübingen 1993 (Verlag Martin Jung).





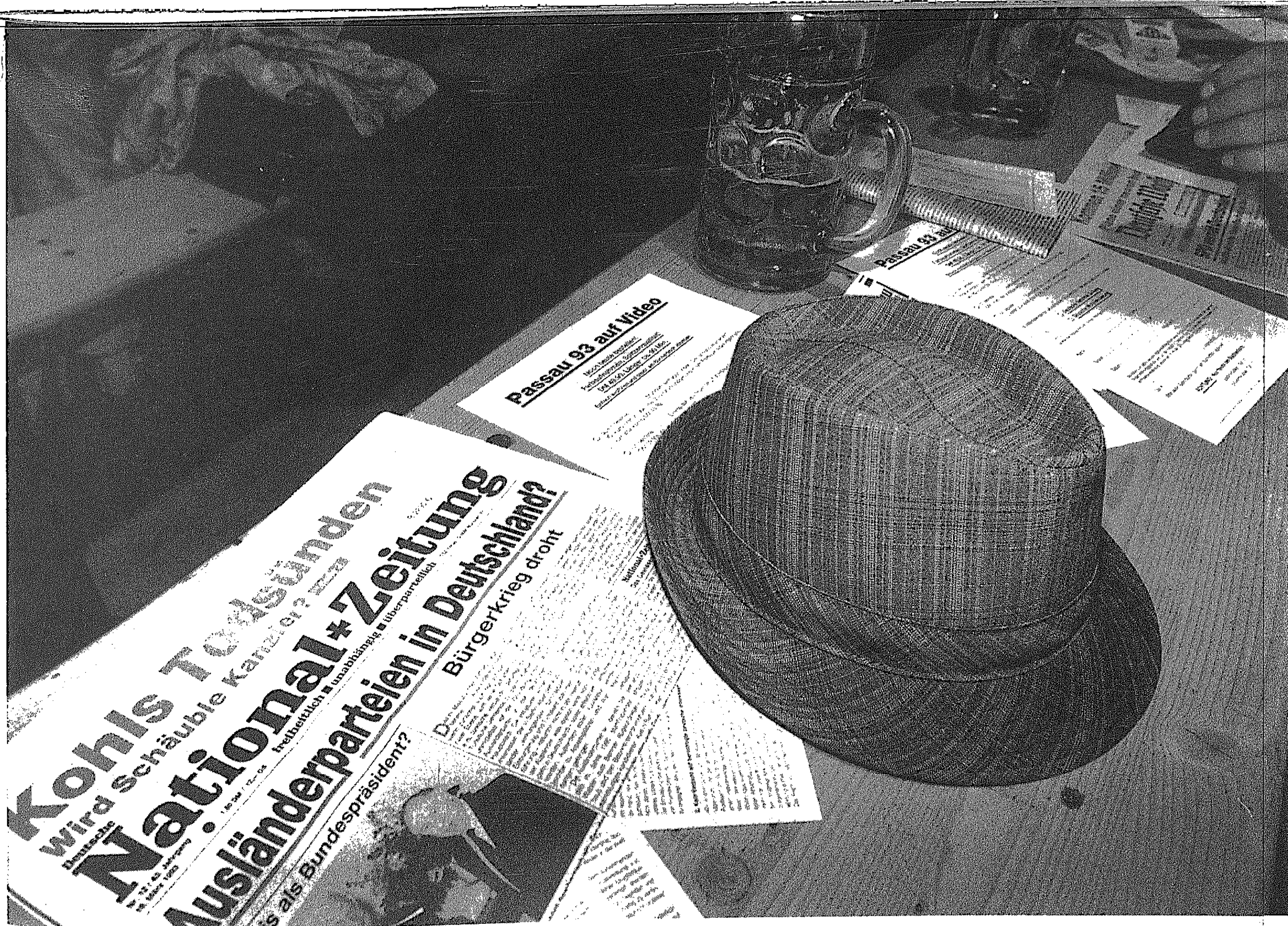


Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

Nicht wie das Kaninchen vor der Schlange!

Nachdenkliches zum linken Antifaschismus

von Wolfgang Haug

Nichtendenwollende Anschläge zerstörten die öffentliche Mär vom psychisch unter Druck stehenden Einzeltäter. Doch so wenig wie die hilflos agierenden Demokraten es schafften, die Ursachen für Gewalt und Fremdenhaß in den Grundlagen zu suchen, auf denen sie selbst stehen, so wenig schafften es die linken Antifaschisten die (aufstrebenden) rechten Zirkel und die gesellschaftliche Tendenz zur Ge-walt gegen "Andere" voneinander zu trennen. Mit ein Grund für diese Schwierigkeit liegt in der zweifellos vorhandenen breiten gesellschaftlichen Verankerung von Vorurteilen gegen MigrantInnen oder "Fremde", die den Schluß nahezulegen scheint, daß hier das organisierte faschistische Potential zu wüten begonnen hat.

Das Gros der Linken reagierte geradeso als stände mensch bereits kurz vor einer neuen Machtergreifung der Ultrarechten. Dabei verlieren wir leicht den Blick für den schleichenden, neokonservativen Rechtsruck, der diese kapitalistische Gesellschaft nach wie vor fest im Griff hat und der es erlaubt, eine Figur wie Heitmann als Bundespräsidentenkandidat zu präsentieren. Was mit der "geistig moralischen Wende" ideologisch vorbereitet wurde, wird heute von den Regierungskreisen um Kohl, Schäuble u. Co. bereits in Regierungsverlautbarungen oder Gesetzesvorlagen zur herrschenden Politik gemacht, während parallel dazu neokonservative und neurechte Ideologieschmieden bereits am zukünftigem Wertewandel arbeiten. Geht es nach den herrschenden Eliten, dann soll dies in einer formierten Gesellschaft enden, die eine demokratische Legitimation immer weniger nötig hat und sie zuletzt ausschalten wird.

Ein Teil der Linken beginnt sich mit dieser gesellschaftlichen Realität, die zudem "den Gang der (Wirtschafts-) Geschichte auf ihrer Seite hat, mittels der Medienkritik und den Analysen zum Rassismus zu beschäftigen. Die linken Antifaschisten haben jedoch nach wie vor zu sehr die faschistischen Kleingruppen oder die REPs im Visier.

Richtig war an der Reaktion der Linken zu Anfang, daß sie die menschenverachtenden Anschläge überhaupt in einen politischen Zusammenhang mit rechtsradikalem Gedankengut brachte und damit der

gesellschaftlich verordneten Verharmlosung entgegenwirkte. Es ist aber zweierlei (und für die eigene Befindlichkeit nicht gerade förderlich), rechtsradikales Gedankengut öffentlich lautstark zu denunzieren und anschließend selbst an einen geschickt durchorganisierten Gegner zu glauben anstatt sich die Phänomene genau anzusehen. Die Parallelen und Befürchtungen (mensch warnte zeitweilig vor einem 4.Reich, vor einem faschistischen Netz und neuerdings bereits von einem "ökofaschistschen Netz") wurden derart gesteigert, daß der rechte Block geradezu übermächtig erscheint. Ja, die Uneinigkeit der Rechten, die ihnen jüngst den Einzug in den Hamburger Senat vermasselt hat, geriet bei der Mehrheit der Linken bislang zur "besonders geschickt agierenden rechten Pluralität" – frei nach Blücher: »getrennt marschieren, vereint schlagen.«

Übersehen wird hier, daß lediglich ein *linkes Charakteristikum*, – nämlich die Pluralität verschiedenster Ansätze, die als eigene Stärke gegen Repression begriffen worden ist, – vorbehaltlos auf die Rechte übertragen wird. Beschäftigt sich mensch aber mit rechter Geschichte, so läßt sich zumindest eines ganz sicher sagen: Pluralität hat noch nie zu deren Stärke gehört und wurde auch von ihnen selbst immer als Schwäche begriffen. Ansätze dazu wurden eher durch ein Blutbad innerhalb der Rechten "gelöst" als durch Kooperationsverträge. – Wie anders sollte ein Konzept, das keine Individualität gelten läßt, sondern von strammen Gefolgschaften eigene Stärke erträumt, auch sonst funktionieren? Der Konkurrent wird spätestens dann ausgeschaltet, sobald der gemeinsame politische Feind besiegt ist. (Was natürlich kein Trost für uns sein kann.)

Anstatt die alten bewährten linken Vorgehensmuster gegen das herrschende System zum Zug kommen zu lassen, nämlich Wert auf Widersprüche zu legen, nach Brüchen zu suchen oder bestehende Uneinigkeiten der Rechten auszunutzen oder zu vertiefen, wurden immer nur die (sicherlich auch vorhandenen) Querverbindungen gesucht und über Personen natürlich gefunden. Daß dies zumeist anhand von Namen festgemacht wird und dabei die Analyse der verschiedenen Positionen hinten runterkippt, erklärt die derzeitige Ineffektivität linker Rechtsradikalismusdiskussion. All das hat zudem noch den fatalen Beigeschmack, daß viele Linke nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der scheinbaren Unangreifbarkeit des Kapitalismus einen mächtigen, aber direkter erlebbaren "Feind" zur eigenen Identitätsfindung benötigen.

Die linken Deutschen scheinen begabt darin, sich selbst aufzugeben. Die meisten von denen, die heute so umstandslos die rechte Weltverschwörung mystifizieren, haben sich vor nicht allzu langer Zeit noch selbst gefragt, wie es möglich war, daß die ehemals best organisierte Arbeiterbewegung der Welt 1933 so kläglich wenig Widerstand leistete und versagte. Es ist die alte »Lust am Kaputtsein«, die den Linken seit den 70ern anhaftet. Die jeweils gerade herrschenden Zustände wurden in der "Analyse" immer schon viel schlimmer, viel faschistoider gesehen als die Realität dies nahelegte. Und wenn dann eine tatsächliche neue repressive Qualität auftauchte ("Deutscher Herbst" etwa), führte dies in schönster Regelmäßigkeit zum massenhaften Rückzug ins Private, zum Ausweichen auf Kulturarbeit oder zur reformerischen Neubesinnung. Es ist verdammt schwer, seinen Dissens mit dieser Gesellschaft tagtäglich auszuhalten, also erklärt mensch analytisch die Gefahr für größer als sie ist und gewinnt dadurch anscheinend gerechtfertigte Auswege, die noch kurz zuvor rigoros abgelehnt wurden.

Von den anderen, die diesen Weg der Abschwörung nicht mitgehen, verrennen sich wiederum zuviele aufgrund der gleichen Übertreibungen in einen Straßenkampf a la Weimar – was sie dabei übersehen ist, daß die Mehrheit, z.B. der Skins, über eine derart dürftige ideologische Grundhaltung verfügen, daß erst diese Straßenkampf-Konfrontation, dem Skin viel von seinem "rechten" Weltbild vermittelt. Eine solche Aussage kann natürlich nicht verallgemeinert werden, speziell im Osten ist die Situation eine andere, speziell dort zwingen die täglichen Überfälle Rechtsradikaler auf linke Projekte und Treffs zur tätlichen Auseinandersetzung und Wachsamkeit.

Die Skins und andere rechte Gangs sollen in ihrer Gefährlichkeit und ihrer Gewaltbereitschaft hier keineswegs verharmlost werden, der Autor hat diesbezüglich seine eigenen (schmerzhaften) Erfahrungen mit ihren Stiefeln machen müssen – es soll vielmehr der Frage nachgegangen werden, woher diese blindwütige Gewaltbereitschaft und Brutalität kommt? Und ob die Täter tatsächlich dem neofaschistischen Muster entsprechen, das wir erwarten – also z.B. die Ausschaltung der Individuen zugunsten ihrer Einbindung in ein übergeordnetes Ganzes?

Die Beantwortung dieser Frage soll zeigen, daß der bürgerliche "Antifaschismus" der Demokraten sinnlos ist, solange er sich um die eigentlichen, kapitalistischen Entstehungsbedingungen dieser neuen menschenverachtenden Gewaltbereitschaft herummogelt, und daß die Rechtsradikalen, daß der "Faschismus", nur die Rolle des Trittbrettfahrers spielen, die neue Gewaltbereitschaft aber große Unterschiede zu faschistischer Gewalt aufweist!

Zunächst zu den Tätern: Nur wenige der Brandstifter und wirklichen bzw. potentiellen Mörder haben augenscheinlich *tiefe organisatorische Bindung* an das rechtsradikale Lager – und das ist keine bloße Propaganda der Herrschenden. Bei aller Vorsicht gegenüber der Berichterstattung der bürgerlichen Medien und den Verlautbarungen der Richter, kann kaum behauptet werden, daß die Taten organisatorisch geplant, gesteuert, vorbereitet oder auf Befehl durchgeführt wurden. Die Täter gehören vielmehr zum Dunstkreis rechter Ideologie, sie haben da und dort Kontakt zur organisierten Rechten – aber sie brauchen und wollen oftmals die Bindung überhaupt nicht. Es genügt ihnen der latent rechte und neokonservative Konsens eines großen Teils dieser Gesellschaft gegen den Fremden als einen neuen "Feind", der ihnen hilft, sich selbst als die "mutige, handelnde Speerspitze" der unzufriedenen Bevölkerung zu mystifizieren. So können sie ihre innere Leere und tägliche Langeweile gewalttätig beenden und darauf hoffen, von vielen klammheimlich als die neuen "Stars" angesehen zu werden. Dieses neue deutsche "Heldentum" marschiert ohne Führer... und das ist ein entscheidender Bruch zum gängigen Vergleich mit dem Nationalsozialismus!

Die eigentliche Frage für die antifaschistische Analyse wäre demnach: woher kommt dieser neue Fremdenhaß breiter Bevölkerungsteile und warum gerade jetzt?

Doch bleiben wir zunächst bei der rechtsradikalen Szene: Es ist eine unbequeme Wahrheit für Linke, aber doch die Wahrheit, daß der Flächenbrand von rechts *nicht* straff organisiert war, sondern spontan, dem Zeitgeist entsprechend, *medien-modisch* um sich griff. Vergleichbar der SKIN-Bewegung überhaupt, die in der BRD 1980 nicht ohne wesentliche Mithilfe durch einen entsprechenden buntbebilderten



Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

STERN-Bericht über die Londoner Szene an Fahrt gewann.

Es fehlt in der linken Analyse, daß die Fascho-Parteien dies weniger steuerten als den Ereignissen vielmehr hinterherhechelten, ganz so wie früher (und in Zukunft) die Sozialdemokraten allem gesellschaftlich Innovativem hinterhergehechelt sind, um die neuen Impulse (68er, Friedensbewegung z.B.) und Energien auf die eigenen Parteien umzulenken. Es sei dahingestellt (und nicht unser Problem), ob ein Schönhuber mehr aus solchen Vereinnahmungsversuchen machen will (oder kann) als ein Willy Brandt, dessen "Mehr Demokratie wagen" ziemlich direkt zu den Berufsverboten führte und die Verkrustung der Institutionsmarschierer sicherstellte, die dadurch allesamt in Zeitraffer zu altern begannen.

**Gewalt als Lebensgefühl
oder:
die Probleme der Faschisten**

Jugendliche, die aus einem fahrenden Auto schießend durch die Stadt fahren... die Schwache (Behinderte, Vagabunden...) angreifen, gehören inzwischen zum Alltag. Der bundesdeutsche Journalismus hat eine Weile gebraucht, bis er auf den Zusammenhang mit den Rechtsradikalen gekommen ist und so atmet er jetzt immer dann hörbar auf, wenn die Gewalttat auf keine dieser Gruppen zurückführbar ist. Es brennen auffallend viele Asyl-Wohnungen "aufgrund von Kurzschlüssen", und die Meldung wird knappe fünf cm hoch...

Doch nehmen wir ruhig an, daß jeder Strohhalm zur Verharmlosung genutzt wird und die Dunkelziffer rechter Anschläge weit höher liegt, so bleibt dennoch auch uns die Einsicht, daß die Gewaltbereitschaft und die damit verbundene Menschenverachtung in der heutigen Gesellschaft weit über das bislang gekannte Maß hinausgeht und auch über den faschistischen Kern hinausreicht.

Natürlich versuchen die Faschisten über ihre Ästhetisierung der Gewalt diese anscheinend breiter gewordene gesellschaftliche Gewaltbereitschaft in ihrem Sinne mittels Aufmärschen zu instrumentalisieren. Es ist dieses Vorbild einer marschierenden SA der Weimarer Zeit, das die Dreierkolonnen in Wunsiedel und anderswo krampfhaft (und anachronistisch) nachzustellen versuchen. Aber diese Mittel wirken altbacken und können heutzutage nicht wirklich über den rechten Tellerrand hinaus faszinieren. Das muß noch lange kein Grund sein, so könnte eingewandt werden, daß sie nicht doch Massenzulauf erhalten, schließlich ist ihre "Modernisierung" bereits im Gang – mensch schaue sich nur ihre Infotelefone oder ihr Mailbox-Kommunikationssystem an.

Wichtiger ist deshalb die Feststellung, daß es die Faschisten heute in Wirklichkeit mit einer ganz anderen Gewaltbereitschaft zu tun haben, als vor 1933, und daß sie diese Gewalt nicht ohne weiteres instrumentalisieren können.

Während die Nationalsozialisten Gewalt organisierten und funktionalisierten, während sie den einzelnen einpassten, ihn zum Teil eines grösseren Ganzen machten, ihn seiner Eigenverantwortung enthoben und ihm über die Gewalt der Masse Stärke, Sendungsbewußtsein und brutale Rücksichtslosigkeit einimpften, während sie ihm eine Perspektive boten (Herrenmensch, Volksgenosse, Lebensraum im Osten etc.), handelt es sich heute bei dem Gros der heutigen Täter um eine Selbstinszenierung. Die Hauptvoraussetzungen sind individuell schon da: die Menschenverachtung, die Brutalität, das Herrische; gesucht wird nur noch der Rückhalt in einer kleinen Gruppe und die Zustimmung eines Teils der Öffentlichkeit. Sie brauchen keine Partei dazu und erst recht nicht die Ziele einer solchen. Perspektiven brauchen die wenigsten und Stärke gewinnt man über die Aktion selbst. Ist die Gewalt aber vornehmlich Selbst-

zweck, so ist sie zwar faschistoid, steht aber andererseits der zielgerichteten faschistischen Organisierbarkeit großer Massen im Weg.

Insofern ist es kein Zufall, daß sich die rechten Parteien schwer tun, ihre Klientel wirklich einzufangen und zielgerichtet einzusetzen. Selbst unter Skins oder rechten Fußball-Fanclubs konnte längst nicht mit dem durchschlagenden Erfolg rekrutiert werden, wie wir das anfangs eventuell befürchten mußten. (Das macht diese Gruppen natürlich nicht sympathischer!) Das wenige, was mensch von rechtslastigen Personen aus Interviews bislang gehört hat, selbst wenn sie DVU wählen oder zu rechter Gewalt stehen, macht deutlich (ob glaubwürdig oder nicht), daß ihnen die Ziele einer solchen Partei meist unbekannt, aber in jedem Fall völlig egal sind.

Der Kapitalismus produziert die Gleichgültigkeit – die Yuppie-Connection

In den 70er Jahren wurde unsere Warengesellschaft durch die Kritik der Leistungsgesellschaft massiv in Frage gestellt. Das "Aussteigertum" (»Tunix« z.B.), das "laissez-faire-Verhalten" oder die Infragestellung aller Autoritäten und bürgerlichen Wertvorstellungen waren für den kapitalistischen Staat und die Wirtschaft ähnlich bedrohlich geworden wie direkte politische Herausforderungen durch die sozialen Bewegungen.

Als Antwort begannen in den 80er Jahren drei Erscheinungen ihren Einfluß zu entfalten, die allesamt für ein und diesselbe Grundhaltung standen, – die der egoistischen Ignoranz: der Neokonservativismus, die neoliberalistische Wirtschaftspolitik und als deren adäquate Umsetzung: das Phänomen der Yuppies. Die "Selbstheilungskräfte des Marktes" sollten alles richten, der Schwächere wurde ganz einfach aus dem Pelz geschüttelt... Ein neuer Egoismus kaschierte die Atomisierung und Vereinzelung, zu der diese Warengesellschaft die Menschen gebracht hatte.

Diese staatlich und ökonomisch verordnete Gleichgültigkeit der 80er Jahre gegen jedewede Art von Verlierern bildet die Voraussetzung und tiefere Grundlage für die Gewaltbereitschaft der 90er Jahre.

Der gesamtgesellschaftliche Konsens wurde systematisch aufgekündigt, die desolate Gesundheitsvorsorge und das mehr oder weniger zusammengebrochene öffentliche Schulsystem in den USA offenbaren dabei die Spitzen des Eisbergs. Auch wenn die BRD nicht die ganze Schärfe dieses Programms mitgestaltet hat, war sie dennoch zu sehr Bestandteil dieser Weltmarktsgesellschaft, um nicht selbst entsprechende Schritte zu unternehmen. Auch in der BRD wirkte der egoistische Individualismus der Yuppies und der unsoziale monetaristische Egoismus der Neoliberalen, der allüberall die Privatisierungsprogramme anstieß, die sich nach der »Wiedervereinigung« im Osten richtig austoben durften und sich in der Zukunft noch weitreichend aus-wirken werden. Die Zahlen, insbesondere die "roten Zahlen", bestimmen seither die Planung und "Umstrukturierung" in allen Bereichen – Fakten sind gefragt, nicht Gefühle; der Realpolitik folgt eine Wirtschaftspolitik, die sich ganz real von ihren sozialen Kosten verabschieden will.

Der Kapitalismus produziert die Gewalt – die "schweigende Mehrheit" entdeckt ihr Ventil

Gleichzeitig leben wir aber ideologisch noch immer in einer Gesellschaft, in der die »Arbeit« den entscheidenden Bezugspunkt für die Menschen darstellt. Sie bestimmt nach wie vor ihre gesellschaftliche Rolle und ihre Wichtigkeit. Dabei wird für immer mehr Menschen die Arbeit "fiktiv", als wegrationalisierte, stillgelegte, kaputtsanierte oder abgewickelte NichtarbeiterInnen erleben sie die eigentliche Wahrheit: sie zählen nichts. Was zählt, ist der "Wirtschaftsstandort Deutschland", ist die "Konkurrenzfähigkeit" und das "zu hohe Lohnniveau". In dieser Phase der Verunsicherung wird auch die "schweigende Mehrheit" vom Egoismus erfaßt, und was in der pluralistischen ("gastarbeiterabhängigen") BRD nicht notwendig angelegt war, tritt ein: die "schweigende Mehrheit", die bislang nur durch Passivität aufgefallen war, wird aggressiv gegen Fremde! Im Unterschied zu den Yuppies bleibt der "schweigenden Mehr-heit" aber nicht die Möglichkeit, die mißliebigen Zustände zu "ignorieren" und durch das "um-sich-selber-kümmern" zu kompensieren. Sie finden kaum noch Hinterausgänge. Schlimmer noch, sie, die immer "brav" gearbeitet haben, die bereit waren Lohnsteuer, Kirchensteuer, Mehrwertsteuer, Rentenversicherung, Krankenversicherung und – wenn auch mürrischer – den Solidarzuschlag zu bezahlen – sie geraten immer öfter in die Situation, selbst zu "Schmarotzern", also zu Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosengeld- oder zumindest WohngeldbezieherInnen zu werden. Wer sich deshalb durch die permanent steigenden Steuern und Preise in die Enge getrieben fühlt, weiß andererseits um die prekäre Möglichkeit, selbst in diese verachtete Schicht der Sozialleistungsbezie-herInnen "absinken" zu können.

Der Widerspruch liegt auf der Hand: die ganz im Arbeitsethos befangene "schweigende Mehrheit" sieht sich als diejenige, die immer Leistung gebracht hat und verachtet jeden, der das soziale Netz benötigt, d.h. "ausnützt" was sie, die Arbeitenden, geschaffen haben. Sie würden dieses soziale Netz am liebsten sofort abschaffen, wenn da nicht diese Drohung im Raum stände, selbst zu Bedürftigen zu werden. Wenn man aber das soziale Netz aus eigener Angst heraus nicht abschaffen kann, wendet sich dieser Widerspruch gegen die, die das Netz nutzen und "es nicht verdienen", sprich gegen die ("Wirtschafts")-Flüchtlinge und weil die als Projektionsfläche nicht ausreichen und eine Unterscheidung unter "Ausländern" eh schwierig wäre: gegen die Fremden überhaupt. Damit löst sich der Widerspruch auf, dem Staat geht es schlecht, der Wirtschaft auch, Opfer müssen also sein, aber nicht bei einem selbst, der "schweigenden Mehrheit", sondern bei den Fremden!

Die REPs kommen ins Spiel – aber da ist das Problem mit den "Menschenrechten"

Der Rechtspopulismus a la Le Pen, Haider oder Schönhuber konnte in der jüngsten Vergangenheit diese Grundstimmung in der Bevölkerung am besten aufgreifen. Die "Protestwähler" (wie es so nichtssagend heißt) laufen ihnen massenhaft zu. Droht deshalb die Gefahr, daß diese Gruppen mehrheitsfähig werden?

Um einen weiteren wesentlichen Unterschied zu 1933 zu verdeutlichen, gehen wir zur Wirtschaft. Die Integration Deutschlands in den Weltmarkt ist unumkehrbar. Die Interessen der Wirtschaft zu ungehindertem Zugang zu den Rohstoffen und Natur- und Menschenressourcen in aller Welt hat eine wesentliche ideologische Voraussetzung: die Verteidigung der Menschenrechte. Für sie lassen sich die UN-Truppen in Marsch setzen, ohne

sie riskiert man zuviel innere Unruhe beim gleichen Tun. Das ergibt unnötige Reibungsverluste. Die Menschenrechte haben aber die Eigenschaft, daß sie universal sind und sich nicht auf eine nationalistische Variante reduzieren lassen. Kein Wunder also, daß Daimler-Benz, als der gesellschaftlich einflußreichste deutsche Konzern, die Kampagne "Mein Freund ist Ausländer" mitinitiierte – das war kein Scheingefecht, wie es vielleicht in der Linken vorschnell abgetan wurde, sondern kam mit dem Brustton tiefsten Eigeninteresses.

Blenden wir auch hier zurück, um die Dimensionen klarer zu bekommen. Der Nationalsozialismus schuf durch seinen Eroberungskrieg der Wirtschaft neue Märkte und eröffnete ihr potentiell die Ausnutzung von Rohstoffquellen. Die rumänischen Ölfelder waren hierfür eines der bekanntesten Mosaiksteinchen. Die Perspektiven für die Wirtschaft waren expansiv ... – und die Gelder flossen. Heute ist durch den Weltmarkt, durch die Westintegration und die UN dieses Ziel in optimaler Weise erreicht, was der Rechtspopulismus anzubieten hat, sind Abschottungsparolen, die zum wirtschaftlichen Selbstmord der BRD führen müssten... – entscheidende Gelder dürften blockiert bleiben.

Eine andere Frage ist, ob sich derzeit und in den kommenden Jahren der Weltmarkt nicht als ausgereizt erweist. Bislang bezahlte der Süden die Verteilungskämpfe des Nordens. Wenn sich nun auch innerhalb des Nordens immer mehr Menschen gezwungen sehen, mitzubezahlen, könnte die Akzeptanz des Rechtspopulismus weiter wachsen. Wichtiger als der Rechtspopulismus wird als Reflex jedoch die Tendenz des Rückzugs auf sich selbst werden.

Egoismus läßt sich nicht nationalisieren – Hitler ist Rambo

Besonders in der EG scheint dies bereits im Gang zu sein und in Bewegungen wie der norditalienischen Lega seinen ersten adäquaten Ausdruck zu finden. Die Lega ist nicht zufällig politisch neokonservativ, wird sie doch hauptsächlich vom Wunsch nach der "Wohlstandsinsel Norditalien" getragen. "Los von Rom" heißt in erster Linie: los von der "Solidargemeinschaft Nation" mit dem armen Süden im eigenen Land. Und dies sind die Brüche, die quer zum Rechtspopulismus und zum Nationalismus liegen, erst recht quer zum Faschismus und Nationalsozialismus und das muß auch in unsere Analysen Eingang finden.

Die Bewegung geht nach innen, nicht nach außen. Und ähnliche Brüche gibt es auch in der BRD: wer glaubt z.B., daß die "schweigende Mehrheit" noch ernsthaft "Schlesien heimholen" will, nachdem klar geworden ist, was dies kosten kann?

Wenn wir eine erste Folgerung aus diesen Gedanken ziehen, dann die: die Atomisierung der Menschen durch die kapitalistische Warengesellschaft hat nach 40 intensiven Jahren auch ihre konkreten Auswirkungen auf die heutigen Rechtsradikalen. Wir finden natürlich genügend Querverbindungen unter Faschisten, aber sie beschreiben nicht deren Stärke, sondern ihr aufeinander angewiesen sein. Die übergroße Mehrzahl der Gewalttäter rekrutiert sich inzwischen einzeln aus der "schweigenden Mehrheit", die rechtsradikalen Parteien bleiben am Rand, um Einfluß bemüht. Eine rechte Gefahr im klassischen (nationalsozialistischen oder faschistischen) Sinn existiert nicht. Keine faschistische Partei wird die politische Macht erlangen, keine wird eine Massenbewegung gezielt einsetzen können.

Und doch bedeutet das alles andere als eine Entwarnung: was wir anstelle eines Hitlers und seiner durchhierarchisierten Partei heute antreffen, sind viele tausend Rambos, die mit der alten Nazi-Ideologie eine gefährliche Gemeinsamkeit behalten haben: eine Sache um ihrer selbst willen tun. Ihre "Gemeinsamkeit" untereinander beschränkt sich aber oft auf die Zeit der Aktion gegen die "Feindbilder" oder zumindest auf kleine Gruppen. Und was wir – parallel dazu – auf der politischen Ebene haben, ist der Versuch via rechtes Denken und autoritäre Werte eine kulturpolitische Hegemonie der neokonservativen Rechten zu erreichen, die die Ängste und Vorurteile der "schweigenden Mehrheit" bestätigt und diese zum "spontanen" Handeln ermutigt.

Nehmen wir diese Gedanken ernst, sind Gegenstrategien eher schwieriger geworden, weil wir sie zumeist neu entwickeln müssen, vor allem, wenn wir uns nicht eines Tages als die letzten Verteidiger der Demokratie wiederfinden wollen. Herkömmlicher Antifaschismus jedenfalls verfehlt sein Ziel. Unser Vorteil momentan liegt im gemeinschaftlichen, solidarischen Handeln größerer Gruppen und überregionaler Zusammenhänge – zumindest müssen wir an solchen "veralteten" antikapitalistischen Strukturen festhalten und sie weiter entwickeln.

Die Frauen von Ravensbrück

Reise- und Seminarbericht: ein Wochenende im ehemaligen Frauenkonzentrationslager Ravensbrück

von Ilse Schwipper

Photos: Moritz Milch/AFZ



Ravensbrück,Mahnmal

Vorbemerkung der Redaktion:
Der hier vorliegende Text ist nur ein Auszug aus dem Reise- und Seminarbericht. Der fehlende erste Teil beinhaltet eine Frauenfreundschaft (zwischen Margarete Buber- Neumann und Milena Jesenska) im KZ Ravensbrück, er wurde im Berliner A- Kurier bereits veröffentlicht und kann bei Interesse unter folgender Adresse bestellt werden: A-Kurier, Kreuzbergstraße 43, 10965 Berlin.

Abfahrt und Ankunft

Die Reise in die Vergangenheit beginnt auf dem S- Bahnhof Oranienburg, wo schon ein Überlandzug wartet, der nach Fahrt mitten durch die Kornfelder und an idyllischen Dörfern vorbei, in der Kleinstadt Fürstenberg ankommt.

Gleich hinter dem Bahnhofsvorplatz finde ich ein Hinweisschild: "Zur Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück". Das ist mein Weg, den ich gehen will, der mich zum ehemaligen Konzentrationslager für Frauen führt. Das KZ wurde in der Zeit von 1938/39 von Häftlingen aus Auschwitz und anderswo erbaut, und es wurden bis 1945 132000 Menschen dorthin verschleppt. Hauptsächlich Frauen, aber auch viele Kinder und Männer. (...)

Auf dem Weg zur Gedenkstätte sehe ich rechter Hand den Schwedtsee blinken. Am ehemaligen Eingang auf der linken Seite steht eine Plastik: "Die Frauen von Ravensbrück- Müttergruppe", von Prof. Fritz Cremer. Schräg gegenüber steht eine große weiße Halle mit rotem Dach, die dort eigentlich nichts zu suchen haben sollte, auch nicht als nichtgenutzte Konsumhalle. Die Eröffnung des Supermarktes auf ehemaligem KZ-Gelände konnte durch Protest verhindert werden, abgerissen hat der Konzern ihn allerdings nicht. Der Widerspruch zwischen den beiden ersten Eindrücken kann nicht größer sein: die Plastik vermittelt tieftraurige Betroffenheit und Elend angesichts des Todes, der Bau gegenüber als Freßschuppen gedacht, soll die Spuren des KZs verschlingen!

Die Straße führt weiter geradeaus zur Gedenkstätte, hin zum ehemaligen Gebäude der Kommandantur der SS (KZ-Lagerleitung), in dem heute ein Museum untergebracht ist. Rechts am Gebäude vorbei geht es dann zum Mahnmal, nach dessen Vorplatz Stufen in den See führen. Inzwischen ziehen dunkle Wolken auf und es beginnt zu nieseln, eine rote Sonne verschwindet im Dunst.

Mein Blick schweift über den See und eine idyllische Landschaft. Aber ich beginne zu frieren beim Anblick des Massengrabes und der internationalen Gedenkmauer, als ich mich vom See abwende. Erst später werde ich wissen, daß diese Idylle am Boden des Sees eine furchtbare Grau-enhaftigkeit birgt. Die Nazis schütteten die Asche der Toten in den Schwedtsee. (...)

Lesbische Frauen und lesbisches Verhalten in Frauenkonzentrationslagern

Noch von den Eindrücken des Vormittags ganz gefangen, wo es um das Leben zweier Frauen in Ravensbrück ging, soll nun das zweite Referat von Claudia Schoppmann folgen. "Lesbische Frauen und lesbisches Verhalten in Frauenkonzentrationslagern." Das Referat ist in zwei Teile aufgeteilt:

1) Vorgeschichte der Lesben
2) Lesbisches Verhalten

C. Schoppmann beginnt damit, daß sie eindringlich darauf verweist, daß noch heute - 48 Jahre nach Kriegsende - zwei Themen im Wissenschaftsbereich wie in der Öffentlichkeit tabuisiert, verdrängt und vergessen sind. Zum einen die konsequente Erforschung der Verfolgung von Lesben zur Zeit des National-sozialismus, und zum anderen ihr Leben in KZs. Drängende Fragen sind daher schwer bis kaum beantwortbar, wie z.B.:

- wie haben sich erkämpfte Freiräume verändert, nach der Weimarer Republik?
- was war zur Zeit des NS Regimes?
- welche Folgen hatte die NS Sexualpolitik für die ca. 1,2 Millionen lesbischen Frauen?

Zwar gibt es in den letzten Jahren Forschung zu Homosexualität, diese bezieht sich aber hauptsächlich auf Männer. Von und zu Frauen gibt es kaum Belege, da viele Akten vernichtet sind und Frauen, die das Grauen überlebten lieber schweigen. Nur ganz selten gelingt es, Frauen dazu zu bewegen, von ihrem Schicksal zu berichten. Viel hat es unter anderem auch damit zu tun, daß ihr Leidensweg zu allem Überfluß auch noch gepflastert ist von Demütigungen seitens ihrer Mitgefangenen.

NS Ideologie

Die Ideologie des erbgesunden arischen Menschen und die daraus resultierende Familienpolitik bestimmte nicht nur das gesellschaftlich öffentliche Leben, sondern war in den einzelenen Familien verankert (Muttertag, Mutterschaftsorden, Steuervergünstigungen, Kindergeld). Die Nationalsozialisten hatten keine eigene feindliche Homosexualitätsideologie entwickelt, da sie sich bei der Bevölkerung auf tiefverwurzelte, kirchlich beeinflußte Sexualmoral verlassen konnte. Außerdem gab es die durch Medizin und Gesundheitswesen geprägte Auffassung, daß Homosexualität krankhaft und/oder vererbt sei.

Gleichzeitig aber wurden ca. 50000 homosexuelle Männer nach §175 Strafgesetzbuch (STGB) verurteilt. Davon wurden 10 - 15000 in verschiedene KZs verschleppt, nur wenige überlebten. Auch in Ravensbrück waren ab 1941 von 20000 inhaftierten Männern 120 homosexuell und wurden mit dem rosa Winkel gekennzeichnet.

Die Differenzierung der Nationalsozialisten gegenüber den Homosexuellen, mit Strafe zur Abschreckung und Umerziehungslager, aber gleichzeitiger gezielter Ausmerzung weniger, ist daran zu sehen, daß die Nazis "nur" 2 % als Veranlagte durch Vererbung der Homosexualität ansah.

Eine ganz andere Betrachtungsweise und Behandlung erfuhren die Lesben unter anderem deshalb, daß die Nazis die Frau als natürlich Abhängige vom Mann ansahen. Auch und gerade in sexueller Hinsicht, womit sie zur Passiven und somit Verführbaren erklärt war. Eine systematische Kriminalisierung wurde daher als nicht notwendig betrachtet, da diese Frauen nicht als "Volksschädlinge" empfunden wurden. Zumal Frauen auch aus dem öffentlichen Machtbereich ausgeschlossen waren.

Der Nachweis, daß Frauen wegen ihres Lesbischseins verfolgt und inhaftiert wurden, ist aus mehreren Gründen schwierig.

Haftgründe

Nur von zwei Frauen ist bekannt, daß sie wegen Homosexualität auch tatsächlich von der Lagerleitung Ravensbrück in den Zugangslisten verzeichnet wurden:

- am 10.11.40 wird Elli Smula eingeliefert - 26 Jahre -, und als Haftgrund wird in die Zugangsliste "lesbisch" eingetragen. Sie bekommt einen roten Winkel, die aber eigentlich ausschließlich Politischen vorbehalten ist.
- Im November 40 wird Mary Kümmermann, geb. Punjar - Jüdin - eingeliefert, und wird als "asozial/lesbisch" registriert.

Es gibt einige Fälle von verhafteten Frauen wegen ihres Lesbischseins, aber ihre "Vergehen" und Inhaftierungsgründe sind anders benannt, wie z.B. politische Unzuverlässigkeit oder "asozial", und außerdem aus dem Reichsarbeitsdienst, sowie Bund Deutscher Mädchen (BDM),

wo nach § 175 STGB verfolgt wurde (Abhängigkeit Untergebener).

Im Dezember 1937 gibt es einen Erlaß durch Himmler, der die Polizei im Rahmen der "vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" mit weitreichenden Maßnahmen ausstattet. Sogenannte innere Feinde der deutschen Volksgemeinschaft können nun massenhaft als "asoziale" verfolgt und inhaftiert werden. Von da ab wurden auch nicht straffällig gewordene Personen in Vorbeugehaft genommen, auch ohne die Legitimation durch die Justiz. Es ist anzunehmen, daß darunter viele Lesben waren.

Es ist insgesamt also nicht nachweisbar, wie viele Frauen wegen Homosexualität in Konzentrationlager verbracht wurden. Der Mehrheit der Lesben blieb das barbarische KZ erspart, wenn sie bereit waren sich anzupassen und nicht aufzufallen.

Wie schon am Tag zuvor, geht mir durch den Kopf, daß das Ganze ein Mammutprogramm ist, daß förmlich durchgepeitscht wird, ohne Möglichkeiten zwischen Referaten das Ganze sacken zu lassen. Für ausgiebige Pausen bleibt keine Zeit, und nicht nur ich fühle mich überfordert. Die Konfrontation auch von Widersprüchen von Überlebenden, die vermittelt werden, ihre Meinung und Gefühle Mitgefangenen gegenüber, die oft negativ sind, lassen kaum Raum, den eigenen Zorn darüber zu bewältigen.

Die Verfolgung lesbischen Verhaltens innerhalb derLager

Der zweite Teil des Referats von Claudia Schoppmann gilt dem lesbischen Verhalten im Lager. Zu Beginn benennt sie Quellennachweise (1) ihrer Forschungstätigkeit, und referiert aus ihrem Buch: "Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität (2).

Um über lesbisches Verhalten forschen zu können, muß mehr oder weniger auf Memoirenliteratur zurückgegriffen werden, dort gibt es ausführliche Beschreibungen zu lesbischem Verhalten, wenn auch überwiegend in abwertender Form, wie in dem Buch von Fania Fenelon "Das Mädchenorchester von Auschwitz" (3), indem sie lesbische Frauen mit Prostituierten gleichsetzt. Es ist unmöglich die Gemeinheiten dieser Frau hier zu wiederholen, weil das Seiten füllen würde, und ich ehrlicherweise schreiben muß, daß mich beim Zitieren aus diesem Buch eine dermaßene Wut überfallen hat, daß ich nicht mehr mitgeschrieben habe. Ich verweise darum an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich auf das Buch von Claudia Schoppmann, in dem es ausführlich beschrieben ist. Hier nur ein paar der Begriffe, mit denen Fania Fenelon ihre Mitgefangenen belegt hat, damit ihr einen Begriff davon bekommt: dummes Scheusal, fette Megäre, und sie spricht von schamlos offenem Liebesspiel. Ein weiteres Buch in der Memoirenliteratur ist von Krystina Zywulska: "Wo früher Birken standen...", auch in diesem Buch zynische und abfällige Ergüsse über Lesben.

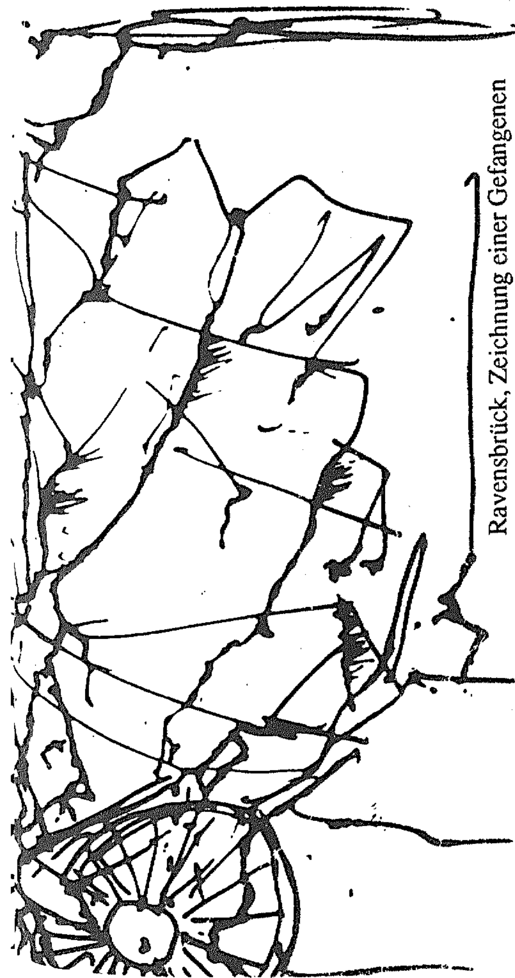


Von den meisten inhaftierten Frauen wird die Gleichsetzung der SS, daß lesbische Frauen "Asoziale" seien, geteilt. Ganz anders ist die Beschreibung der politisch Inhaftierten, deren Beziehungen werden als platonisch und rein beschrieben. Zitat aus dem Buch von Margarete Buber Neumann: ("Milena, Kafkas Freundin) "Leidenschaftliche Freundschaften waren unter den Politischen genauso häufig wie unter den Asozialen und den Kriminellen. Nur unterschieden sich die Liebesbeziehungen der Politischen von denen der Asozialen oder der Kriminellen meist dadurch, daß die einen platonisch blieben, während die anderen ganz offen lesbischen Charakter hatten." Claudia Schoppmann betont, daß auch in Gesprächen, die sie mit der Politischen Georgia Tanewa hatte, diese lesbisches Verhalten ausschließlich bei den sogenannten Asozialen ansiedelt. Wird aber doch mal das Tabu Sexualität bei den politischen Inhaftierten durchbrochen, dann wird lesbische Liebe als lagerbedingt dargestellt und bewertet. Dementsprechend demütigend wird mit den Frauen umgegangen.

Wie in allen Zwangssituationen gibt es auch in den KZs unter den Häftlingen Hierarchien, die von der SS als Lagersystem gefördert wurden. So gab es die sogenannten KAPO, das waren Lagerälteste und mit Privilegien verschiedenster Art ausgestattet. Nicht anders war es auch in Ravensbrück, wo Frauen ihre Machtposition mißbrauchten. Davon berichtete Antonia R., der eine KAPO-Gefangene eine Ration mehr Brot gab, wohl in der Hoffnung, von Antonia Liebe zu bekommen. Auch Olga Lengyel schildert solch einen "Fall", indem eine KAPO um die Liebe einer Professorin warb. Diese soll dann nach ein paar Wochen geäußert haben, daß sie ohne ihre "Gemahlin" nicht leben könne.

Einmal ganz anders

Mit einer ganz anderen Sichtweise berichtet Margarete Glas-Larson über eine lesbische Beziehung, die sie selbst in Auschwitz zu einer politischen Frau hatte. In ihrem Buch:"Ich will reden..." berichtet sie über ihre Beziehung zu der Kommunistin Aurelia Reichertwald, die unter dem Namen Orli bekannt war. Orli scheint eine der wenigen Politischen gewesen zu sein, die zu ihrer lesbischen Liebe auch standen. Zitat von M. Glas-


Ravensbrück, Zeichnung einer Gefangenen

Larson:" Ich habe zu Orli ein exzeptionelles Freundschaftsverhältnis gehabt, meinerseits besonders eine ungeheure Zuneigung, weil mir ihre Seele so gut gefallen hat. Sie war nie gemein." Diese Äußerung ist deshalb auch wichtig, weil Orli in Auschwitz-Birkenau seit 1943 Lagerälteste, also KAPO war, über die sonst nur bösartig berichtet wird.

Allerdings berichtet auch M.Glas-Larson über sexuellen Handel gerade von Gefangenen in Machtpositionen, wie der KAPO, was sie auf den ganz natürlichen Selbsterhaltungstrieb zurückführt.

Die Strafen im Straflager

Nicht genug damit, daß lesbische Frauen wegen ihrer Sexualität in Vernichtungslager verbracht wurden, hatte die SS auch noch ein perfides Strafsystem innerhalb des KZ eingeführt. Hauptzweck dieser Strafen war es, mit dem Brechen der Lebenskraft die Unterwerfung zu erreichen, und die NS-Sexualmoral zu sichern, gerade auch in KZs. Je nach Belegungszahl war das Strafen abgestuft. Oftmals reichte der bloße Verdacht, lesbisch zu sein, während ein andermal Handlungen verfolgt wurden. Wer Arm in Arm lief oder nur einmal sich die Hände gab, der konnte bei Überbelegung mit Sicherheit damit rechnen, in den Strafblock verlegt zu werden, wo dann die Prügelstrafe auf die Frauen wartete, aber auch Dunkelhaft und Essensentzug. Die Todesrate in diesem Block war besonders hoch.

Die Einweisung in den Strafblock gehörte zu den schwersten Strafmaßnahmen. Im Frauen-KZ-Ravensbrück war dieser Block mit Stacheldraht und Holz umgeben, und somit von den übrigen Baracken getrennt. Außerdem wurde dieser Block von Lagerpolizei gesondert bewacht. Soli-darische Hilfe für diese Frauen war damit unmöglich gemacht.

Genau wie in Ravensbrück, gab es auch in Auschwitz Strafen für lesbisches Verhalten. Davon geben die im Gefängnis verfaßten Erinnerungen des ehemaligen Lagerkommandanten Rudolf Höß Zeugnis: "ähnlich der Homosexualität in den Männerlagern, im FL (Frauenlager, C.Sch.) die Seuche der lesbischen Liebe. Auch die stärksten Strafen, auch die Einweisung in die Strafkompanie tat dem nicht Einhalt." Mit freundlicher Genehmigung von Cluadia Schoppmann folgt ein längeres Zitat aus ihrem Buch "Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität": "Auch in Auschwitz gehörte die Einweisung in die Strafkompanie, über die der Lagerkommandant auf Antrag der Lagerführerin des Frauenlagers, SS-Oberaufseherin Johanna Langefeld und später der Oberaufseherin Maria Mandel entschied, zu den besonders schweren Strafen. Wie der Strafblock in Ravensbrück, war auch die Strafkompanie in Auschwitz, die ab Juni 42 für etwa zwei Jahre existierte, von den anderen Häftlingen getrennt. Die Frauen dort mußten außergewöhnlich schwere Außenarbeiten verrichten, auch bei extremsten Temperaturen, besonders schlechter Verpflegung und bei schärfster Bewachung. (Aufseherin war u.a. die berüchtigte Irma Grese). Daher war die Sterblichkeitsziffer in der 200-400 Frauen umfassenden Kompanie besonders hoch. Über das Schicksal von Frauen, die möglicherweise wegen lesbischen Verhaltens dorthin eingewiesen wurden, geht aus der spärlichen Literatur über die Strafkompanie nichts hervor, die Strafmeldungen, die darüber hätten Auskunft geben können, sind nicht erhalten."

Nach den letzten Sätzen von Claudia Schoppmann lasse ich erschöpft den Kuli fallen, und bin froh, daß ich es für heute geschafft habe. Das Angebot von Ch. Schulz, der Seminarleiterin, daß bei Interesse das Museum noch geöffnet bleibt, werde ich nicht wahrnehmen. Ich bin mit zwei Frauen in einem Bungalow in Altglobsow, ganz in der Nähe von Ravensbrück untergebracht, und dort will ich jetzt einfach nur noch hin. Dort ist ein See, eingebettet in Waldgelände, und das bietet Gelegenheit zum Spazierengehen um all das Gehörte in Ruhe aufzunehmen.

Immerhin wartet noch am nächsten Tag ein bitteres Thema auf mich, es wird um Bordelle in KZs gehen, in die Frauen aus Ravensbrück verschleppt wurden.

Der dritte Tag

Es ist der letzte Tag des Seminars und es regnet noch immer in Strömen bei fast herbstlichen Temperaturen. Ich habe fast die ganze Nacht wach gelegen, weil es mir nicht möglich war, die Bilder des Grauens aus dem Kopf zu verbannen. Bevor ich das Gelände am Abend verlassen hatte, war ich doch noch einmal im Zellenblock, in dem Zellen nicht nur Frauen einer Nation gewidmet sind, sondern wo auch der Prügelbock aufgebaut ist. Selbst die Peitsche hängt an der Wand. Ich kann nicht vergessen, daß dort Frauen bis zum Ohnmächtig werden, und darüber hinaus ausgepeitscht wurden. Oftmals einzig deshalb, weil sie sich zum Zeichen des Einvernehmens einen heimlichen Händedruck z.B. auf dem Apellplatz erlaubten. Der dann noch gesehen wurde und oftmals von Mithäftlingen verraten wurde.

Frau Christa Schulz beginnt ihr Referat über "Ravensbrücker Frauenhäftlinge in den Bordellen der Männer Konzentrationslager" mit dem Hinweis, daß sich hauptsächlich auf die Dissertationsarbeit von Frau Claudia Schoppmann bezieht.

Da ich dieses Kapitel des Buches (Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität) mit dem Titel "Himmler und die neue Moral" insgesamt, wegen der NS- Bevölkerungspolitik und dem Verständnis der Nazis von der Frau, für wichtig halte, wird es hier vollständig wiedergegeben:

"Himmler und die «neue Moral»

Auch Himmler (1900-1945) prangerte die «Vermännlichung» der Frau an und sah im Abweichen von der Geschlechterpolarität eine Ursache für die Homosexualität. Was Himmler zur Homosexualität zu sagen hatte, war bedeutsam, unterstand ihm doch als «Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei» ab 1936 die zentrale Organisation zur Erfassung und Verfolgung Homosexueller, die «Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung», sowie die lokalen Polizeibehörden. Bekannt ist, daß sich Himmler 1937 mehrmals zur Homosexualität äußerte. In einer Rede vor SS-Gruppenführern im Februar 1937 äußerte er die Befürchtung, mangelnde «weibliche Reize» könnten im «Männerstaat» zur Homosexualität führen: *«Wir dürfen die Qualität des Männerstaates und die Vorzüge des Männerbundes nicht zu Fehlern ausarten lassen. Wir haben insgesamt m.E. eine viel zu starke Vermännlichung unseres ganzen Lebens, die soweit geht, daß wir unmögliche Dinge militarisieren, daß wir - das Wort darf ich hier ganz offen aussprechen - nichts können in der Perfektion, als Menschen antreten, ausrichten und Tornister packen lassen. Ich empfinde es als eine Katastrophe, wenn ich Mädel und Frauen sehe - vor allem Mädel -, die mit einem wunderbar gepackten Tornister durch die Gegend ziehen. Da kann einem schlecht werden. Ich sehe es als Katastrophe an, wenn Frauen- organisationen, Frauengemeinschaften, Frauenbünde sich auf einem Gebiet betätigen, daß jeden weiblichen Reiz, jede weibliche Anmut und Würde zerstört. Ich sehe es als Katastrophe an, wenn wir die Frauen so vermännlichen, daß mit der Zeit der Geschlechtsunterschied, die Polarität verschwindet. Dann ist der Weg zur Homosexualität nicht weit.«*

Und in einer Rede im Juni 1937 vor dem «Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik» im Reichsinnenministerium sah Himmler die größte Gefahr darin, daß homosexuelle Männer zur «Tarnung» heirateten, dadurch die Ehefrauen, die Himmler auf eine Million bezifferte, zum Ehebruch trieben und, schlimmer noch, deren generatives Potential «blockierten». Die in solchen Ehen zur «Tarnung» in die Welt gesetzten Kinder seien zusätzlich noch - da durch die «Anlage» zur Homosexualität belastet - erbbiologisch minderwertig (was aber für Himmler hier offenbar nur von zweitrangiger Bedeutung war):



Ravensbrück, Srafblock

«Ich will ihnen offen zugeben: wir alle haben noch vor zwei oder drei Jahren gesagt: völlig ausgeschlossen, daß der Mann homosexuell ist: er hat ja Kinder, so nette, reizende Kinder und eine nette Frau! Das ist aber gar nicht ausgeschlossen. In der Mehrzahl dieser Fälle heiratet dieser Feigling von Mann die Frau und setzt noch zwei oder drei Kinder in die Welt, die meiner Überzeugung nach noch mit dem Hang zur Homosexualität belastet sind und sein wirkliches Ausleben hat er mit seinen homosexuellen Freunden und Jungen. Die Frau geht drüber kaputt und dann kommt der Fehltritt. Dann heißt es: diese schlechte Frau hat Ehebruch getrieben und ihren Mann betrogen, und dabei hat sie doch ihre Kinder! Das ist eine sexuelle Belastung, diese eine Million Frauen, deren Männer sich dem gleichen Geschlecht zugewendet haben. Das ist viel, viel schlimmer, als sie alle annehmen.»

In einer Rundfunkansprache im Januar 1937 äußerte sich Himmler auch vor einer großen Zuhörerschaft. In dieser Rede anläßlich das «Tages der Deutschen Polizei» nennt Himmler die Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung als die zwei Hauptaufgaben der Polizei, denn ein «Fortleben dieser beiden Seuchen» bringe «jedes Volk an den Abgrund». Deshalb sei er «unnachsichtig an die Verfolgung dieser Scheußlichkeiten herangegangen», und zwar nach der bekannten zweigleisigen Methode: «unbarmherziges Vorgehen gegen die Verführer» einerseits und «Erziehung verführter junger Burschen» andererseits. Nicht zufällig nannte Himmler in dieser öffentlichen Rede keine Zahlen. An anderer Stelle schätzte er 1-2 Millionen «Homosexuelle in Deutschland» - gemeint waren Männer. Seine «Experten» sprachen gar von 2-4 Millionen - eine Zahl, die Himmler jedoch zu hoch fand. Diese Zahlen sind freilich mit Vorsicht zu genießen; sie dienten u.a. dazu, das scharfe Vorgehen gegen homosexuelle Männer zu rechtfertigen. Legt man jedoch die von Kinsey geschätzten 4% zugrunde, so dürfte sich die Anzahl homosexueller Männer auf etwa 1,4 Millionen belaufen haben und kam damit der von Himmler geschätzten nahe.

Explizit ging Himmler in seinen mir bekannten Reden auf lesbische Frauen nicht ein. Wurde er jedoch in der Praxis mit weiblicher Homosexualität bzw. dem Verdacht derselben konfrontiert, war er um eine «Lösung» nicht verlegen, insbesondere wenn es die (bislang kinderlose) Ehe eines hochrangigen SS-Mannes betraf. So bspw. im Fall des SS-Gruppenführers und Befehlshabers der

Ordnungspolizei im Generalgouvernement Polen, Herbert Becker, der an der Deportation von deutschen Juden nach Polen beteiligt war. Offenbar hatte Himmler aus einem Briefwechsel zwischen Beckers Frau und einer Frau W. auf eine lesbisches Verhältnis zwischen beiden Frauen geschlossen und daraufhin Becker zur Rede gestellt. Was zwischen beiden Frauen tatsächlich «vorgefallen» war, läßt sich nicht feststellen - der inkriminierte Briefwechsel und die näheren Umstände seiner Entdeckung sind nicht bekannt. Wichtig ist, wie Himmler mit einem solchen Verdacht umging.

Zur Rede gestellt, versicherte Becker, seinem Reichsführer in einem Brief vom 13.2.1943, daß seine Frau «niemals, auch nicht ein einziges Mal, diese Verirrung ausgeübt habe und daß sie das auch niemals tun werde. Sie habe gar keinen Sinn für solche Widernatürlichkeiten und habe sich im Gegenteil vom Beginn ihrer Ehe an nichts sehnlicher gewünscht als Kinder! (...) Meine Frau gibt ferner an, daß Frau W. niemals auch nur andeutungsweise den Versuch gemacht habe, sich ihr in der in Rede stehenden Weise zu nähern.»

In der Tat, so gibt Becker zu, sei die Freundschaft zwischen den Frauen «außerordentlich herzlich gewesen. Dementsprechend herzlich sei auch der Ton ihrer Briefe gewesen. Die überschwengliche und verstiegene Ausdrucksweise erkläre sich einerseits daraus, daß Frau W., die sich für eine Schriftstellerin hält, einen pretiösen Stil bevorzugt habe und andererseits daraus, daß meine Frau, gequält von tiefstem Mitleid mit der vermeintlich gänzlich unschuldig in Verdacht geratenen Frau W., sich selbst in eine derartig übertriebene Schreibweise hineinsteigerte. Alles was in den Briefen geschrieben stehe, erkläre sich aber entweder völlig harmlos oder es sei dummes Zeug und habe jedenfalls mit lesbischer Liebe nicht das geringste zu tun.»

Becker versprach Himmler weiterhin, sich nicht, wie er vorhatte, scheiden zu lassen, sondern «zu einem klaren, von nationalsozialistischen Erkenntnissen getragenen ehelichen Zusammenleben» zurückzufinden, und er hoffte, «in der Zukunft auch mit Kindern gesegnet zu werden». Das war der Preis, um dessentwillen Himmler ganz pragmatisch bereit war, die erhobenen Vorwürfe zu vergessen: Beckers Ehe solle «durch die Geburt von Kindern den wahren, bleibenden Sinn und Inhalt» erhalten. Nicht bekannt ist, ob Beckers Frau diesem Befehl Himmlers nachkam, und auch nicht, ob Frau W. eine ebensolche «Bewährungsprobe» eingeräumt wurde.

Es ist bekannt, daß Himmlers Ansprüche an SS-Angehörige in bevölkerungs- und «rassen»politischer Hinsicht weitgehend waren: so sollte für SS-Ehepaare die «Mindestkinderzahl einer guten und gesunden Ehe» bei vier liegen. Himmlers diesbezügliche Vorstellungen beschränkten sich jedoch nicht auf seine Eliteorganisation. Nach dem Krieg sollte jede «arische» Frau unter 35 Jahren, ob verheiratet oder ledig, zur Geburt von vier Kindern verpflichtet werden! Nach den Worten von Kaltenbrunner, Chef des Reichssicherheitshauptamtes ab 1943, sollten diese Kinder von «reinrassigen, einwandfreien deutschen Männern» stammen; dabei sollte es keine Rolle spielen, ob die Erzeuger bereits verheiratet waren.

Besonders ab 1939 gab es Vorschläge zur «unorthodoxen» Geburtensteigerung. Ein Autor beklagt schon 1933 das «riesengroße Brachfeld» lediger Frauen, deren «prangende Tragfähigkeit auszunutzen» sei. Himmler, die SS, der «Stellvertreter des Führers», Hess, und andere forderten eine «neue Moral», die nicht in den bürgerlichen, kirchlich geprägten Sexual- und Ehevorstellungen befangen sein sollte. Hierbei ging es in erster Linie um die Frage der unehelichen Mutterschaft, die Stellung unehelicher Mütter und Kinder, aber auch um die Frühehe.

In seiner bereits erwähnten Rede vor dem Sachverständigenbeirat im Juni 1937 forderte Himmler, diese Probleme «mit einer einigermaßen germanischen Großzügigkeit» zu behandeln. «Soldatisch gesehen» sei diese Frage sehr wichtig: die (potentiellen) unehelichen Kinder, die derzeit noch abgetrieben würden, ergäben in 30 Jahren eine zusätzliche Armee von vierhunderttausend Mann. Himmler rügte den «pharisäischen» Umgang der Partei mit Sexualität nach dem Motto «zuerst Eheschließung und dann Zeugung»:

«Denn alles, was wir hier zu stark einschränken, landet drüben auf der anderen Seite bei den Homosexuellen. Irgendwo geht es hin, irgendwohin weicht es ab. Wenn wir die Natur absperren, bekommen wir die Zustände, wie wir sie heute haben», orakelte Himmler und berief sich auf Hitler, der der gleichen Meinung sei wie er.

In diesem Kampf gegen Abtreibung und (männliche) Homosexualität war das Problem der Prostitution für Himmler nur ein vergleichsweise geringes. Im Gegenteil - sie war ihm vielmehr als scheinbares Mittel zur Bekämpfung der männlichen Homosexualität willkommen. (...)

Sexualität dürfe keine private Angelegenheit sein, oder um mit Himmler zu sprechen: «alle Dinge, die sich auf dem geschlechtlichen Sektor bewegen, sind jedoch keine Privatangelegenheit eines einzelnen, sondern sie bedeuten das Leben und Sterben des Volkes. (...) Das Volk, das sehr viel Kinder hat, hat die Anwartschaft auf die Weltmacht und Weltbeherrschung.»"

Diese neue Moral Himmlers in Bezug auf die Bevölkerungspolitik, viele Kinder für den Staat und die imaginäre Armee zur Erlangung der Weltherrschaft einerseits, und Triebkanalisation wie Entlastung durch Bordellbesuche andererseits hat Prostituierte nicht vor Verfolgung geschützt.

Im Jahre 1927 wurde eine Kartei von Prostituierten angelegt, angeblich zur gesundheitlichen Kontrolle von Geschlechtskrankheiten, wo aber im Reichsgesetz ausdrücklich verankert war, daß gewerbliche Unzucht nicht strafbar ist. Ab 1933 wurde diese Kartei von den Schergen des NS-Regimes zur Verfolgung mißbraucht, und viele Prostituierte als Asoziale inhaftiert. Ab 1934 begann die Zwangssterilisation und mit dem Einsetzen des Volksschädlingsgesetzes 1939 begannen die massenhaften Inhaftierungen und der Vernichtungsfeldzug gegen alles Lebende, das nicht in das NS-Muster paßte.

Diese Frauen und hauptsächlich die Frauen, die als Lesben ins KZ verschleppt worden waren, wurden ab 1943 nach einer am 15.5.1943 erlassenen Dienstleistungsverordnung in die Bordelle der Männer-KZs überführt. In dieser Dienstvorschrift heißt es:

" Der Umfang und die Dringlichkeit aller mit Häftlingen zur Durchführung gelangenen Arbeiten erfordernden höchste Leistung eines jeden Häftlings. Die gegenwärtigen Ergebnisse müssen deshalb zu einer Steigerung gebracht werden. Sie wird durch Führung und Erziehung der Häftlinge erreicht, und durch Gewährung von Vergünstigungen an die Häftlinge anerkannt. Hierfür erlasse ich folgende

Dienstvorschrift

Häftlinge, die sich durch Fleiß, Umsichtigkeit, gute Führung und besondere Arbeitsleistung auszeichnen, erhalten künftig Vergünstigungen.

Diese bestehen in Gewährung von:

1. Hafterleichterung
2. Verpflegungszulagen
3. Geldprämien
4. Tabakwarenbezug
5. Bordellbesuch (...)

Nur den Spitzenkräften soll auf Wunsch als besondere Belohnung der Besuch des Bordells ermöglicht werden. Die betreffenden Häftlinge stellen einen kurzen Antrag über den Schutzhaftlagerführer beim Lagerkommandanten, der ihn zugleich

prüft und entscheidet. Der Lagerkommandant ist ermächtigt, die Erlaubnis zum Besuch des Bordells im Einzelfalle bis zu einem Mal schriftlich zu erteilen.

Ich weise jedoch besonders darauf hin, daß hierfür nur Häftlinge mit wirklich hervorragender Leistung zugelassen werden.

Für den Besuch des Bordells haben die Häftlinge eine Gebühr von RM 2 zu entrichten. Die Entrichtung erfolgt durch Abgabe eines Prämienscheines in dieser Höhe, die der Häftling an seiner Arbeitsstelle für seine dort geleistete Mehrarbeit erhalten hat (...).

Von diesem Betrag erhält die Insassin des Bordells RM 0,45, der aufsichtsführende weibliche Häftling RM 0.05, der Rest in Höhe von RM 1,50 ist vorläufig zu hinterlegen und halbjährig erstmalig am 10.1.1945 für die Zeit bis zum 31.12.1943 dem Chef der Arbeitsgruppe D zu melden. gez. Pohl, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS"

Deutlicher kann keine Verordnung sein, welchen Zweck Bordelle haben. Das gilt meiner Meinung nach generell, wobei die gesellschaftliche Funktion des Kanalisierens die andere Seite der gleichen Medaille ist. Der symbolische Ausdruck dieser Entmenschlichung findet ja auch in einem Spruch der Nazis sich wieder, der an verschiedenen Eisentoreingängen von KZs materialisiert wurde: "Arbeit macht frei". Allerdings gab es die ersten Bordelle schon ab 1942, weil z.B. IG Farben die Akkordarbeit angetrieben haben wissen wollte. So zum Beispiel in Buchenwald, in Auschwitz und Sachsenhausen.

Den Frauen in Ravensbrück wurde unter dem Deckmantel von Versprechungen die Freiwilligkeit suggeriert, indem ihnen versprochen wurde, daß sie nach sechs Monaten Bordellaufenthalt entlassen würden.

Bevor sie in die KZ Bordelle verlegt wurden, gab es für die Frauen Essenszulage. Auch in den Bordellen selbst war die Verpflegung der Prostituierten besser als die der übrigen Insassen. Selbst Blumen fanden sich in einzelnen Zellen, die für die Frauen hergerichtet waren.

Wenn Frauen aber die Barbarei der Vergewaltigung überstanden hatten, dann wurden sie selbstredend nicht entlassen, sondern kamen nach Ravensbrück zurück. Oft genug verseucht mit Krankheiten verschiedener Art, aber hauptsächlich mit Geschlechtskrankheiten. Die ärztliche Versorgung der Frauen unterblieb in den meisten Fällen, so daß sie nach kürzester Zeit starben. Aber auch schwangere Frauen kehrten zurück, deren Kinder abgetrieben wurden. Allerdings wurden auch einige Kinder in Ravensbrück geboren.

Was ich meinem Bericht noch hinzufügen möchte, ist, daß es irgendwann einen Arbeitseinsatz auf dem Gelände der Mahn- und Gedenkstätte geben wird. Der Teil, der jetzt von der russischen Besatzung geräumt wurde und wird, ist nicht nur die ehemalige SS-Wohnsiedlung auf dem ehemaligen KZ Gelände. Demnächst freigegeben wird ebenso das gesamte Gelände auf dem die Baracken standen, wo bei einer ersten Begehung durch Mitarbeiter der Gedenkstätte festgestellt wurde, daß die Grundmauern noch vorhanden sind. Ähnlich wie in Sachsenhausen könnte bei Freilegung von Überwucherung sichtbar gemacht werden, wie und wo die Frauen untergebracht waren. Von wo aus ihr morgendlicher Arbeitseinsatz zur Vernichtung menschlichen Lebens begann, und wo sie stundenlang in Kälte und Hitze zum Appell und Strafappell stehen mußten.

Bei Freigabe könnte auch dieser Teil des Geländes zur Mahnung an eine Form der Barbarei dienen, und die heute Lebenden erinneren, daß Geschichte sich noch allemal wiederholt wenn nicht den Anfängen entschlossener Widerstand entgegengesetzt wird.

Anmerkungen:

1. Isa Vermehren, Reise durch den letzten Akt. Ravensbrück, Buchenwald, Dachau: eine Frau berichtet, Reinbeck 1979

Brief von Katharina Jacob von 20.11.36. Sie war von November 44 bis April 45 politische Gefangene in Ravensbrück.

Luce d'Eramo, der Umweg, Reinbeck 1981

Gespräch mit Isa Vermehren von 15.10.87

2. Claudia Schoppmann, Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität, Centaurus- Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1991

Die "AUSCHWITZ-LÜGE"

Eigentlich verbietet es sich schon aus moralischen Gründen auf die "Argumentation" der Rechtsradikalen, "Auschwitz", d.h. der Massenmord an der jüdischen Mitbevölkerung, "sei technisch nicht möglich gewesen" einzugehen. Zuviele Leidensberichte Überlebender, zuviele ermordete Familienmitglieder Geflohener und schließlich die Geständnisse von Ver-antwortlichen wie Eichmann oder Höß haben der rechtsradikalen "Beweisführung" von Anfang an, den Boden entzogen. Aber weil dieser Massenmord auch von Linken als ein *industrieller Massenmord* bezeichnet wurde, entstand für interessierte Kreise diese Lücke, in der Desinformationen greifen konnten, in der der Massenmord als bloßer "Glaube", als "Irreführung und Gehirnwäsche der US-Amerikaner" geleugnet werden sollte. Vermeintliche Sicherheit für solche Behauptungen entstand vor dem Hintergrund, daß es der SS gelungen war, vor ihrem Abzug die Gaskammern zu sprengen und die Akten und anderes belastendes Material zu vernichten.

Nun hat – ein politisch ursprünglich eher rechts anzusiedelnder Auschwitz-Forscher aus Frankreich, Jean-Claude Pressac, – nach dem Studium neuzugänglicher KGB-Akten den technischen Beweis für die Machbarkeit von Auschwitz zusammengetragen. Der KGB hatte Akten der "Bauabteilung von Auschwitz" gefunden und darunter die Firmenunterlagen der *Erfurter Firma Topf & Söhne* beschlagnahmt. Diese Firmenunterlagen belegen den Ausbau von Auschwitz minutiös, bis hinein in die Überstunden ihrer Techniker. Die Firma erhielt Aufträge für die Verbrennungsanlage im Wert von 554.500 Reichsmark. Natürlich ist Pressacs Buch "kalt", es zeigt nichts vom Leid der Menschen, aber es schließt auf seine Weise das Wissen um diese angebliche Lücke der "technischen Machbarkeit".

In den KGB-Akten fanden sich Berichte, Bestellunterlagen und Abrechnungen von Technikern der Firma Topf & Söhne (spezialisiert für den Krematorienbau), die die Gaskammern im März 1943 "betriebsbereit" machten (sie wurden bis zum November 1944 für den Massenmord verwendet). Die ersten 1492 aus Krakau stammenden Frauen, Kinder und Greise, die in diesen neuen Kammern als erste umgebracht wurden, wurden in nur 20 Minuten getötet und über einen Warenaufzug (mit 1500 kg Tragkraft) ins Krematorium gehievt und dort innerhalb von 2 Tagen verbrannt – auch das geben die Unterlagen wieder.

Kommen wir zu anderen zentralen Behauptungen der Rechtsradikalen:

1) *"Die Gaskammern waren nicht beheizbar, Zykon B wirkt aber erst bei 25 Grad Celsius."*

Die Antwort: Die Firma Topf & Söhne wollte zuerst eine Heizung einbauen, stellte aber fest, daß die Körpertemperatur der so zahlreich in die Gaskammern getriebenen Menschen den Raum bis zu 25 Grad "aufheizte".

2) *"In den Gaskammer-Wänden fanden sich nur geringe Reste von Blausäure (Zyklon B)"*

Die Antwort: Die Ermordeten haben den Großteil des Zyklon B in ihren Körpern aufgenommen. Haarproben-Untersuchungen bestätigten dies.

3) *"Die Gaskammern hatten keine luftdichten Türen, auch die Exekutoren wären getötet worden."*

Antwort: Im KGB-Archiv fanden sich Bestellunterlagen für gasdichte Türen. In Berichten findet sich der Hinweis, daß die SS-Leute, die das Zyklon B einfüllten mit Gasmasken arbeiteten.

4) *"Die Verbrennungsöfen von Auschwitz hatten nicht die Kapazität um eine Million Menschen zu töten."*

Antwort: Die Öfen von Topf & Söhne hatten eine Verbrennungskapazität von 1,6 Millionen Menschen pro Jahr.

Das Buch Pressacs ist gerade in Frankreich erschienen:

Jean-Claude Pressac:
"Les crématoires d'Auschwitz.La machinerie du meutre de masse", CNRS-Editions, Paris 1993

Wolfgang Haug

Die "AUSCHWITZ-LÜGE"

Bücher, die der SF-Redaktion zugesandt wurden. Eine Rezension behalten wir uns vor:

Kommentierte Literaturliste zum Thema Antifaschismus, Unrast-Verlag/Anares-Nord, Münster /Sehnde 1993, 2.-DM

Klaus-Peter Drechsel: Beurteilt - vermessen - ermordet. Die Praxis der Euthanasie bis zum Ende des deutschen Faschismus. DISS-Verlag, Duisburg 1993, 175S., 16,80

Marek Edelman: Das Ghetto kämpft. Warschau 1941-43, mit einem Vorwort von Ingrid Strobl. Harald Kater Verlag, Berlin 1993, 98 S, 14.80 DM

Hugo Sonnenschein: Schritte des Todes. Traumgedichte aus Auschwitz. Edition Wilde Mischung, Verlag Monte Verita, Wien 1993, 30 S., 11.-DM

Siegfried Jäger/Jürgen Link (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus in den Medien, DISS-Verlag, Duisburg 1993, 328 S., 29,80 DM

Jens F. Dwars, Dieter Strützel, Matias Mieht (Hg.): Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss, GNN-Verlag, Köln 1993, 350 S., 25.-DM

Albert Sterr: Ches Erben. Gespräche zur aktuellen Politik der Guerrilla in Lateinamerika. ISP-Verlag, Frankfurt 1993. 235 S., 24,80DM

Sisisna (Hg.): Midnight Oil. Arbeit - Energie - Krieg. Thekla 14. Sisina-Verlag, Berlin 1993, 173 S., 14.-

Martin Sprouse (Hg.): Sabotage. ArbeiterInnen aus den USA erzählen ihre Version des alltäglichen Klassenkampfs, Sisina-Verlag, Berlin 1993, 160S., Thekla 16, 16.-DM

Zeitschriftenhinweis: Seit 1992 erscheint die Buchzeitschrift **Society and Nature** in den USA und Griechenland in englischer Sprache. Sie wird widmet sich in ihren Beiträgen vor allem der Weiterentwicklung der **Sozialen Ökologie** (Autoren u.v.a. Murray Bookchin, Cornelius Castoriadis, John Clark) Die Zeitschrift kann abonniert werden; *Society and Nature, Subscription Services, P.O Box 637, Littleton, CO 80160-0637, USA* (24.-US$ für 3 Ausgaben im Jahr, jede ca.240S.)

ZEGG: Sexismus, Rassismus und New Age

von Louis Lerouge



Photos: Henning Kaiser/transparent

Seit einiger Zeit macht eine neue »Sekte« von sich reden: ZEGG (»Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung«)! Sie haben sich an den Aktivitäten zum »Tag der Erde« in Kassel beteiligt, waren auf dem »AufTakt-Festival« in Magdeburg vertreten und versuchen auch anderswo in der »alternativen« Szene neue AnhängerInnen zu finden.

Das besondere Ziel von ZEGG ist die »freie Sexualität und Liebe«, um darüber zu einer »gewaltfreien Erde« zu gelangen. Einer der Gründer von ZEGG ist Dieter Duhm. Er war in den 70er Jahren in der AAO-Kommune von Otto Mühl aktiv, entwickelte dort 1977 mit Aike Blechschmidt das Konzept von ZEGG mit dem Ziel: Die AAO gesellschaftsfähig zu machen, ihr den anrüchigen Ruf einer Sekte zu nehmen, dadurch sollte die AAO in die Alternativszene integriert werden. Nun haben sie ein 15 ha großes ehemaliges Stasi-Gelände in Belzig bei Berlin für 2,15 Mio. DM (dabei 600.000 DM vom Aufbauprogramm Ost bzw. aus Steuergeldern eingesackt) gekauft.

ZEGG-Projekte

Zu ZEGG gehören verschiedene Projekte und Gruppen, wie z.B. *Sex-Peace.* In Köln machte Sex-Peace von sich reden, weil Mitgliedern bzw. SympathisantInnen sexueller Mißbrauch von Kindern vorgeworfen wird. Im Juni 1992 begann in Köln ein Prozeß wegen sexuellem Mißbrauch von Kindern gegen einen 40-jährigen Erzieher. Aber auch andere Aussagen von ZEGG machen es notwendig, sich genauer mit dieser »Sex-Sekte« zu beschäftigen.

Otto Mühl und die AAO-Kommune

1973 gründete Otto Mühl die AAO, die drei Buchstaben stehen für »Aktions-Analytische Organisation«. Mühl verspricht, den Weg zu einer »befreiten Gesellschaft« gefunden zu haben. Mit der angeblichen Abschaffung von Privateigentum und der »freien Sexualität« wirbt er für sich und seine AAO-Kommune. Diese zeichnet sich durch hierarchische und patriarchale Gruppenstrukturen, die zu psychischen Zusammenbrüchen bei Kommunemit-gliedern führten. Desweiteren fiel Mühl als »Aktionskünstler« mit seinen sexistischen Darbietungen auf..

Die Forderung nach einer »freien Sexualität« beruht u.a. auf den Gedankengängen von Wilhelm Reich, der glaubte, daß die Energie des gesunden, gepanzerten Menschen am besten während des Orgasmus fließt. Bei der AAO führte dies zu »Ficklisten« und einer patriarchalen Hierarchie.

»Damit Sexualität wie die täglichen Mahlzeiten zur Verfügung stehen konnte, war es außerdem notwendig, daß sich niemand in der Kommune über längere Zeit hin der freien Sexualität entzog. Wer über mehrere Tage sexuell abstinent bleiben wollte, sich mehreren Geschlechtspartnern verweigerte, der wurde zum Gruppenproblem. Da 'Geilheit' den Menschen kennzeichnete und diese nur durch die Kleinfamilienerziehung unterdrückt war, erschien jedes Gruppenmitglied, das längere Zeit keine Lust hatte, als krank.«2

Der Tyrann und Alleinherrscher Mühl nahm sich das »Recht« alle heranwachsenden Mädchen in der Kommune zu deflorieren. Er betrachtete es als seine Pflicht, die »Mädchen in die Sexualität einzuführen«.. Er verbot »jeden Kontakt zwischen den Mädchen zu den Buben als sich Beziehungen unter den Jugendlichen anbahnten. Er machte dann zur Auflage, daß die jungen Mädchen nur noch mit ihm sexuellen Kontakt haben durften. Das wurde öffentlich (als diese etwa 15 bzw. 16 Jahre alt waren) im Palaver bekannt-gegeben, daß er sich das Recht vorbehält, bis die Mädchen 17 oder 18 Jahre alt sind, denn nur er sei in der Lage, so eine sexuelle Beziehung nicht für eine perverse Zweierbeziehung zu mißbrauchen.«3

Ein Strafgericht in Österreich hat Otto Mühl mittlerweile wegen Vergewaltigung und sexuellem Mißbrauch von Kindern zu sieben Jahren Haft verurteilt.

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl ging Mühl mit über 200 seiner AnhängerInnen nach Gomera, um dort eine neue Kommune aufzumachen. Dort wurden per Computer sogenannte »Ficklisten« erstellt. Der Computer legte fest, wer mit wem schläft. Dies war Bestandteil des sogenannten »Kampfes gegen die Kleinfamilien«, so sollten feste Bindungen zwischen zwei Menschen verhindert werden. Das Aus für diese sexistische »Sekte« kam dann 1991 während des Prozesses gegen Mühl.

Da sich ZEGG ständig von Otto Mühl und der AAO-Kommune

distanziert, lohnt es sich anzuschauen, was Duhm selber über die AAO-Kommune geschrieben hat. Duhm war in der Münchner AAO-Kommune bis zur Rang-Nummer 4 aufgestiegen.

Duhm schreibt über das soziale Modell »AAO-Kommune«, *»daß es trotz der großen Mängel, die ihm noch anhaften, jetzt schon zur Weichenstellung für eine humane Zukunft einen einzigartigen Beitrag geleistet hat.»4*

Über den Menschen Otto Mühl schreibt Duhm: *»Es gibt wohl kaum einen groteskeren Gegensatz als den zwischen dem leibhaftigen Mühl und der Horrorfigur, welche die Presse aus ihm machte. (...) Mühl besitzt Macht und Ausstrahlung. Aber es ist eine weiche Macht, die keine Gesetze und keine Herrschaft errichtet, sondern Gesetze durchbricht, wo sie der Lebendigkeit im Wege steht.«5*

Zu der Hierarchie in der AAO-Kommune schreibt er: *»Bei dieser Gelegenheit noch ein Blick auf die vielgeschmähte AA-Hierarchie. Sie besteht in der Tat. Aber sie ist mit einem Gedanken verbunden, welcher der Demokratie-Diskussion einen interessanten Impuls geben könnte: Die in jeder Gruppe offen oder unterschwellig vorhandenen Autoritäts- und Konkurrenzverhältnisse sollen offen dargestellt werden, um die Gruppe von der üblichen Intriganz heimlicher Kämpfe zu befreien. Die Hierarchiebildung läuft öffentlich und meistens durch Abstimmung.«6*

Angesichts der Taten von Otto Mühl sind diese Zitate ein Hohn für Opfer des Terrors durch Mühl.

ZEGG ist nichts anderes als eine Weiterentwicklung der AAO-Kommune.

Welche Gruppen und Projekte gehören zu ZEGG?

Projekt Meiga wurde 1978 von Duhm gegründet, dazu gehört das Eros-Projekt »Casa Las Piteras«

Meiga 3000: Hier geht es um eine zukünftige Stadt von etwa 20.000 Menschen, denn erst ab einer bestimmten Größe können die Menschen als Pilotmodell »funktionieren«, so daß es auch auf die ganze Menschheit übertragen werden könnte.

Verlag Meiga: Dort erscheint die Grundlagenliteratur von Dieter Duhm u.a.

Jetzt. e.V. - Jugend entwickelt Zukunft: Hiermit sollen junge Menschen an ZEGG gebunden werden.

Aktion Perestroika e.V.: Im Vorstand ist Rainer Duhm, der Bruder von Dieter Duhm. Der Verein hat seinen Sitz in der alternativen »Krebsmühle« in Oberursel und wurde im März 1990 gegründet. Unter dem Vorwand Initiativen in der UdSSR zu unterstützen, wurde Geld für die »Sekte« gesammelt.

Sex-Peace ist des öfteren in der Presse im Zusammenhang von sexuellen Mißbrauch von Kindern durch ErzieherInnen in Kinderläden (z.B. Köln) erwähnt worden.

Wüstencamps

Haven arctica: Näheres siehe weiter unten.

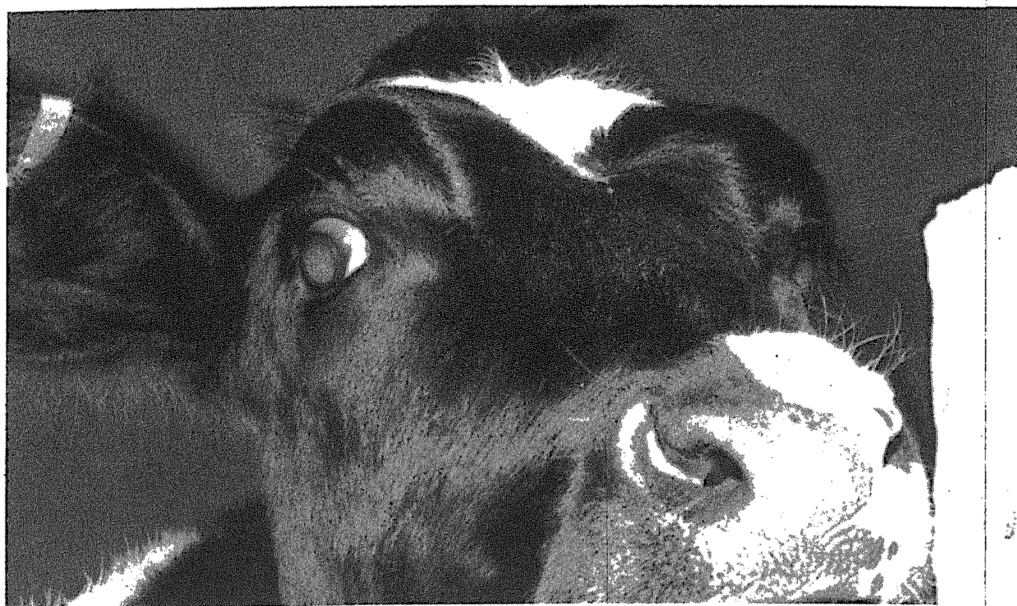
Forschungsschiff Kairos: Hiermit soll versucht werden, Kommunikation mit den Delphinen aufzunehmen.

Casa Las Piteras auf Lanzarote ist die »Erotische Akademie«

ZEGG-Unversität findet in Belzig statt.

Theatergruppe »Die Unerlösten«

Ökotec, ein Ingenieurbüro für



Energie- und Umweltplanung

Neuland Garten- und Landschaftsbau

ZEGG und die HERRschaftsinteressen

Die New Age-Bewegung ist wie vieles andere von den USA über den großen Ozean nach Westeuropa geschwappt. Seit Mitte der 80er Jahre ist diese Bewegung in der BRD sehr stark geworden. Der Mißerfolg der 68er und viele verlorene Kämpfe der 70er Jahren führten zu einer Suche nach etwas Neuem. Die Esoterik und New Age-Welle kam da gerade zur rechten Zeit.

Die Forderungen nach einer gesellschaftlichen Veränderung können aufgegeben werden, denn jede Veränderung reduziert sich auf das persönliche ICH. Die RebellInnen von einst haben jetzte feste und gute Jobs, haben sich etabliert und sind trotzdem nicht zufrieden. In der Freizeit, an Wochenenden oder in Sommer- und Workcamps können sie sich selber befreien und »selbst«verwirklichen, und am Montag können sie dann wieder ihrer Lohnarbeit nachgehen, ohne diese zu hinterfragen.

ZEGG ist deshalb auch keine selbstverwalte Landkommune, sondern eine durchkapitalisierte GmbH, die sich wie eine Holding in verschiedene Unternehmen aufgliedert. Viele ZEGG-Mitglieder sind Angestellte einer dieser Firmen oder direkt von ZEGG, einige verdienen ihr Geld auch außerhalb. JedeR muß sich um ihre/seine Lebenssicherung selber kümmern. Die Struktur von ZEGG wird von ihnen als »transparente Hierarchie« bezeichnet. So ist jeder/m bei ZEGG klar, wo ihre/seine Position ist, wo unten und oben ist.

ZEGG will damit alle Menschen ansprechen, die »auf der Suche nach neuen Wegen« sind, um die gesellschaftliche und/oder ökologische Katastrophe zu bewältigen. Der Weg, den ZEGG anbietet, ist einfach: jedeR muß sich mit ihrem/seinem »Inneren« beschäftigen, zu sich selber finden. Das System, das für die Katastrophen verantwortlich ist, wird nicht angegriffen, es wird nicht mehr versucht, es zu verändern oder zu beseitigen.zu.

ZEGG und die Ideologie der »freien Sexualität«

Nach dem Zerfall der APO und der Entstehung einer neuen Frauenbewegung sind eine Reihe von Gruppen mit dem Anspruch von »freier Sexualität« entstanden. Meist wurden sie von Männern, denen die Kritik der Frauen an ihrem patriarchalen Gehabe zunehmend zu schaffen machte, gegründet, auf der Suche nach einem anderen Leben im »Hier & Jetzt«.

Der Grundgedanke dieser Gruppen war die »freie Sexualität« und diese war dementsprechend meist patriarchal besetzt. Während die AAO-Kommune noch der Zweier-Beziehung den Krieg erklärt hat, ist ZEGG nicht mehr so dogmatisch. Homosexualtität taucht weder bei Mühl noch bei ZEGG auf, doch dazu später mehr.

Gruppen wie die *AAO*, *Bund gegen Anpassung* (BgA - ehemals MRI - Marxistische Reichistische Initiative) und ZEGG gehen davon aus, daß alle Probleme, wie z.B. Rassismus, Gewalt, Krieg und Faschismus von einer unterdrückten Sexualität ausgehen. Würden wir unsere Sexualität frei ausleben, hätten wir eine »gewaltfreie Erde und eine freie Gesellschaft«. Sie gehen davon aus, daß es über eine sexuelle Befreiung generell zu einer Befreiung der Menschen kommt. Denn hier sei das Ursprüngliche, Spontane, Ehrliche, da es im Bereich des Affektiven angesiedelt ist. 7

Dabei verhält es sich eher umgekehrt: Da das Sexuelle hauptsächlich »affektiv« stattfindet, schleichen sich hier am unkontrolliertesten soziale Verhaltensmuster, antrainierte Rollen von Weiblichkeit und Männlichkeit, kurz: Herrschaftsstrukturen, ein.

Für die PredigerInnen der »sexuellen Revolution« aber sollen ausgerechnet die Verhaltens- und Emotionsstrukturen, die am gesellschaftlichsten sind, ganz individuell, quasi unter Ausschaltung des Gesellschaftlichen, Glück und Befreiung bringen.

Erst in einer Gesellschaft, in der es keine ökonomischen, gesellschaftlichen und strukturellen Machtverhältnisse mehr gibt, kann es eine freie Sexualität geben.

Sexualiät und Rassismus

Janine Müller legt ihre Theorie von »Rassismus und Sexualität« in der ZEGG 2/92 dar. Sie geht dabei von folgendem Zitat von Nancy Friday aus ihrem Buch »Die sexuellen Phantasien der Frauen« aus:

»Anonymität ist der beste Freund der Phantasie. (...) Anonymität macht eine Frau frei, sich zu nehmen, was sie sexuell schon immer wollte, und zwar genau auf die Art und Weise, wie sie es sich immer ersehnte, ohne jemandem hinterher Rechenschaft ablegen müssen. (...) Der Neger ist für sexuelle Phantasien wie geschaffen. Alles an ihm, real oder nicht, gießt Öl in die Flammen: Wegen der Farbe ist er verboten, und seinem Schwanz schreibt man mythische Proportionen zu.«



Janine Müller zieht aus dem obigen Zitat folgende Schlußfolgergung: *»Für Frauen werden demnach Ausländer zu einer Projektionsfläche der eigenen verpönten Sehnsucht nach Sex. Die damit verbundene Verachtung wird oft auf die Ausländer verschoben.*

Für Männer sind sie der Inbegriff des potenten und nicht faßbaren Liebhabers und dadurch eine immer präsente Bedrohung der eigenen Ehe. Das gilt besonders für junge Männer, die gerne zu den Frauen hinwollen, aber noch nicht wissen, wie. Meistens fehlt ihnen eine positive Orientierung ihrer Männlichkeit, und sie brauchen für ihre gestaute Lust einen Ausweg. Ausländer sind da eine willkommene Zielscheibe ihrer Wut.«

Für Janine Müller gibt es anscheinend keine Ausländerinnen, dic rassistischem Terror ausgesetzt sind, zum anderen scheinen Frauen für sic ausschließlich »weiß« zu sein. Wie bei klassischen RassistInnen geht eine (»angebliche« bei ZEGG) sexuelle Bedrohung der »weißen« Frauen ausschließlich von Ausländern aus. Diese beiden rassistischen und sexistischen Auffassungen kommen aus der gleichen Grundhaltung: der Leugnung der sexuellen Bedrohung von »weißen« und »schwarzen« Frauen durch »weiße« Männer.

Christine Holzkamp und Birgit Rommelspacher erklären diese Reaktionen anders: *»Der realen Bedrohung von Frauen und Männern in allen patriarchalen Kulturen steht das Bedürfnis von Frauen entgegen, Männer der eigenen ethnischen Gruppe nicht als potentielle und manifeste Vergewaltiger wahrnehmen zu müssen. Die Verlagerung der Angst vor Männergewalt allgemein auf die Angst vor Gewalt von ausländischen Männern wird mithergestellt durch die Angst der inländischen Männer vor der sexuellen - übersteigert wahrgenommenen - Potenz und dadurch bedrohlichen Konkurrenz des ausländischen Mannes, die auch das Wahrnehmen, Fühlen und Denken ihrer Freundinnen, Schwestern und Frauen beeinflußt.«* 8

ZEGG zu Vergewaltigungen und sexuellem Mißbrauch von Kindern

Die Umdeutung von realen Bedrohungen und Ängsten bzw. stattgefundenen Vergewaltigungen von Frauen und Kindern ist nicht neu. Dieter Duhm sieht dies so:

»Alle sogenannten Perversionen, also Dinge wie Kindersex, Sadismus (...) sind Spaltprodukte der Sexualität (...) das Verbot solcher Kontakte ist ein Verstoß gegen die Menschlichkeit ...« und *»... viele sogenannte Vergewaltigungen sind von den sogenannten Opfern ausgelöst worden ...«* (alle Zitate aus ZEGG-extra

»Sexualität und Kinder«, 1992)

Diese Ansichten von Dieter Duhm sind nicht neu, denn schon vor 20 Jahren schrieb er: *»In den Berichten vergewaltigter Frauen kehrt fast regelmäßig ein Element wieder: Sie empfanden ganz unerwartet große Lust und kamen oft sogar zum Orgasmus, einige zum ersten Mal in ihrem Leben.«* 9

Dieter Duhm macht die Opfer von sexueller Gewalt zu Täterinnen. Die Frauen, die Opfer von Vergewaltigungen wurden, haben dies doch selber gewollt, und deshalb die Männer bewußt oder unbewußt zu dieser Vergewaltigung provoziert. Mit dieser Auffassung steht Duhm leider nicht alleine in der Gesellschaft, an den Stammtischen wird genauso über Vergewaltigungen geredet.

Die Denkweise von Duhm und seinen FreundInnen hat eine lange Tradition, schon Sigmund Freud hat die Vergewaltigungen von Kindern und Frauen als sexuelle Phantasien abgetan.

Da es auch TäterInnen aus dem Bereich der PsychoanalytikerInnen gab und gibt, würde ich das Verhalten von Freud nicht als Verdrängung bezeichnen, sondern als bewußtes Zurückhalten seines Wissen. Sigmund Freud wollte auf der Seite der Mächtigen stehen, und wenn er dies wollte, mußte er seine Entdeckung vom sexuellen Mißbrauch an Kindern aufgeben, dies tat er dann auch als er 1905 »seine Meinung änderte und wider besseres Wissen behauptete, Frauen würden sich nicht an tatsächliche Inzesterlebnisse erinnern, sondern an ihr Verlangen nach Inzest. Die Erlebnisse wären eingebildet, phantasie, erfunden - alles, nur nicht wirklich geschehen.10

Aber nicht nur Dieter Duhm und Sigmund Freud verharmlosen bzw. leugnen sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder, sondern auch der Sexualwissenschaftler Ernest Bornemann beteiligt sich im ZEGG-Magazin 8/93 an der Verharmlosung sexueller Gewalt:

»Zweifellos vergewaltigen manche Männer Frauen. Zweifellos werden es immer mehr. Zweifellos mißbrauchen manche Erwachsene manche Kinder. Zweifellos gibt es Geschlechtsverkehr zwischen Psychotherapeuten und ihren Patientinnen. Zweifellos vernachlässigen berufstätige Mütter ihre Kinder. Daß sich aber in der Öffentlichkeit der Eindruck bilden konnte, fast alle Frauen beuten fast alle Männer aus, fast alle berufstätigen Mütter vernachlässigen ihre Kinder, fast alle Männer vergewaltigen ihre Frauen, fast alle Erwachsenen mißbrauchen ihre Kinder, fast alle Psychotherapeutinnen verführten ihre Patientinnen, daß diese Annahme in dem Maß zunahm, das ist neu und nur in einer Zeit möglich, in der die Geschlechter jedes gegenseitige Vertrauen verloren haben und sich in stetig wachsenden Ausmaß als Todfeinde gegenüber stehen.«

Bornemann erklärt sexuellen Mißbrauch und Vergewaltigungen zu einer gesellschaftlichen Randerscheinung, und ignoriert somit das Leid, daß vielen Frauen und Kindern angetan wurde/wird. Bornemann, Duhm und andere ZEGG-lerInnen beklagen sich darüber, daß viele Menschen ein ge- bzw. zerstörtes Verhältnis zu ihrer eigenen Sexualität haben, und nicht fähig zur Sexualität und Liebe seien. Sie führen dies u.a. auf die öffentlichen Diskussionen über Vergewaltigungen und sexuellen Mißbrauch zurück, und daß sich dadurch das Verhältnis der Geschlechter immer mehr verschlechtert hat.



Ist es aber nicht anders? Ist es denn nicht natürlich, daß Menschen, die sexuelle Gewalt erlitten haben, ein gestörtes Verhältnis zur Sexualität bekommen, und auch die alltägliche Angst davor, bestimmt das Verhältnis vieler Frauen zur Sexualität.

ZEGG propagiert nicht Sex mit Kindern, aber Duhm und die anderen haben ein großes Interesse daran die TäterInnen zu entlasten. Den TäterInnen wird jede eigene Verantwortung genommen, und die sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen wird bagatelisiert. Das existierende Hierachieverhältnis zwischen Kinder und Erwachsenen wird geleugnet. Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf eine eigene Sexualität, beinhaltet nicht das Recht von Erwachsenen auf Sex mit Kindern. *»Der sicherste Weg zu Verklemmheit, Sexualfeindlichkeit und zu sexuellen Störungen liegt darin, diese andersgeartete kindliche Sexualität für erwachsene Interessen zu mißbrauchen, sei es durch sexuellen Mißbrauch, Kinderpornographie und was dergleichen Torturen mehr sind.«*11

Desweiteren werden von ZEGG - aber nicht nur von ihnen - die Opfer und die, die gegen sexuelle Gewalt arbeiten, diffamiert, und dadurch wird letztendlich die sexuelle Gewalt unterstützt. Doch damit steht ZEGG nicht alleine, überall wird Stimmung gegen diejenigen gemacht, die sich zu AnwältInnen der Opfer gemacht haben, Stimmung gegen diejenigen, die sexuelle Gewalt öffentlich machen, und den Opfern zur Seite stehen.

Auf ZEGG und viele andere trifft zu, die Bagatelliserung sexueller Gewalt und die Diffammierung, derjenigen, die gegen diese arbeiten, führt immer zu einer Tolerierung sexueller und sexistischer Gewalt.

Die Rolle der Homosexualität bei ZEGG

Homosexualität taucht in den ZEGG-Magazinen nicht auf; wenn dort von »freier Sexualität« und »freier Liebe« geredet wird, ist immer eine Beziehung zwischen einem Mann und einer Frau gemeint. Doch in einem Artikel von Ernest Bornemann im ZEGG-Magazin 8/93 finden sich einige Äußerungen über bzw. gegen



Homosexualität. Bornemann sieht voller Bestürzung, daß im wachsenden Maße »Frauen und Männer die Heterosexualität als etwas grundsätzlich Negatives (...) betrachten.«

Doch die Befürchtungen von Bornemann gehen weiter: »In dramatischen Zahlen flüchten heute nicht schwule Männer in Männerfreundschaften. Dieses Phänomen wirkt sich heute schon in einer scheinbaren Zunahme der schwulen Männer wie der Lesben aus. (...) die Zahl derjenigen, die sich in das gleiche Lager begeben, wächst *ganz drastisch.*

Es findet seit etwa 30 Jahren, aber vermehrt innerhalb der letzten 10 Jahre, eine stetige Abwanderung aus dem Lager der Heterosexuellen in die sexuellen Minderheiten statt. Nicht nur zu den Homosexuellen, sondern auch in Richtung des Sadomasochismus, des Fetischismus und anderer. Alle diese sexuellen Minderheiten nehmen drastisch zu.« Feministinnen, Lesben und Schwule sind laut Bornemann verantwortlich für das miserable Geschlechterverhältnis. ZEGG nimmt solche Thesen dankbar auf. Denn auch bei ihnen geht es ausschließlich um sexuelle Freiräume von heterosexuellen Frauen und Männern.12

New Age und Entpolitisierung durch ZEGG

Pseudopolitische und ökologische Themen werden als Aufreißer für die Verbreitung der ZEGG-Ideologie benutzt. ZEGG bietet aber keine Alternativen an, weder werden Aussagen gemacht, wie in der zukünftigen Gesellschaft Entscheidungen getroffen werden, noch wie die Ökonomie organisiert wird. Es werden Scheinlösungen für reale Probleme angeboten, die zwar nichts verändern bzw. verhindern, aber die politischen Handlungen auf das Persönliche reduzieren. Dies soll an einigen Aussagen von ZEGG verdeutlicht werden.

Atomkraft und radioaktive Strahlung: Ein indianischer ZEGG-Verbündeter ist Harley Reagan Swift Deer - gegen den die Lakota und Cherokee Sturm laufen. Während die verschiedenen indianischen Nationen gegen den Uranabbau und die Lagerung von radioaktivem Abfall auf ihrem Land durch die US-Wirtschaft kämpfen, fordert Swift Deer seine SchülerInnen auf, sich nicht gegen den Uranabbau zu engagieren, da das negative Schwingungen freisetze. Bedauerlich, daß im ZEGG-Magazin dieser Herr als authentischer Indianervertreter hochgejubelt wird.13 Swift Deer gehört zu den sogenannten Plastikmedizinmännern, diese zeichnen sich dadurch aus, daß sie nicht in ihren Stammesverbänden leben, und dort auch meist unbekannt sind. Sie sind entpolitisierend und lenken vom Ethnozid und Ökozid in den Reservaten ab. Die indianischen Traditionen werden mit östlicher und westlicher Esoterik angereichtert, und sie Vermarkten und Verkommerzialiseren ihr Wissen, – eine Sache die bei traditionellen Medizinmännern verpönt ist. Die Lehren der Plastikmedizinmänner richtet sich dann auch vor allem an die »Weißen«.14

Im Sinn dieser Plastikmedizinmänner argumentiert Leila Dregger: *»Auffallend und unerklärt ist die Tatsache, daß besonders viele Uranlagerstätten in Gebieten liegen, die für die Indianer, Inuit oder Aborigines als heilige Stätten oder spirituelles Zentrum gelten.«* Und weiter: *»Wir brauchen Zeremonien und Gebete nicht nur als kulturelle Beiträge, sondern als eine weitere Quelle für Lösungen, die im herkömmlichen Denken nicht berücksichtigt werden. So werden Experimente in verschiedenen Teilen der Welt durchgeführt, in denen versucht wird, Radioaktivität durch spirituelle oder technische Methoden umzuwandeln. Solche Themen müssen Bestandteil eines Treffens sein, das nicht mehr Fakten sammeln und anklagen will, sondern mit aller Konsequenz nach neuen Lösungen sucht.«* (beide Zitate aus ZEGG 5/92) Warum nur haben ZEGG ihr Lager in Belzig aufgeschlagen und sind nicht nach Tschernobyl, Tomsk oder Würgassen gegangen?



Hunger in den Trikontländern: »Der reale Hunger in den Trikontländern wird nicht beseitigt werden, solange

der Hunger nach Liebe in Europa und Amerika nicht gestillt ist« (ZEGG 4/92) Dieser Satz muß wohl nicht mehr kommentiert werden.

Fazit

Bei ZEGG geht es um die Verneinung der Notwendigkeit des politischen Handelns. Es geht ihnen nicht darum, sexistische und rassistische Strukturen zu bekämpfen, sondern aufgrund des vorhandenen Sexismus und Rassismus ihre Ideologie der »freien Sexualität« durchzusetzen.

»Die ganze Ideologie 'Neuer Mensch, neuer Umgang miteinander, neues Verhältnis zu Natur' ist Fassade«, berichtet ein Aussteiger. »Dahinter steckt erstens ein handfestes Interesse, Geld zu verdienen - bei allem antikapitalistischen Gehabe sind Duhm und seine Vertrauten stille Genießer des Kapitalismus - und zweitens eine ganz starre Hierarchie nach innen, die durch ein kompliziertes System der Vergabe und des Entzugs von Privilegien aufrechterhalten wird.«15

Anmerkungen:

1 überarbeiteter und erweiterter Artikel aus der »direkten aktion« Nr. 99
2 aus Die Diktatur der freien Sexualität von Andreas Schlothauer Wien 1992, S. 37f
3 ebenda S. 113
4 aus »Die AA-Kommune« von Dieter Duhm in »Oasen der Freiheit« herausgegeben von Horst von Gizyvki und Hubert Habicht, Frankfurt/Main 1978, S. 127
5 ebenda S. 133
6 ebenda S. 134
7. Affektivität: nach E. Bleuler die Gesamtheit der Stimmungen, Gefühle, Affekte und allgemein die Erregbarkeit des Menschen. Affektiv ist ein gefühlbetontes, unsachliches Verhalten. (Brockhaus-Lexikon)
8 aus »Frauen und Rechtsextremismus« von Christine Holzkamp und Birgit Rommelspacher. In: Päd extra Heft 1/91, S. 33-39
9. aus »Angst im Kapitalismus« von Dieter Duhm, Lampertheim 1972, S. 110. Diese Buch stammt noch aus der Zeit als Duhm sich zum Marxismus bekannte, doch seine verworrenen Gedanken zum Thema »Sexualität« hatte er schon damals.
10 aus »Was hat man dir, du armes Kind, getan?« von Jeffrey M. Masson, Rheinbek bei Hamburg 1986, S. 17. Sehr interessantes Buch über Freud und seine Psychoanalyse.
11 aus einem Leserbrief vom M. Hammer-schmidt in der TAZ vom 30.9.93
12 aus dem Flugblatt einer antifaschistischen Lesbengruppe aus Berlin: »Zeitgeist-"Experiment" + HERRschaftsinteressen = ZEGG«
13 aus »New Age-Irrungen im ZEGG« von Roman Schweidlenka. In *Contraste* - Februar 93, S. 3
14 vgl. dazu Eduard Gugenberger/Roman Schweidlenka: Mutter, Erde und Politik, Wien 1987, S. 196-235
15 zitiert nach *Contraste* - Juli/August 92, S. 6

SF-Redaktion: Allgemein sei an dieser Stelle auf eine ausführliche Diskussion in den letzten Nummern der CONTRASTE zu Otto Strasser, Silvio Gesell, ZEGG, Esoterik hingewiesen. Da sich der LeserInnenkreis der CONTRASTE sehr heterogen zusammensetzt (AnarchistInnen bis AnthroposophInnen) tobt der "Linienkampf" hin und her.

Foto: Henning Kaiser/transparent

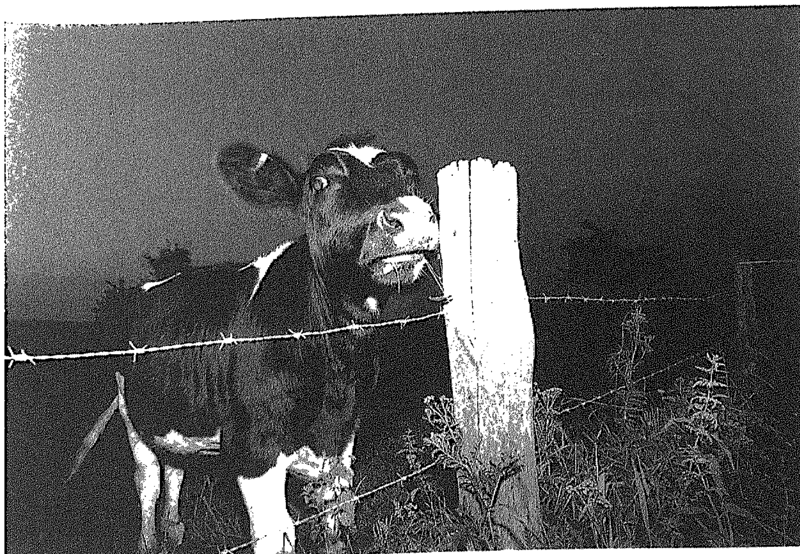




Photo: Herby Sachs/Transparent

DAS ENDE IST NAH - BEKEHRUNG STATT FRIEDEN

Evangelikale Sekten in Guatemala

von Herby Sachs und Dorothea Schütze

Ein Dienstag im August 1993. Etwa drei Uhr nachmittags im Parque de la Concordia, einem der zentralen Plätze von Guatemala-Stadt. Schuhputzer sitzen auf den Steinbänken und warten auf Kundschaft. Straßenhändler stehen unter den üppig wachsenden Bäumen und preisen ihre Waren an: Uhren, Schnürsenkel, Taschen, Bänder. Einer schart eine Handvoll neugieriger Menschen zur Vorführung seiner Schlangenbeschwörung um sich. Ein anderer will seinen gesamten Vorrat an Fleckenentfernern loswerden, kann allerdings das Publikum nicht begeistern.

Aus einer anderen Ecke ertönen laute Synthesizer-Musik, Gesang und Klatschen. Dort scheint besonders viel los zu sein, eine große Menschenmenge hat sich versammelt. Aber erst nach einigem Drängeln und Schubsen ist das Zentrum des Geschehens auszumachen. Eine Frau, etwa 40 Jahre alt, liegt am Boden, regungslos, nicht ansprechbar. Zwei Männer knien neben ihr. Andere stehen mit geschlossenen Augen und erhobenen Händen, lauschen wie entrückt der Musik und den Worten eines Mannes. Was ist mit der Frau passiert? Einige etwas abseits stehende Zuschauer können Auskunft geben: "Der heilige Geist hat sie berührt, "Gottes Gegenwart hat sie überwältigt", meint ein nächster. Kein Zweifel, der Mann mit dem Mikrofon muß ein Prediger sein. Obwohl er eher einem Geschäftsmann gleicht mit seinem weißes Hemd, dem Anzug, der Krawatte. Seine zunächst sanft anmutenden Worte schmettern mit einem Mal fast ohrenbetäubend aus den Lautsprechern: "Kommt alle her, auf daß auch Ihr das neue Leben findet. Christus will Euer Leben ändern, das Leben Eurer Frauen, das Eurer Kinder. Ihr braucht nicht mehr auf Festen tanzen, um glücklich zu sein. Euer



Photo: Herby Sachs/Transparent

Glück und Eure Freude ist Christus. Er wird in Eure Herzen dringen und Euch retten. Alle Zweifel, alle Probleme wird er von Euch nehmen. Eure einzige Zuflucht ist er. Die Lösung all Eurer Probleme liegt in seinen Händen."

Die Lösung aller Probleme Guatemalas verspricht der Prediger- derer gibt es viele:

Fast 70% der guatemaltekischen Bevölkerung sind Indígenas, mindestens die Hälfte von ihnen ist unterernährt und die Säuglingssterblichkeit ist hoch. 50% der Bevölkerung haben keine Arbeit. Die Hälfte aller Guatemalteken sind Analphabeten, unter den Indígenas bis zu 90%. Die gesundheitliche Versorgung ist in allen Teilen des Landes unzureichend. Kanalisation, fließend Wasser und Elektrizität sind Luxus. 70% des bebaubaren Bodens gehören den Großgrundbesitzern - sie machen gerade 2% der Bevölkerung aus - für die die Campesinos auf deren Fincas arbeiten müssen. Die Bezahlung ist weniger als ein Hungerlohn.

Seit acht Jahren wird Guatemala offiziell demokratisch regiert, doch die eigentlichen Machthaber sind weiterhin die Generäle eines brutalen Militärapparates. Folter, Entführungen und Mord sind an der Tagesordnung.

Tatsächlich konnte bis heute ein Drittel der guatemaltekischen Bevölkerung "überzeugt" werden, "daß nur Gott ihre Probleme lösen kann". Das traditionell katholische Land in Mittelamerika erlebt derzeit einen bisher ungekannten Boom fundamentalistischer, evangelikaler Sekten. Kleine Tempel, oft nur provisorische Hütten sprießen wie Pilze aus dem Boden. Über 400 Splittergruppen haben sich in überraschend kurzer Zeit über das gesamte Land verteilt. Predigten und ekstatische Zeremonien finden zu allen Tageszeiten auf öffentlichen Plätzen und Straßen statt, oft sogar mehrere gleichzeitig.

Der Prediger des "Plaza de la Concordia" gehört der Sekte "Elim" an. Sie ist eine der größten evangelikalen Glaubensgemeinschaften Guatemalas. Ihre "Servicios" werden nicht in schmuddeligen Hütten abgehalten. Protzige, turnhallengroße Bauten ragen über die ärmlichen Dächer in fast jeden größeren Ort. Ihre Gesänge und emphatischen Predigten, die aus elektrisch verstärkten Lautsprecheranlagen dröhnen, sind schon aus weiter Ferne zu vernehmen. "Elim" ist eine der reicheren, sehr erfolgreichen Sekten. Namhafte Persönlichkeiten zählen sich zu ihren Mitgliedern, so auch Jorge Serrano Elias, der erst kürzlich nach seinem (Selbst-)Putsch vom Präsidentenamt enthoben wurde.

Santiago de Atitlán: Ein kleiner Ort, am idyllischen Atitlán-See gelegen, ist umgeben mit Vulkanen von atemberaubender Schönheit und die Touristenattraktion Guatemalas schlechthin. Die Bewohner, in ihrer Mehrzahl Indígenas, leben vom Fischfang und dem Verkauf ihres Kunsthandwerks. Unzählige Besucher überschwemmen tagtäglich den kleinen Ort, entzückt von den farbenfrohen Trachten und immer freundlichen Gesichtern der Indígenas.

Santiago de Atitlán: 1990 Schauplatz eines Massakers, bei dem Männer, Frauen und Kinder brutal von Armeeeinheiten abgeschlachtet wurden.

Santiago de Atitlán: Die Reise dorthin führt in kleinen Touristendampfern über den See. Schon an der Anlegestelle schallt den Neuankömmlingen laute Musik entgegen. Volksfeststimmung? Die traditionellen Musikinstrumente der Indianer, die Marimbas, sind nicht zu hören. Gleich am Ortseingang steht der "Palast" von "Elim", mit Sitzplätzen für 600 bis 800 Menschen. Die riesige Halle wird professionell beschallt von übergroßen Lautsprecheranlagen. Die Kirche ist voll besetzt, links die Frauen, rechts die Männer. In ihrer indianischen Sprache, dem Cakchi-

quel, wird vorn auf dem Podium eine Art Schulstunde abgehalten. Es geht um das Wesen der Familie, die Pflichten jedes Familienmitgliedes. "Wir lernen, wie wir uns verhalten sollen. Wir hören, wie wir leben müssen, wie sich unser Leben verbessern wird, wenn wir nur Gott dienen." Der Prediger, auch ein Indígena, zeichnet die Lektion zum besseren bildhaften Verständnis an die Tafel: einen Kopf, schemenhaft ohne Augen, Ohren, Mund und Nase, aber mit einer Bibel in der Stirn.

Einige Schritte weiter Richtung Ortskern stehen wieder die Pforten einer Kirche für jedermann und jedefrau einladend offen. In der "Iglesia de Díos" geht es etwas verhaltener zu. Andächtig in Gebete versunken knien die Gläubigen vor ihren Holzbänken. Der Prediger wischt die vollgeschriebene Tafel ab, der religiöse Unterricht ist schon beendet.

Schräg gegenüber, hinter dem Marktplatz, scheint ein "Gottesdienst" erst richtig zu beginnen. Von einer rythmischen Musikcombo mit Schlagzeug, Bass und Synthesizer begleitet, singt die Gemeinde mit Inbrunst: "Bevor Du kamst, war ich nichts. Jetzt bist Du da, Halleluja!" Zunächst ist schwer auszumachen, aus welchem Gebäude der Gesang über den Marktplatz getragen wird. Gebäude ist der Versammlungsort noch kaum zu nennen. In einem Rohbau haben sich die etwa 100 Gläubigen zusammengefunden. Über ihren Köpfen hängt ein Transparent mit der Aufschrift: "Gehorsam bis zum Tod".

"El Verbo", die erst vor kurzem Santiago de Atitlán als einen ihrer Missionsorte auserkoren hat, ist ähnlich strukturiert wie "Elim" und eine der bekanntesten und reichsten Kirchen Guatemalas. Einen Namen machte sich "El Verbo" mit ihrem Prediger General Rios Montt, der 1983 durch einen Militärputsch an die Macht kam und für unzählige Massaker mit tausenden von Todesopfern verantwortlich ist.

Rios Montt pflegte sich in seinen sonntäglichen Fernsehpredigten als Gesandter Gottes darzustellen, der die Präsidentschaft angetreten habe, um das Land zu "befrieden". Seine "Befriedungsstrategie" jedoch war eine Politik der "Verbrannten Erde" mit der er nach der Zerstörung von mehr als 300 Dörfern deren Bewohnerinnen in die sogenannten "Modelldörfer" zwang. Die "Stätten der Zuflucht" bedeuteten Zwangsansiedlungen von zigtausenden vertriebenen Guatemalteken in militärisch kontrollierte Gebiete.

Eine Schlüsselrolle übernahmen die Führer von "El Verbo", die gleichzeitig persönliche Berater von Rios Montt waren. Mit einer perfekt organisierten, von Mediengrößen der "Neuen Religiösen Rechten" unterstützten Werbekampagne, bereisten sie die Vereinigten Staaten und riefen zu einer 10-Millionen-Dollar-"Kollekte" für die "Befriedung Guatemalas" auf. Bei "El Verbo" handelt es sich um eine fundamentalistische Sekte, einem Ableger der kalifornischen Sekte "Gospel Outreach", die nach dem Erdbeben 1976 in Guatemala ihre Missionsarbeit aufgenommen hat.

Das Erdbeben richtete verheerende Verwüstungen an und forderte über 20.000 Tote im westlichen Hochland. Innerhalb kürzester Zeit ergoß sich ein Heer von neuen Missionaren und ein Strom von Hilfsgeldern auf das betroffene Gebiet Guatemalas. Neben den finanzstarken US-Missionsmultis "World Vision", "Wycliffe Bible Translaters" und "Campus Crusade for Christ" erschienen eine Vielzahl streng fundamentalistischer Sekten, die die Bevölkerung dazu aufriefen, "ihre Sünden zu bekennen und das Erdbeben als eine Warnung Gottes anzunehmen".

Explosionsartig stiegen die Mitgliederzahlen der Sekten an, von unter 10% Bevölkerungsanteil auf über 30% innerhalb von wenigen Jahren. Sicherlich ist dies nicht nur auf humanitäre und soziale Hilfe der Evangelikalen zurückzuführen. Ein Grundmotiv zur "Bekehrung" taucht immer wieder in den Predigten auf: die Erneuerung der Moral, womit nicht politische und ökonomische Abhängigkeiten für die Probleme in Guatemala verantwortlich gemacht werden, sondern der Verfall der Moral einzelner Menschen wie der Gesellschaft insgesamt. Leitlinien dieser evangelikalen Lehre für eine "individuelle Befreiung" sind sogenannte "Lebenshilfen" im familiären und gesellschaftspolitischen Bereich mit programmatischen Sätzen wie "Frauen gehören an den Herd" oder "das Evangelium spricht von Gehorsam all denen gegenüber, die Autorität besitzen, denn diese Autorität wurde von Gott gegeben". Als wichtig wird allein die persönliche Beziehung zu Christus dargestellt. Hat der "arme Sünder" erst einmal Gott in sich aufgenommen, so wird er glücklich. Ist das Herz der Reichen erst von Christus' Liebe erfüllt, werden sie großzügig und barmherzig."

Beispiellos sind die Kampagnen der "Elektronischen Kirchen" im Feldzug für eine neue Moral. Massengebete und organisiertes Handauflegen werden zu Elementen von TV-Shows, die biblische Prinzipien transportieren, um aus Guatemala eine "Nation Gottes" zu machen.

Dem Zusammenschluß der traditionellen protestantischen Kirchen CIEDEG (Lutheraner, Presbyterianer, Nazarener etc.) bereitet es tiefes Unbehagen, durch die Allianz fundamentalistischer Evangelikalen ihren ohnehin geringen Einfluß als religiöse Minderheit schwinden zu sehen. Ihr soziales und christliches Engagement ist eher zu vergleichen mit dem vieler katholischer Basisgemeinden, die sich in der Acción Católica zusammengefunden haben. Die Acción Católica entwickelte sich im Laufe der 60er Jahre zu einer Kirche von unten, die die Ideen der Befreiungstheologie zur Basis ihrer Arbeit in Guatemala machten, in der gemeinsamen Suche nach einem authentischen religiösen Ausdruck für die ureigenen Probleme der Gemeinden" und im Kampf "gegen die verschiedenen Formen der Fremdbestimmung, der Gewalt und der ungerechten Landverteilung".

Nach dem Massaker von Panzos 1978 trat dieser politisierte Teil der Katholischen Kirche, mit Protesten an die Öffentlichkeit. Durch ihre offene Parteinahme für die unterdrückte Bevölkerungsmehrheit verlor sie ihre Funktion als Bewahrer des Status Quo in Guatemala. Auch ihre Basisgemeinden wurden verfolgt und ihre Priester, Ordensleute und Katecheten zu einer neuen Zielscheibe staatlichen Terrors. Nach der Ermordung von vier Priestern seiner Diözese entschloß sich 1980 sogar der Bischof von El Quiché, mit all seinen Mitarbeitern unter Protest das Land zu verlassen und gründete in Mexiko die "Katholische Kirche im Exil".

Ungehindert konnten sich dagegen die evangelikalen Kirchen frei entfalten und über ganz Guatemala verbreiten. Ihre verschiedensten Strömungen haben sich inzwischen in allen gesellschaftlichen Schichten etabliert. Ihnen allen gemeinsam sind die wortwörtliche, autoritäre Bibelauslegung und spirituellen Rituale. Die größte und einflußreichste Gruppe der Evangelikalen Guatemalas, die Pfingstkirchen, verbinden die Naherwartung der Wiederkehr Jesu mit der Lehre vom Empfangen des Geistes in der Gegenwart durch Wunderheilung oder Zungenrede. Ihre Gottesdienste sind enthusiastische Gemeinschaftserlebnisse.

Die Adventisten begreifen sich als die Gruppe der "Übrigen", der einzigen, die die Apokalypse überleben werden. Jeder einzelne ist für sein Leben selbst verantwortlich. Die Probleme des Menschen werden bei den



Photo: Herby Sachs/Transparent

Adventisten grundsätzlich als individuelle Probleme begriffen, die aus der Nichtbeachtung göttlicher Gebote resultieren.

Die Evangelikalen der Oberschicht, zumeist Neopfingstler, vertreten ihre Interessen sehr eng verknüpft mit denen der politischen Machthaber. Die Pfingstler haben ihren Ursprung hingegen hauptsächlich in den ärmeren Teilen der Bevölkerung und finden dort ihre meisten Anhänger. Durch die Symbiose mit dem Heiligen Geist im Bekehrungserlebnis wird jedem Gemeindemitglied eine Führungsposition bei der Missionsarbeit zuerkannt, was dazu führt, daß einzelne Bekehrte die nächste Keimzelle für neue Gemeinden bilden. Die Pfingstler betonen gerne diese "offene und demokratische Struktur", die benachteiligten Gruppen, insbesondere den Indígenas, Armen und Frauen die Integration in eine Glaubensgemeinschaft erleichtern. Eine so strukturierte Gemeindearbeit bietet den notwendigen Ersatz für ein soziales Netz, das ihnen innerhalb der guatemaltekischen Gesellschaft nicht geboten wird.

Die Tendenz, sich vom "sündigen", weltlichen Leben fernzuhalten, hat besonders in den indianischen Gemeinden dazu geführt, daß sich deren Mitglieder nicht mehr an den traditionellen Gemeinschaftsarbeiten oder am Dorfleben beteiligen und ihre Identität als Indígenas aufgeben und sich als evangelisierte Ladinos betrachten. Die Verhaltensnormen der Pfingstkirchen (Asamblea de Dios, Iglesia de Dios, Quadrángular, Príncipe de Paz wie der Neopfingstler Shikaina, El Verbo, Elim etc.) sind in wesentlichen Punkten ähnlich: Verbot von Alkohol, Rauchen und Tanzen, Arbeiten ohne zu klagen. Für Frauen besteht das Verbot Hosen zu tragen, sich nicht zu schminken und nicht an Schaudarbietungen teilzunehmen. Der Respekt vor dem Privatbesitz und die Unterwerfung unter Staat, Familie und Kirche sind religiöse Dogmen, die alle evangelikalen Kirchen kennzeichnen.

Die evangelikalen Kirchen Guatemalas sind scheinbar desinteressiert an der aktuellen politischen Situation in ihrem Land. Sie lehnen ein Engagement für gesellschaftliche Veränderungen mit dem Hinweis auf das nahe Weltende und "die Erfüllung biblischer Prophezeiungen" ab. Ihre Einbindung in die politische Strategie der Machthaber Guatemalas ist jedoch offensichtlich wie die Beispiele von Rios Montt und Serrano Elias belegen. Den politischen und sozialen Mißstände wird das "Bibelwort" entgegengesetzt. Die Bibel ist absolut sicher, unveränderlich, bietet den vermißten Halt: "Wer bis zum Ende durchhält, wird gerettet!" Dieser illusionäre Fluchtweg aus den Bedrängnissen des Alltags spiegelt sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach dem Tod. Wer zweifelt und sich nicht allein von der Liebe Christo als Erretter erfüllen läßt, ist als armer Sünder bis in alle Ewigkeit verdammt. Das Ertragen von Mißständen wird zur Tugend. Unzufriedenheit und das Aufbegehren gegen Gewalt, Unterdrückung, Armut und Ungerechtigkeit sind Werke des Teufels. Eine eindeutigere Stellungnahme zur politischen Situation in Guatemala können sich Regierung und Militär Guatemalas kaum wünschen.

Noam Chomsky

Das Jahr 501

Teil 2



Photo: Herby Sachs/Transparent

Seit der Befreiung von der spanischen Herrschaft ist Lateinamerika mit vielen Problemen konfrontiert gewesen. Eines der größten Probleme wurde von dem Befreier Simon Bolivar im Jahre 1822 vorhergesehen: "Dieser grosse Kontinent wird von einem sehr mächtigen, sehr reichen, kriegslüsternen und zu allem fähigen Land angeführt." Diesen Satz zitierend bemerkte der lateinamerikanische Gelehrte Piero Gleijeses, daß "Bolivar in England einen Beschützer, in den USA eine Bedrohnung sah." Das ist selbstverständlich, wenn man die geopolitischen Begebenheiten berücksichtigt.

Die Vereinigten Staaten verhielten sich ambivalent gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen in den spanischen Kolonien. "In den Kongreßdebatten dieser Epoche", bemerkt Gleijeses, "gab es weitaus mehr Enthusiasmus für die Belange der Griechen als für die der Ibero-Amerikaner". Ein Grund dafür war, daß die Lateinamerikaner "fragwürdige Weiße", bestenfalls "von niederer spanischer Herkunft" waren. Im Gegenteil zu den Griechen, denen in der europäischen, rassistischen Geschichtsschreibung die Rolle der arischen Giganten, den Begründern der Zivilisation, zugewiesen wurde (Martin Bernals Buch "The Black Athena"). Ein anderer Grund war, daß Simon Bolivar - im Gegensatz zu den Vätern der Verfassung (der us-amerikanischen,d.Ü.)- die Sklaven befreite und so zu einem «faulen Apfel» wurde, einem Virus der andere anstecken könnte, und um es in der Terminologie der heutigen US-Strategen zu sagen, eine gefährliche Bedrohung der "Stabilität" wäre.

Eine weitaus fundamentalere Frage wurde durch massgebende intellektuelle Betrachtungen jener Tage hervorgebracht. Die Schlußfolgerung bestand darin, daß "Südamerika für Nordamerika das sein wird was Asien und Afrika für Europa darstellt"- nämlich unsere Dritte Welt. Diese Annahme bestätigt sich im Verlauf des 20ten Jahrhunderts. Die Bemühungen des Staatssekretärs James Baker eine "gemeinsame Problemlösung" dieser Hemisphäre voranzutreiben kommentierend, schreibt Times -Korrespondentin Barbara Crossette, daß "die Verwirklichung dessen, in der Errichtung einer großen Freihandelszone innerhalb des amerikanischen Kontinents (zumindest in den maßgeblichen Bereichen) liegt, die zugleich eine wirksame Waffe gegen die europäischen und asiatischen Handelsblockaden ist". Unserer Dritten Welt, die Roosevelts Sekretär des Kriegsministeriums Henry Stimson als "unsere kleine Region hierdrüben die niemals jemanden interessiert hat" beschrieb, als er Mai 1945 erklärte, warum alle regionalen Wirtschaftssysteme im Interesse des internationalen Liberalismus zerschlagen werden müssen, außer dem Unsrigen, das ausgeweitet werden muß. Die Weltbank schätzt diese Aussichten

skeptischer ein. Ein kürzlich erschienener Bericht kommt zum Schluß, daß die USA weitaus mehr Vorteile an den Freihandelsabkommen haben wird als die beteiligten lateinamerikanischen Länder, außer vielleicht Mexiko und Brasilien, und das die Region am besten mit einer Zollunion (mit gemeinsamen Einfuhrzöllen etc.) nach EG-Modell fahren würde, die die USA ausschliessen würde. Etwas, das ganz und gar den herkömmlichen Spielregeln widerspräche.

Im 19ten Jahrhundert gab es ein Problem bei der Errichtung der us-amerikanischen Dominanz in dieser Region: das britische Gegengewicht. Aber die Konzeption "unserer Konförderation" als "der Wiege von der aus ganz Amerika, der Norden wie auch der Süden, bevölkert wird" (Thomas Jefferson) war unwiderruflich im Bewußtsein verankert zusammen mit der Jeffersonschen Annahme, daß es für Spanien am besten wäre, solange zu regieren bis "unsere Bevölkerung soweit entwickelt ist es von ihnen Stück für Stück zu übernehmen".

Es gab innenpolitische Auseinandersetzungen über diese Fragen. Amerikanische Handelsleute "waren scharf darauf die Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterstützen- solange wie die Rebellen in der Lage waren zu zahlen, vorzugsweise cash", bemerkt Gleijeses. Die weithin etablierte Tradition der Piraterie boten ein großes Beschäftigungsfeld für amerikanische (wie auch den britischen) Schiffseigner und Seeleuten, die sehr gerne ihre Dienste für die Kaperungen spanischer Handelsschiffe anboten,. wiewohl die Ausweitung ihrer terroristischen Aktivitäten auf US-Schiffe zu einer großen moralischen Entrüstung und sogar zu einem Regierungssturz führten. Neben England, bot auch das befreite Haiti Unterstüzung für die Unabhängigkeitsbestrebungen an, aber unter der Vorraussetzung, daß die Sklaven befreit werden. Haiti war auch ein solch gefährlich fauler Apfel, mit gewaltigen Reparationen an die ehemalige Kolonialmacht Frankreich und einem halben Jahrhundert andauernden US-Embargo für die Unabhängigkeit bestraft. Woodrow Wilsons zerstörerisches Wüten und anderer solcher Wohltaten folgten bis zum heutigen Tag.

Die Konzeption des Panamerikanismus von Bolivar war der zeitgleichen Monroe Doktrin diametral entgegengesetzt. Ein britischer Regierungsbeamter schrieb 1916, als Simon Bolivar die Idee des Panamerikanismus aufbrachte, daß er "die Vollendung seiner Politik unter der Aegide der Vereinigten Staaten stattfinden nicht erwartet hatte". Letztendlich war es "Monroes Sieg und Bolivars Niederlage", bemerkte Gleijeses.

Der Status von Cuba war von besonderer Bedeutung, eine weitere Illustration für die variantenreiche Auslegung klassischer Themen. Die USA waren strikt gegen die Unabhängigkeit Cubas, war Cuba doch "von strategischer Bedeutung und reich an Zucker und Sklaven" (Gleijeses). Jefferson wies Präsident Madison an Napoleon freie Hand in Ibero-America anzubieten in Gegenleistung für die Überlassung Cubas an die USA. Staatssekretär John Quincy Adams, der Autor der Monroe Doktrin, bezeichnete Cuba als "ein Objekt von außerordentlicher Bedeutung für die wirtschaftlichen und politischen Interessen unserer Union". Auch er befürwortete eine spanische Herrschaft bis Cuba in die Hände der USA fallen würde und zwar gemäß "den Gesetzen der politischen... Gravitation". Die Unterstützung der spanischen Herrschaft war geradezu universell in der Exekutive und im Kongreß; europäische Mächte, Kolumbien und Mexiko wurden um Hilfe gebeten die Befreiung Cubas zu verhindern. Das Hauptanliegen waren die demokratischen Kräfte innnerhalb der cubanischen Unabhängigkeitsbewegung, die für eine Abschaffung der Sklaverei und für gleiche Rechte aller eintraten, anders als die USA, in deren Verfassung den schwarzen Sklaven nicht der Status von Menschen gewährt wurde. Da war wieder die Angst, daß "die Fäulnis sich ausbreiten könnte" sogar bis in die eigenen Angelegenheiten hinein.

Ende des 19ten Jahrhunderts waren die USA mächtig genug, das britische Gegengewicht zu ignorieren und Cuba zu erobern, gerade zur rechten Zeit um den Erfolg des einheimischen Befreiungskampfes zu verhindern. Gängige Doktrine lieferten die Rechtfertigung für die Zuweisung Cubas in den kolonialen Status. Die Cubaner waren "ignorante Nigger, Halbblute, Südländer", bemerkte die New Yorker Presse, "ein Haufen Degenerierter... genauso wenig in der Lage sich selbst zu regieren, wie die Wilden Afrikas", so die Militärführung hinzufügend. Die USA bestätigten die Herrschaft der besitzenden Klasse der Weißen, die nicht diese wilden Ansichten über Demokratie, Freiheit, Gleichberechtigung hatten und somit keine Degenerierten waren. Die "reife Frucht" in eine US-Plantage verwandelnd beendeten sie die Aussichten auf eine erfolgreiche unabhängige Entwicklung. In den 30iger Jahren verließ die FDR die "Politik der guten Nachbarschaft" zur Beseitigung einer zivilen Regierung, die als eine Bedrohung der wirtschaftlichen Interessen der USA angesehen wurde. Die Batista-Diktatur vertrat diese Interessen loyal und genoß somit volle Unterstützung.

Castros Sieg über diese Diktatur im Januar1959 erregte bald die Feindschaft der USA, und bedeutete die Rückkehr einer traditionellen Politik. Ende 1959 beschloß das CIA und das State-Department, daß Castro beseitigt werden müsste. Ein Grund dafür war, wie Liberale im State Departement erklärten, daß "unsere Geschäftsinteressen ernsthaft betroffen waren". Ein zweiter Grund war der faule-Apfel-Effekt: "Die Vereinigten Staaten können nicht darauf hoffen, eine vernünftige Wirtschaftspolitik in anderen lateinamerikanischen Ländern zu unterstützen und notwendige private Investitionen in Lateinamerika zu vermitteln, wenn es so ist oder auch nur den Anschein hat, als ob sie gleichzeitig mit dem Castro-Programm kooperieren", wie das State- Department im November 1959 schlußfolgerte. Aber eine Bedingung wurde hinzugefügt: "Angesichts Castros starker, wenn auch schwindender, Unterstützung in Kuba, ist es wie auch immer von großer Wichtigkeit, daß die Regierung der USA keine offensichtlichen Handlungen begeht, die dazu führen würden, daß die Vereingten Staaten für seinen Mißerfolg oder Sturz verantwortlich gemacht werden könnten". Castros Unterstützung betreffend schlußfolgerten die vom Weißen Haus in Auftrag gegebene öffentliche Meinungsumfragen im April 1960, daß die meisten Kubaner in Bezug auf die Zukunft optimistisch wa-

ren und Castro unterstützten, während nur 7% sich besorgt über den Kommunismus zeigten und nur 2% über fehlende Wahlen klagten. Die sowjetische Präsenz war nicht vorhanden. Sowohl "Liberale als Konservative sahen in Castro eine Bedrohung der Hemisphäre", beobachtet der Historiker Jules Benjamin, "aber ohne die Komponente der kommunistischen Weltverschwörung".

Im Oktober 1959 führten auf Florida stationierte Flieger Strafaktionen und Bombenangriffe auf kubanischem Territorium aus. Im Dezember des gleichen Jahres wurden die CIA-Tätigkeiten verstärkt, so unter anderem die Waffenlieferungen an die Guerillabanden und Sabotagen an Zuckerfabriken und anderen wirtschaftlichen Zielen. Im März 1960 hatte die Eisenhower-Regierung einen Plan verabschiedet, demzufolge Castro gestürzt und durch ein Regime ersetzt werden sollte, "das mehr den wahren Interesse des kubanischen Volkes verpflichtet und den USA weitaus aufgeschlossener ist". Sie betonten dabei, daß es "in solch einer Art und Weise" geschehen solle, "daß der Eindruck jedweder Einmischung der USA vermieden wird".

Jenes Gebot hat bis zum heutigen Tag seine Gültigkeit behalten. Elementar für diese Politik ist, daß die ideologischen Institutionen eine Aufzählung der US-Aggressionen, der Terroranschlägen, der ökonomischen Strangulierung und all die anderen Pläne des Herrschers dieser Hemisphäre, die den "wahren Interessen der Kubaner" dienen, unterdrückt werden. Für Kubas miserable Lage soll allein der Dämon Castro und der "kubanische Sozialismus" verantwortlich scheinen. Castro trage die gesammte Verantwortung für die "Armut, Isolation und die demütigende Abhängigkeit" von der UdSSR, klärt uns der New Yorker Times Redakteur auf und schließt triumphierend, daß "der kubanische Diktator sich selbst in die Ecke manövriert hat", ohne weiteres Zutun der USA. Wäre das der Fall, bräuchten die USA nicht direkt zu intervenieren, wie es einige "Kalte Krieger" vorschlagen: "Fidel Castro verdient das durch eigene Fehler verursachte Ende und nicht das eines Märtyrers". Entwickelt man diese Argumentation weiter, rät uns der Autor weiterhin am Rande zu stehen und in aller Stille zu beobachten, so wie wir es in den letzten zwanzig Jahren getan haben, damit der naive Leser aus jener Version der Geschichte lernen könne.

Die us-amerikanische Sorge über "die wahren Interessen des kubanischen Volkes" bedarf keines Kommentares. Die Sorge über die öffentliche Meinung in Kuba und -entscheidend- die "wahren Interessen" der US-Wirtschaft sind genüge vorhanden gewesen. Die früheren sind verständlich angesichts der schon zitierten Meinungsumfrage oder der lateinamerikanischen Reaktion auf die Landreform vom Mai 1959, die von einer UN-Kommission als "ein Beispiel" für ganz Lateinamerika bezeichnet wurde. Oder durch die Schlußfolgerungen des für Kuba zuständigen Mitarbeiters der Weltgesundheitsbehörde (WHO) aus dem Jahre 1980, daß "Kuba zweifellos die beste Gesundheitsstatistik von ganz Lateinamerika aufzuweisen hat", ein

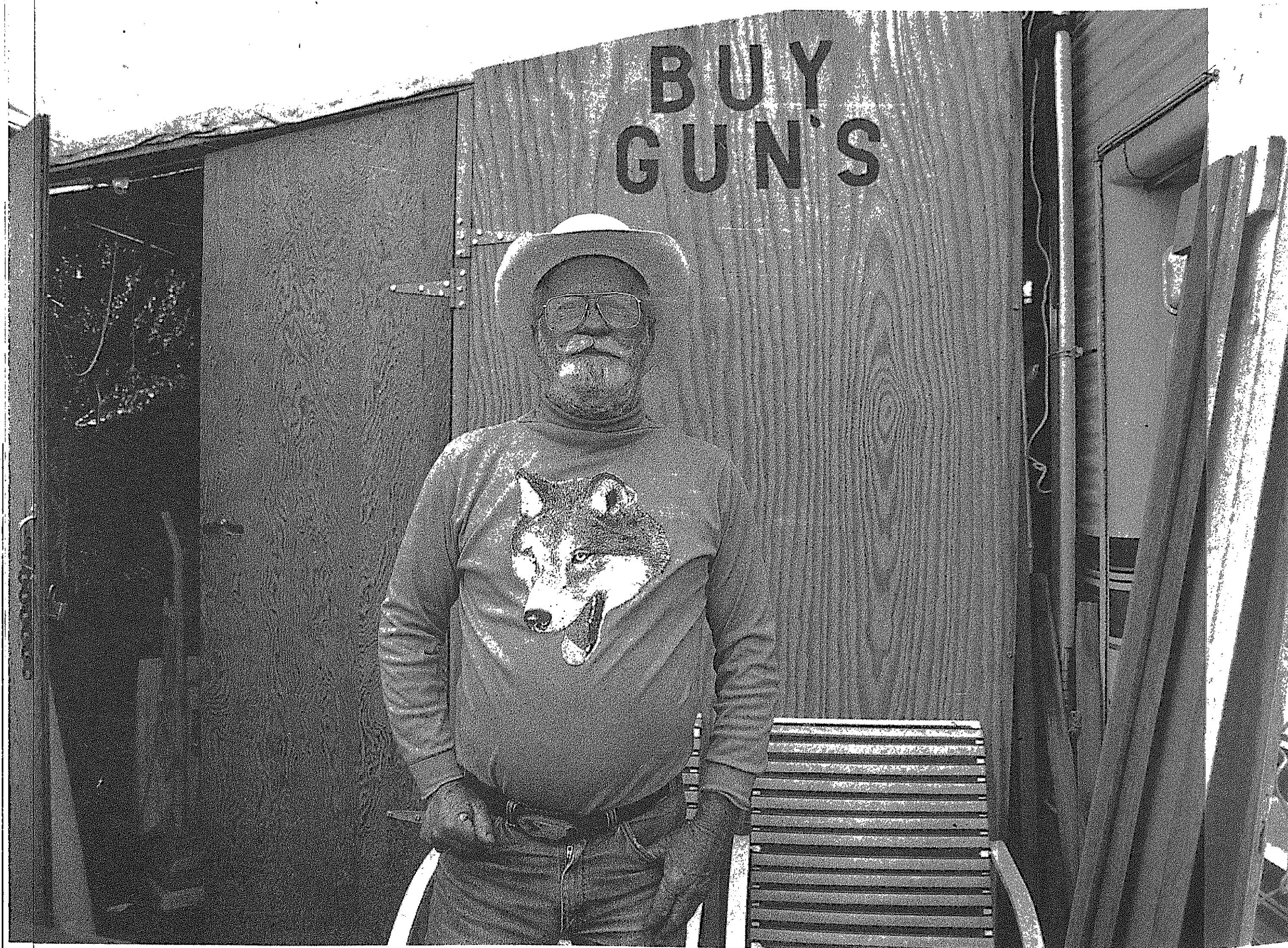


Foto: Henning Kaiser/transparent

Gesundheitssystem "eines sehr entwikkelten Landes" trotz der vorherrschenden Armut. Oder der Einfluß der kubanischen Biotechnologie in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern ist unüblich wenn nicht einmalig für ein kleines, armes Land. Es sind nicht Castros Verbrechen. die den Herrscher dieser Hemisphäre aufbringen, der ansonsten unbesorgt die Suchartos, Saddam Husseins und Gramajos unterstützen, wie schrecklich ihre

aber auch sie wurden nach dem Tode von Cyclone Flora im Oktober 1963 nicht mehr geliefert. Nebenbei bemerkt eine übliche Vorgehensweise: zieht man Carters Weigerung in Betracht allen westindischen Ländern, die von einem Hurrikan im August 1980 heimgesucht wurden, die Hilfe zu verweigern, wenn nicht Grenada von diesen Hilfslieferungen ausgeschlossen werde, worauf Grenada auf die Hilfslieferungen verzichtete; oder die

sion (Operation Mangon). Sie wurden im Westen kaum wahrgenommen, abgesehen von einzelnen Mordanschlägen, wie der am Tage der Kennedy-Ermordung. Diese Operation wurde offiziell von der Lyndon- Johnson- Regierung beendet, der laut Zeugenaussagen das Kennedy- Programm als "a damned Murder Inc." bezeichnete. Diese terroristischen Aktionen wurden von der Nixon- Regierung wieder aufgenommen und weitergeführt.

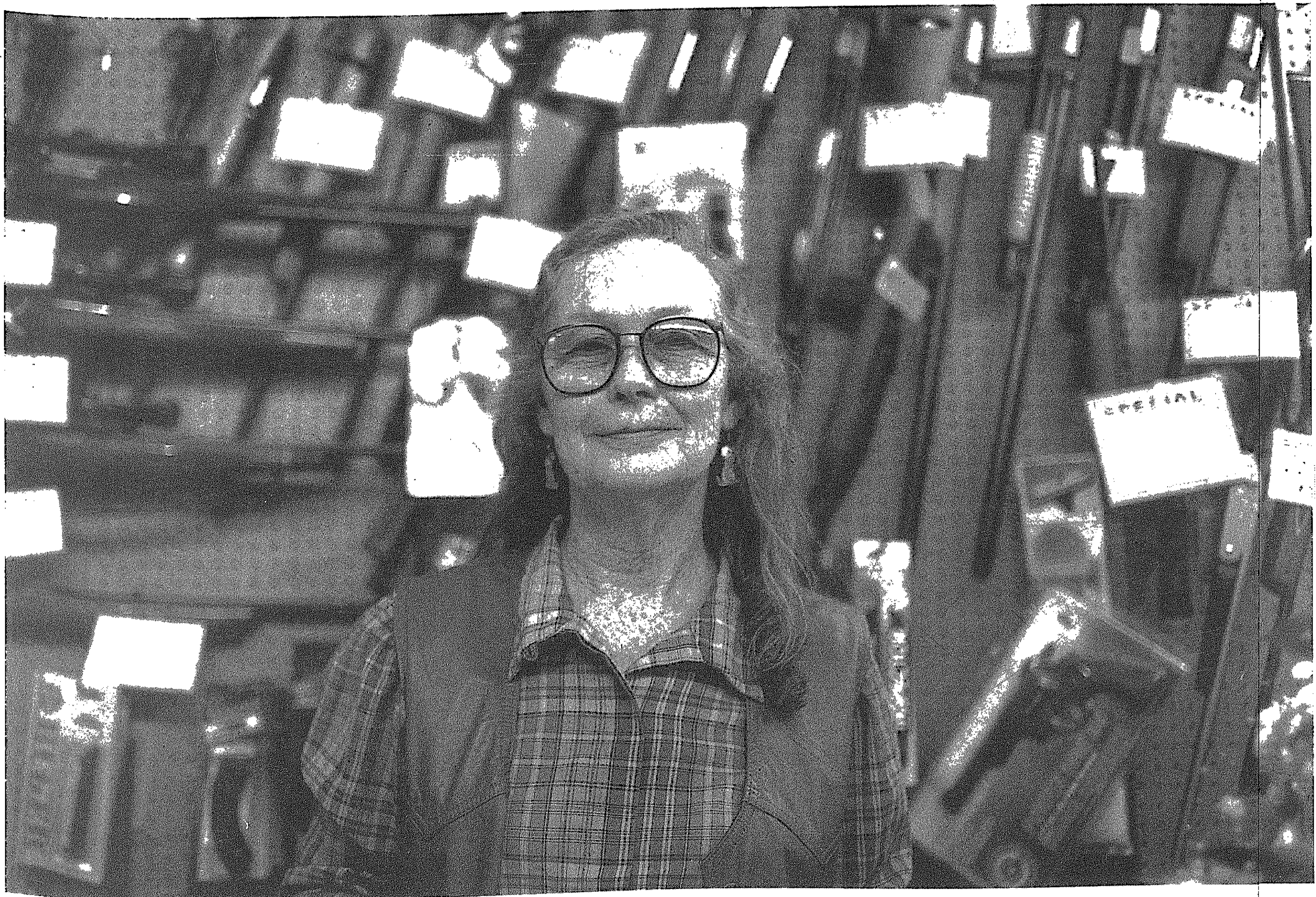


Foto: Henning Kaiser/transparent

Greueltaten auch sein mögen, solange sie nur ihre Dienerrolle einhalten. Es ist der Erfolg, der die Wut und den Ruf nach Rache hervorbringt, dies zu verbergen ist keine allzu einfache Aufgabe für die Ideologen.

Die Kennedy- Regierung verstärkte Sabotage-, Terrorakte und andere Aggressionen und ebenfalls den Wirtschaftskrieg, dem kein kleines Land lange wiederstehen kann. Das kubanische Vertrauen auf den us-amerikanischen Exportmarkt war natürlich sehr groß und konnte nicht ohne große Einbußen ersetzt werden. Im Februar 1962 verhängt die Kennedy-Regierung ein Embargo, brach alle ökonomischen, gesellschaftlichen Beziehungen ab. Theoretisch waren medizinische Produkte und Lebensmittel ausgenommen,

Reaktion der USA im Jahre 1988 als ein Hurrikan große Teile von Nicaragua verwüstete, jede Waffe ist legitim gegen das Verbrechen der Unabhängigkeit. Die Kennedy Regierung versuchte Kuba auch auf kultureller Ebene zu isolieren, den Gedanken und Ideenaustausch mit den lateinamerikanischen Ländern zu blokkieren, die aber nicht willens waren die us-amerikanische Kontrolle von Reise- und kulturellen Austausch nachzueifern, was die Kennedy- Liberalen lange Zeit verärgerte und Beweise von sogenannten subversiven Verbrechen sammeln ließ. (28)

Nach dem Fehlschlag der Schweinebucht wurden die terroristischen Anschläge von der Kennedy- Regierung verstärkt und erreichten eine bemerkenswerte Dimen-

Die nun folgenden terroristischen Anschläge wurden CIA- Abtrünnigen, die außer Kontrolle geraten sind, zugeschrieben, inwieweit dies zutrifft wissen wir nicht. Ein führender Mitarbeiter des Pentagons der Kennedy- und der Johnson-Regierung, Roswell Gilpatric, äußerte diesbezüglich seine Zweifel. Die Carter-Regierung hat -und dies mit Unterstützung von den US- Gerichten- über Entführungen von kubanische Schiffen hinweggesehen und somit gegen die Anti-Entführungskonvention verstoßen, die Castro stets einhielt. Die Reaganomics wiesen alle kubanischen Initiativen zur Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen ab und verhängten unter den abenteuerlichsten Vorwänden immer neue Sanktionen, oftmals ohne rechtliche

Grundlage, wie es aus dem Report des zurückgetretenen Beauftragten der USA in Havanna, Wayne Smith, hervorgeht. In den achtziger Jahren haben die USA die Verwendung von kubanischem Nickel für us- amerikanische Produkte ausgeschlossen; ein Versuch einen der großen Exportgüter Kubas zu blockieren. Sie verboten einem schwedischen Hersteller von medizinischen Geräten die Ausfuhr von für Kuba vorgesehener Ausrüstung, weil eine Komponente davon ein amerikanisches Produkt war. Die Hilfe für die Sowjetunion war mit der Einstellung der Handelsbeziehungen mit Kuba verknüpft. Im Frühjahr 1991 hielten die USA ein Manöver in der Karibik ab, bei dem auch die Invasion Kubas eingeübt wurde; eine übliche Einschüchterungstaktik. Mitte des Jahres 1991 wurde das Embargo verstärkt, so wurden die Geldüberweisungen der kubanischen Exilanten an ihre Verwandten unterbunden, um nur eine Maßnahme zu nennen. Das Embargo wurde außerdem auf die Verbündeten ausgedehnt, so wurden Schiffe, die in den letzten sechs Monaten zuvor in einen kubanischen Hafen einliefen von den US- Häfen ausgeschlossen und es wurde ermöglicht die für Kuba bestimmten Ladungen in US- Gewässern zu beschlagnahmen. Die Grausamkeit gegenüber der verhassten Unabhängigkeit Kubas ist extrem und schlägt kaum Wellen im Mainstream.

Gegenwärtig gibt es keinerlei Versuch der Vertuschung, daß mit dem Verschwinden der UdSSR und damit der sowjetischen Abschreckung die Reduzierung der Handelsbeziehungen zwischen den Ostblockstaaten und Kuba eine Möglichkeit darstellt US- Hilfe zu bekommen. In schon typischer Weise drängen die Washington Post- Redakteure darauf, die Gelegenheit zu nutzen und Castro abzuservieren: "Für seinen großen Antagonisten, die USA, würde eine Lockerung des Embargos und eine Legitimierung dieses abgehalfterten Reliktes zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt einem Bruch des Versprechens gegenüber dem kubanischen Volk, gegenüber allen Demokraten dieser Region gleichkommen." Der gleichen Logik folgend haben die Autoren in den achtziger Jahren dazu aufgerufen, Nicaragua zurück zum "mittelamerikanischen Status" der guatemaltekischen und salvadorianischen "Demokratien" der Todesschwadrone zu zwingen und dabei den hervorragenden "regionalen Standard" bewunderten; sie haben Gorbatschows "Neues Denken" verhöhnt, weil er den USA keine freie Hand bei der Durchsetzung ihrer Ziele gewährte, mit Mitteln, die vom Weltgerichtshof verurteilt wurden (irrelavant für die Washinton Post). Die Washington-Post spricht ebenso für das kubanische Volk, wie es die Liberalen im State- Department zu Zeiten Eisenhowers und Kennedys getan haben. (...)

Der Kuba- Report zeigt sehr deutlich, daß der Kalte Krieg kaum mehr war, als der Vorwand für die Intoleranz gegenüber der Unabhängigkeit in der Dritten Welt, gleich in welchen Farben sie auch erschien. Die traditionelle Politik verbleibt - jenseits der Herausforderungen - im Rahmen des mainstreams. Wir können die üblichen Anstrengungen vorraussehen, wir können vorraussehen, wie die "reife Frucht" in die Hände der rechtmäßigen Besitzer fällt, oder kräftig vom Baum geschüttelt wird. Eine vorsichtige Politik wird den Würgegriff verstärken, zu ideologischer und ökonomischer Kriegsführung greifen um die Bevölkerung zu treffen und gleichzeitig andere einzuschüchtern und abzuhalten sich einzumischen. Mit steigendem Leid sind Proteste, Repression und weitere Unruhen usw. anzunehmen, ein vorhersehbarer Kreislauf beginnt. An einem Punkt wird der innere Kollaps ein Niveau erreichen an dem die Marines kostenlos geschickt werden können, um "die Insel wieder einmal zu befreien", die alte Ordnung wiederherzustellen, begleitet von den choralen Gesängen auf unsere Führer und deren Rechtschaffenheit. (...)

Die "natürlichen Grenzen" des Südens

Die Aufgabe der Kolonialisten bestand in ihren Heimatgebieten im "Ausloten der natürlichen Grenzen", aber die "natürlichen Grenzen" des Südens müssen ebenso verteidigt werden. Daraus erklärt sich die Beharrlichkeit ein Abdriften von Teilen des Südens zu verhindern und die auftretende Hysterie bei selbst winzigen Abweichungen, die aus internen Aufzeichnungen hervorgehen. Eine adäquate Integration aller, in die von dem staatskapitalitischen Gesellschaften dominierte Globalökonomie ist sicherzustellen. Die Diener müssen, wie vom State Department vor Jahren bemerkt, "ihre Hauptfunktionen" als Rohstoffquellen und Märkte erfüllen, sie müssen vor dem "Kommunismus" beschützt werden, dem technischen Begriff einer sozialen Transformation mit der "ihr Willen und ihre Fähigkeit, die Wirtschaft des Westens zu ergänzen, geschmälert wird" so der Wortlaut einer gewichtigen Studie der 50er Jahre.

In solch einem größeren Zusammenhang wird der Kalte Krieg, grob gesagt, zu einer Unterbrechung des Nord-Süd Konflikts der Kolumbus-Ära, unerreicht in seinem Ausmaß, aber anderen Episoden ähnlich. Die dritte Welt, bemerkt der Historiker Leften Stavrianos, "trat zuerst in Form von Osteuropa auf", die wachsende Textil- und Metallindustrie in England und Holland seit dem 14. Jahrhundert versorgend, um danach, als die Handels- und Investitionsmuster ihren natürlichen Lauf nahmen, dem (jetzt gutbekannten) Weg hin zur Unterentwicklung zu folgen. Rußland war selbst so unermeßlich und von so großer militärischer Macht, daß seine Unterordnung unter die westliche Wirtschaft aufgeschoben wurde, aber zu Beginn des 19. Jahrhunderts befand sich Rußland schon auf dem vom Süden vorgezeichneten Weg behaftet mit einer weitverbreiteten Armut und der Fremdkontrolle über Schlüsselbereiche seiner Wirtschaft. Die bolschewistische Machtübernahme im Oktober 1917, die die anfänglichen sozialistischen Tendenzen bald über Bord warfen und die Arbeiterklasse oder andere Volksorganisationen zerstörte, schnitt die UdSSR von der Einflußsphäre des Westens ab und mündete in der unvermeidlichen Reaktion einer sofortigen militärischen Intervention der westlichen Mächte. Dies waren von außen betrachtet die wesentlichen Umrisse des Kalten Krieges.

Die dahinterstehende Logik unterscheidet sich nur unwesentlich vom Fall Grenada oder Guatemala. Der Maßstab

des Problems war aber ein anderer. Das Problem vergrößerte sich, nachdem die führende Rolle Rußlands in der Bezwingung Hitlers zu einer Kontrolle über Osteuropa und Teile von Mitteleuropa führte, und diese Regionen damit der westlichen Kontrolle zu weit enfernte. Ein winziger Sklavenaufstand ist intolerabel, ein großer um so mehr, besonders wenn er die Stabilität durch einen Effekt des sogenannten faulen Apfels bedroht. Viel bedrohlicher war die Tatsache, daß dieser widerspenstige Abweichler dazu in der Lage war, diejenigen zu unterstützen, die von den USA untergraben oder zerstört werden sollten, und desweiteren über eine so hohe militärische Kapazität verfügte um die USA an anderweitigen Interventionen zu hindern. Unter solchen Umständen steht eine solche "Koexistenz" weit mehr außer Frage als im Falle von Guatemala, Chile, Grenada, Nicaragua, Laos usw.; und eine "Entspannung" kann nur dann als Option betrachtet werden, wenn sie die Auflösung der Sowjetunion und deren Rückzug von der Weltbühne beinhaltet. (...)

Aus solchen Gründen lehnten die USA Stalins Vorschläge für ein vereinigtes, entmilitarisiertes Deutschland mit freien Wahlen im Jahre 1952 von vornherein ab, ebenso Chrustschows Verlangen nach gegenseitigen Verträgen nach seinen radikalen Kürzungen im Militärbereich von 1961-63, Gorbatschows Vorschläge zur Beilegung des Kalten Krieges in den 80ern. Die Sowjetunion erreichte die Höhe ihrer Macht in den späten fünfziger Jahren, immer weit hinter dem Westen zurückbleibend. Die Kubakrise, die die extreme Verwundbarkeit der Sowjetunion offenbarte, führte zu einem gewaltigen Anstieg der Militärausgaben, die erst in den späten siebziger Jahren ein niedrigeres Niveau erreichten. Danach stagnierte die Wirtschaft und die politische Führung war nicht dazu in der Lage, die internen Meinungsverschiedenheiten zu kontrollieren. Im Zuge der achtziger Jahre kollabierte das System, und die Kernstaaten, immer schon viel reicher und mächtiger, "gewannen den Kalten Krieg". Große Teile des sowjetischen Reiches werden wohl zu ihrem traditionellen Dritte Welt Status zurückkehren, dem lateinamerikanischen Modell folgend. (...)

Den gängigen Vorhersagen folgend, in diesem Fall vom Harvard-Wirtschaftswissenschaftler von Jeffrey Sachs angeboten, erlebte Polen "die Errichtung von vielen profitablen Privatunternehmen", und wie der gut unterrichtete Analytiker Abraham Brumberg beobachtet, im Zusammenhang mit "einem Sinken der Produktion um fast 50%, enormen Entbehrungen und sozialen Unruhen" und "dem Kollaps zweier Regierungen". Allein im Jahre 1991 fiel das Bruttosozialprodukt um 8-10% , die Investitionen fielen um 8% und die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich fast. Russland geht gerade den selben Weg. Wirtschafts- und Finanzminister Yegor Gaidar warnte vor einem weiteren Produktionsrückgang um 20% in den kommenden Monaten. Die Produktion in der Leichtindustrie fiel in den ersten neunzehn Tagen des Januars um 15 - 30%, während die Lieferung bei Fleisch, Getreide und Milch sich um 30% oder mehr verringerte und es wird noch schlimmeres vorhergesagt.

Westliche Ideologen zeigen sich von den Erfolgen Polens beeindruckt, sind aber über die wirtschaftliche Inkonsequenz besorgt, die einen weiteren Fortschritt behindern könnte. Unter dem Titel "Fabrikdinosaurier gefährden Polens wirtschaftlichen Fortschritt", behandelt Stephen Engelberg von der New York Times, daß "schlimmste Beispiel dafür wie das industrielle Erbe des



kommunistischen Systems wirtschaftliche Reformpläne in Polen und anderen osteuropäischen Ländern bedroht": die Stadt Rzeszow, die von einem Flugzeughersteller hinsichtlich Arbeitsplätze, Steuereinahmen und sogar Wärmeenergie abhängig ist. Die politische Linie des freien Marktes "ließ Städte wie Warschau oder Krakau aufblühen", so Engelberg, die Anzahl der Privatunternehmen hat sich verdoppelt. Dieser an sich willkommene Fortschritt wird bedroht durch den Ruf nach staatlichen Interventionen in den Bereichen, die unter dem Kollaps der Sowjetunion leiden (Verlust von Märkten, unbezahlte Schulden usw.). Nicht weniger bedrohlich ist "die Unruhe unter den Arbeitern", die jetzt in den Fabriken ein gewisses Maß an Kontrolle besitzen und sogar streiken, um die Stillegung von Betrieben zu verhindern, die durch ein "Regierungsprogramm zum Wiederaufbau" gerettet werden könnten. Solidanosc verlangt von der Regierung "die Streichung von ausstehenden Steuern und große Aufträge (Flugzeuge) für die polnische Armee". Ein Führer der Solidarnosc sagt, daß sich "die Regierung entscheiden muß, ob eine Flugzeugindustrie notwendig ist, ob diese neu strukturiert werden muß oder ob ein Teil davon andere Waren herstellen soll". Analytiker im Westen wissen, daß solche Entscheidungen nicht von den Polen selbst getroffen werden: darüber entscheidet der "freie Markt" - - oder genauer gesagt diejenigen, die ihn bestimmen. Im Falle des Schicksal der US -Flugzeugindustrie oder der High-Tech Industrie im allgemeinen werden keine peinlichen Fragen über die gewaltige öffentliche Unterstützung zur Erschaffung und Unterhaltung derselben gestellt. Es werden auch keine Fragen gestellt bei der Rettung von Chrysler oder bei Reagans Rettung der Continentel Illinois Bank ("der größten Verstaatlichung der Geschichte Amerikas", wie der Wirtschaftswissenschaftler Howard Wachtel kommentiert), oder bei den hunderten von Milliarden Dollars der Steuerzahler, mit denen Manager und Geldgeber der S&Ls (savings and loans, Sparkassen, Anmerkung d. Ü.) abgefunden wurden, durch die genialen Reaganomics von Risiko und Kontrolle befreit. (...)

Die Wirtschaft Osteuropas stagnierte oder verfiel während der achtziger Jahre und ging mit der Übernahme der IWF Richtlinien am Ende des Kalten Krieges 1989 in einen freien Fall über. Zum Winter 1990 war die industrielle Produktion Bulgariens um 17%, die Ungarns um 12%, Polens über 23% und die Rumäniens um 30% gefallen. Die UN- Wirtschaftskommission für Europa erwartet für das Jahr 1991 einen Rückgang von 20%, und für 1992 ähnliches oder noch schlimmeres. Ein Resultat hiervon ist eine generelle Desillusionierung in Bezug auf die demokratische Öffnung und sogar in der wachsenden Unterstützung für die ehemaligen kommunistischen Parteien. (...) Im Westen ist der Vertrauensverlust in Bezug auf die Demokratie von geringer Bedeutung, der "bürokratische Kapitalismus", der von den zu Yuppies gewordenen Kommunisten eingeschleppt werden könnte, stellt aber sehr wohl ein potentielles Problem dar. Nach westlicher Sichtweise sind demokratische Verhältnisse akzeptabel, sofern sie nicht eine Kontrolle der Geschäftsinteressen darstellen. Demo-kratische Verhältnisse sind aber nicht so wichtig: die eigentliche Priorität liegt in der Eingliederung in die Weltwirtschaft mit dem damit verbundenen Vorteil der Ausbeutbarkeit und Plünderung.
Mit der Rückendeckung des IWF hat die EG für Osteuropa einen Test des guten Benehmens erstellt: eine Veranschaulichung, die besagt, daß "eine wirtschaftliche Öffnung mit Aussicht auf Einführung von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen" irreversibel ist. (...) Richard Portes, Chefberater der EG in Wirtschaftsfragen definierte einen akzeptablen "Regimewandel" nicht im Sinne von demokratischen Umgangsformen, sondern als "eine definitive Abkehr von sozialistischer Planwirtschaft — und ihrer Irreversibilität". Ein IWF- Bericht jüngeren Datums "konzentriert sich auf die Rolle der Sowjetunion als Energie-, Getreide- und Rohstofflieferanten und gibt den Republiken der ehemaligen Sowjetunion wenig Aussicht auf eine Rolle als industrielle Wirtschaftsmächte auf dem Weltmarkt", so Peter Gowan. Eine Übernahme von Betrieben durch die Belegschaft, so Gowan, "erfreut sich in Polen und der CSFR großer öffentlicher Unterstützung", ist aber für die westlichen Aufseher nicht akzeptabel, da sie dem Kapitalismus des freien Marktes, der den Süden zugedacht ist zuwiderläuft.

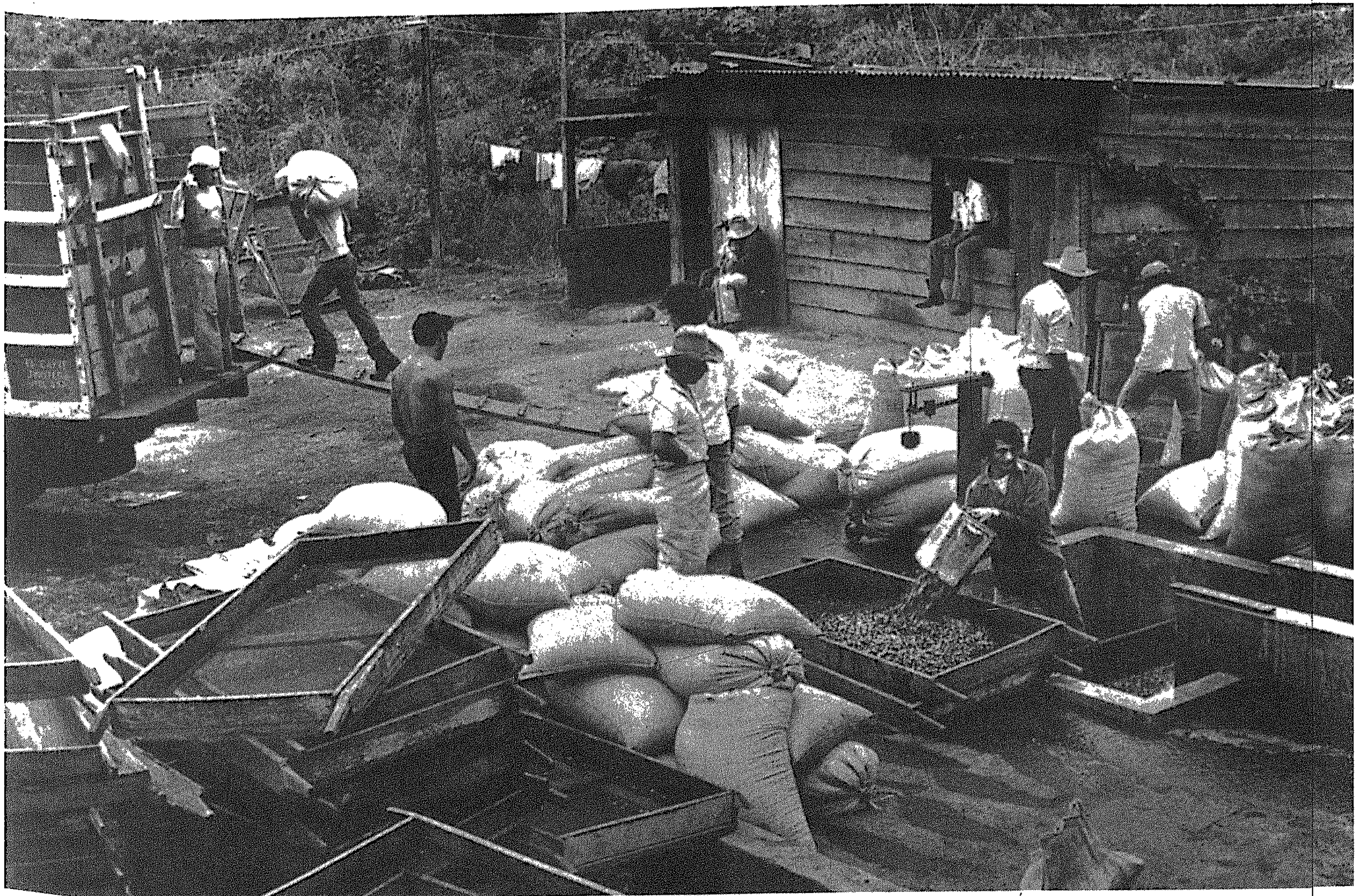
Soviel zum Süden. Im Einklang mit den üblichen Praktiken der führenden Industriegesellschaften hat die EG Barrieren zum Schutz ihrer eigenen Industrie und Landwirtschaft errichtet und verschließt so gerade diejenigen Exportmärkte, die den Ländern des Ostblocks einen Wiederaufbau ihrer Wirtschaft ermöglichen könnten. Als Polen alle Einfuhrbeschränkungen abschaffte, zeigte sich die EG wenig erkenntlich, indem sie die Hälfte der polnischen Exporte benachteiligte (Gowan). Die europäische Stahllobby verlangte eine Restrukturierung der osteuropäischen Industrien, die sie in der westeuropäischen verankert. Die europäische Chemieindustrie äusserte ihre Bedenken gegenüber die Einführung der freien Marktwirtschaft in der

ehemaligen Sowjetunion, weil diese "zu Lasten der Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Chemieindustrie gehen könnte". Selbstverständlich akzeptiert keine der staatskapitalistischen Gesellschaften einen offenen Arbeitsmarkt, einem grundlegenden Prinzip der freien Marktwirtschaft. Die abtrünnigen osteuropäischen Teile der Dritten Welt sollen wieder in ihre Lieferantenrolle zurückgedrängt werden; ihre Ressourcen müssen frei ausbeutbar sein, für westliche Investoren billige und qualifizierte Arbeitskräfte bereitstellen, gemäß den Bedürfnissen der entwickelten Industriegesellschaften. (...)

Einige Erfolge des Freien Marktes

Es wäre nur gerecht hinzuzufügen, daß das auf die ehemalige Sowjetunion angewandte Rezept Erfolge zeigt, zumindest in Lateinamerika. Bolivien gilt als herausragendes Beispiel, ihre Wirtschaft wurde durch ein von Beratern entwickelten harschen aber notwendigen Stabilisierungsprogramm vor einem Desaster gerettet. Der öffentliche Dienst wurde stark abgebaut, die staatlichen Minen wurden privatisiert, was zu einer massiven Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern führte. Die Reallöhne sanken und auf dem Lande konnte man Horden von das Handtuch werfende Lehrer beobachten, eine regressive Steuerpolitik wurde eingeführt, die Wirtschaft wie auch die Investitionen nahmen ab und die Kluft zwischen Arm und Reich wurde größer. Im Leitartikel vom Current History schreibt der Wirtschaftswissenschaftler Melvin Burke, "Strassenhändler und Bettler stehen im Kontrast zu poppigen Boutiquen, pikfeinen Hotels und Mercedeslimousinen". Das Bruttosozialprodukt sank gegenüber 1980 um ein Viertel und die Bedienung der Auslandsschulden absorbieren 30% der Exporteinnahmen. Als Belohnung für dieses Wirtschaftswunder boten der IWF, die Interamerican Developement Bank, die G-7 Staaten Bolivien ausgiebige finanzielle Unterstützung an, einschließlich geheimer Gehaltszahlungen an Minister als Ausgleich ihrer reduzierten Einkommen.

Der Erfolg lag in der Preisstabilisierung und einem Exportboom. Ungefähr zwei Drittel der Exporteinnahmen kommen jetzt aus der Produktion und dem Handel mit Koka, schätzt Burke. Das Drogengeld erklärt die Stabilisierung der Währung und der Preise. Etwa 80% der 3 Milliarden $ an jährlichen Profiten aus den Drogengeschäften, wird hauptsächlich in den USA ausgegeben und angelegt, was der US-Wirtschaft zugute kommt. Geldwäscher und Banker sind natürlich kein Objekt des von den USA finanzierten Drogenkrieges. Diese profitable Exportgeschäft "dient den Interessen der neuen Bourgeoisie und der Narco-Generälen Boliviens," und "dient offensichtlich auch den nationalen Interessen der USA insoweit, daß Geldwaschen von den USA nicht nur toleriert, sondern geradezu gefördert wird". Es sind "die kleinen Kokaanbauer", die "sich der geballten Macht der USA und dem bolivianischen Militär erwehren müssen", schreibt Burke.(...) Fortschritte werden auch von anderswo berichtet, das verdanken wir der rechtzeitigen Intervention und dem Expertenmanagement der USA. Nehmen sie zum Beispiel Grenada. Nach seiner Befreiung 1983 wurde es zum größten Hilfsempfänger (nach Israel, einem speziellen Fall), indem die Reagan Regierung Grenada zu einem "Vorzeigeobjekt des Kapitalismus" machen wollte. Die Sparprogramme führten zu dem üblichen Desaster, die selbst von den privatwirtschaftlichen Sektoren verflucht wurden, von jenen also die von dieser Hilfe profitieren sollten. Es gibt aber auch einen Lichtblick im ansonsten trüben Bild, wie Ron Susskind in einem Leitartikel des Wall Street Journal mit der Überschrift "Von den Marines gebrachte Sicherheit, Grenada ist zum Himmelreich ausländischer Banken geworden" sagt. Die Wirtschaft mag wie der Chef einer hiesigen Investmentbank und Parlamentsabgeordneter bemerkt, "in einer schrecklichen Verfassung sein", dank dem von

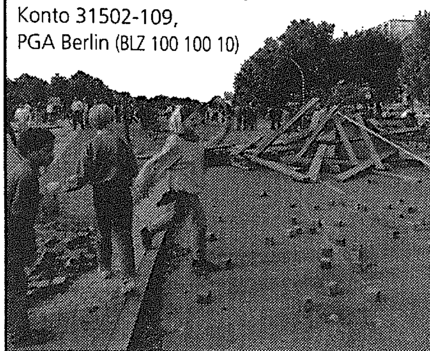


den USA betriebenen Strukturanpassungsprogramm, was das Wall Street Journal nicht erwähnt. Die Hauptstadt St. George "wurde zum Casablanca der Karibik, einem Paradies für Geldwäscher, Steu-erflüchtlingen und ausgesuchtesten Finanzbetrügern", mit 118 Auslandsbanken, das bedeutet eine Bank auf 64 Einwohner. Rechtsanwälte, Buchhalter und einigen Geschäftsleuten geht es blendend, wie auch unzweifelhaft den ausländischen Bankern, Geldwäschern und Drogenbaronen.

Die us-amerikanische Befreiung Panamas bedeutete einen ähnlichen Triumph. Kürzlich erhobene Meinungsumfragen deuten an, daß der auf einer us-amerikanischen Militärbasis am Tage der Invasion eingeschworene Präsident Guillermo Endara bei Wahlen 2,4% der Stimmen erhalten würde. Seine Regierung machte den zweiten Jahrestag der Invasion zu einem "Nationaltag der Besinnung". Tausende von Panamesen "versammelten sich an diesem Tag zu einem Schweigemarsch durch die Strassen der Hauptstadt um gegen die US-Invasion und die Wirtschaftspolitik Endaras zu protestieren", wie die französische Presseagentur berichtete. Die Demonstranten

Bindeglied bei den Kokainlieferungen in die USA und nach Europa ist".

Eine von Regierungsbeamten und Nichtregierungsorganisationen besuchte Konferenz im August 1991 kam zu den Schluß, daß Nicaragua 250.000 Drogenabhängige hat und zu einer Brücke



im internationalen Drogenhandel wird, obwohl die Rate der Drogenabhängigen immer noch unter dem Rest Mittelamerikas liegt (400.000 Abhängige in Costa Rica, 450.000 in Guatemala, 500.000 in El Salvador). In Nicaragua wächst die Abhängigkeit unter jungen Menschen besonders unter denen, die jahrelang in Miami gelebt haben. Einer der Organisatoren der Konferenz bemerkte, daß "1986 kein einziger Fall von harten Drogenkonsum bekannt geworden war" während "es1990 mindestens 12.000 Fälle gab". Allein in Managua wurden 118 Drogenhandelsdelikte aufgedeckt, obwohl die atlantische Küste zum internationalen Transit für harte Drogen geworden ist. Damit verbunden ist ein Anwachsen der Abhängigkeit in dieser Region. Die amerikanische Journalistin Nancy Nusser berichtete aus Managua, daß nach Angaben von Drogenhändlern Kokain "erst seit der Amtseinführung Violetta Chamorros im April 1990 überall erhältlich ist". "Während der Zeit der Sandinisten gab es kein Kokain, nur Marihuana", sagte ein Drogenhändler. Carlos Hurtado, der heutige Regierungssprecher, bemerkt, daß das Phänomen des Kokaionhandels schon früher existierte, allerdings auf einem niedrigen Niveau". Jetzt blühe er auf, laut "einem führenden westlichen Diplomaten mit Kenntnissen des Drogenhandels" (wahrscheinlich ein US-Botschaftsangehöriger) durch die Atlantikküste. Er beschreibt die Küste jetzt als ein "Niemandsland".

Drogen werden "zu der neuesten Wachstumsindustrie Mittelamerikas", laut CAR, wegen den "verheerenden wirtschaftlichen Bedingungen in denen 85% der Bevölkerung in Armut lebt" und durch das Fehlen von Arbeitsplätzen hier besonders im neoliberalen Nicaragua. Das Problem hat allerdings noch nicht das Ausmaß Kolumbiens erreicht, wo von den USA ausgerüstete und ausgebildete Sicherheitskräfte ihren Terror, Folterungen, das Verschwindenlassen, die Verfolgung von Oppositionspolitikern, Bürgerrechtlern, Gewerkschaftsführern, Menschenrechtsaktivisten und Kleinbauern fortsetzen, wenn nicht gar steigern, während die US-Hilfe hauptsächlich "die Korruption innerhalb der kolumbianischen

behaupteten, daß die US-Truppen 3.000 Menschen ermordet hätten, wovon viele in Massengräbern oder im Meer landeten. Die Wirtschaft hat sich von der Erschütterung durch das US-Embargo und die zerstörerische Invasion nicht erholen können. Einige Prognosen aber zeigen nach oben. Das staatliche Presseamt berichtete, daß der Drogenhandel sich seit der Invasion"vielleicht verdoppelte", während das Geldwaschen "aufblühte".

Dies wurde sofort von jedermann vorhergesehen, der den Praktiken und Gepflogenheiten der winzigen weißen Elite, die die USA wieder in ihre traditionelle Rolle einwies, Aufmerksamkeit schenkte. Verstärkter Drogenhandel und die ökonomische Krise haben auch zu "einem unvorhersehbaren Anwachsen des Drogenkonsums, besonders bei armen und jungen Menschen" geführt, so der "Christian Science Monitor".

Ein weiterer Triumph der freien Marktwirtschaft wurde aus Nicaragua berichtet, wo die Chamorro- Regierung und der US-Botschafter Harry Shlaudeman kürzlich Abkommen unterzeichneten, die der DEA (Antidrogenbehörde, d.Ü.) erlauben in Nicaragua "gegen den wachsenden Drogenhandel vorzugehen" (Central America Report). Der DEA Agent in Costa Rica verkündete, daß Nicaragua jetzt "als Korridor zum Transfer von kolumbianischen Kokain in die USA benutzt wird". Ein Drogenfahnder des Justizministeriums fügt dem hinzu, daß innerhalb des nicaraguanischen Finanzsystems Drogengelder gewaschen werden. Innerhalb Nicaraguas gibt es auch ein steigendes Drogenproblem, angetrieben durch den hohen Drogenkonsum sowohl von Heimkehrern aus Miami als auch durch den fortgesetzten wirtschaftlichen Niedergang und den neuen Möglichkeiten des Drogenhandels seit die USA wieder Einfluß erlangten. "Seit der Einsetzung der Chamorro-Regierung und der massiven Rückkehr von Nicaraguanern aus Miami steigerte sich der Drogenkonsum grundlegend in einem Land, das lange Zeit frei von Drogenkonsum war"(Central America Report). Miskito Anführer Stedman Fargoth beschuldigte zwei Mitglieder des Chamorro-Kabinetts, seinen früheren Verbündeten Brooklyn Riviera und den Fischereiminister, daß sie für das kolumbianische Kartell arbeiteten. Der nicaraguanische Delegierte erklärte auf der neunten internationalen Konferenz zur Bekämpfung des Drogenhandels in Kolumbien im April 1991, daß Nicaragua "heute ein führendes

Sicherheitskräfte steigert und die Blutsbrüderschaft zwischen Rechtsradikalen, Militäroffizieren und rücksichtslosen Drogenhändlern bestärkt", wie Menschenrechtsaktivist Jorge Gómez Lizarazo, ein ehemaliger Richter, feststellt. Die Situation in Peru ist sogar noch schlimmer

Dies sind nur Symptome einer viel tiefer liegenden Malaise in Lateinamerika und des ganzen Südens.

übersetzt vom Heddernheimer Kulturverein

JENSEITS staatlicher Einflußnahme?

Chilenische Nichtregierungs-organisationen nach dem Ende der Diktatur

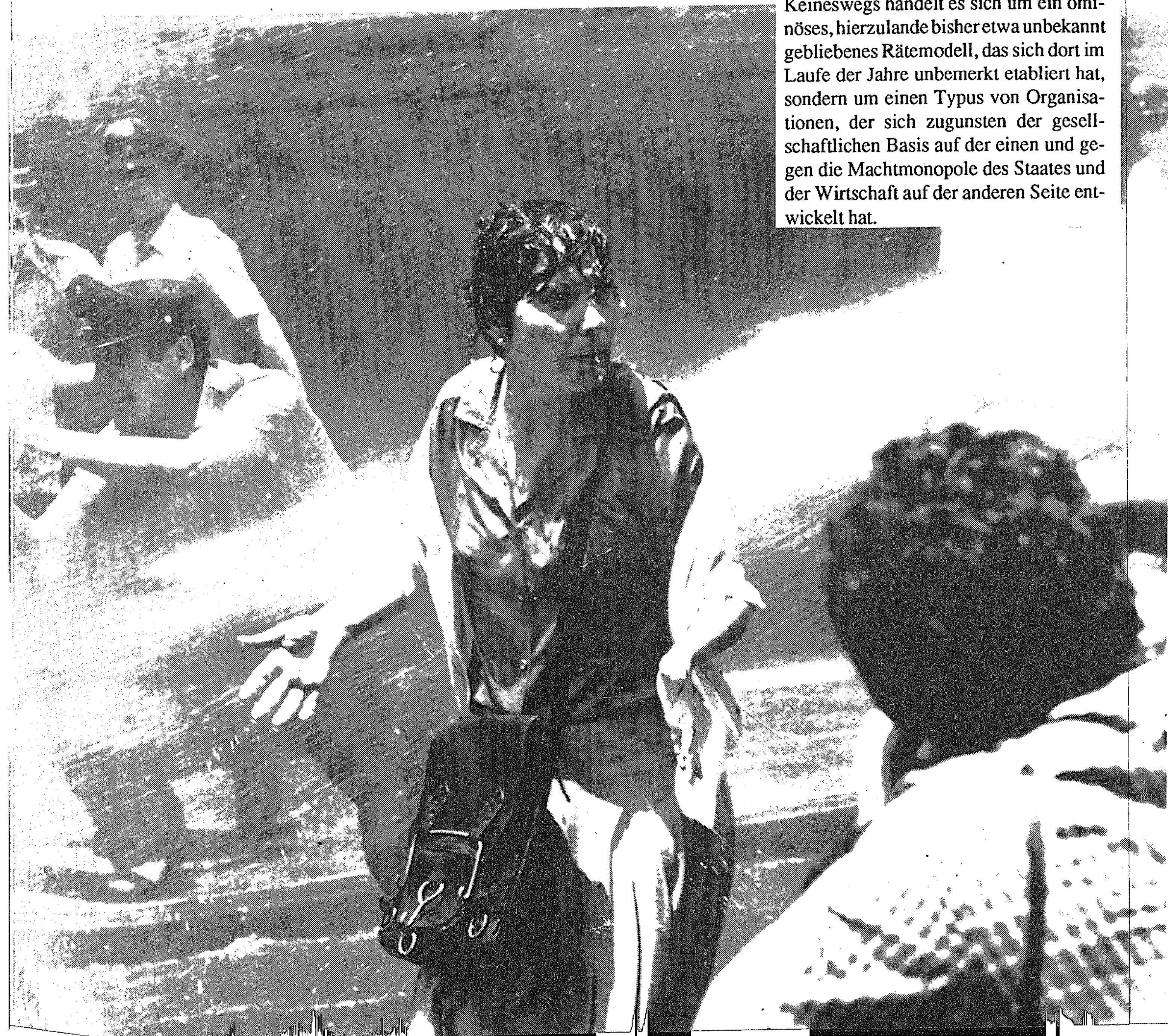
von Boris Scharlowski

Aus konsequent antistaatlicher Perspektive stellt das Thema Nichtregierungsorganisationen kein einfaches Thema dar. Sie zielen nicht per se auf die Überwindung der Institution Staat ab. Das hindert sie aber nicht daran - zumindest in bestimmten historischen Momenten - eindeutig antistaatliche Arbeit zu leisten. Und: in ihrem eindeutigen Engagement zugunsten der Basis haben sie lange Zeit deutlich emanzipatorische Arbeit geleistet. Dies war zu einem guten Teil auch deshalb möglich, weil sie nicht in das traditionelle Schema von (partei-) politischem Engagement paßten und damit vor allzu einschneidenden Formen der Repression seitens der jeweiligen Diktaturen Lateinamerikas weitestgehend geschützt waren. Dieses scheinbar rein soziale Engagement verschaffte ihnen einen relativ großen Spielraum für eine intensive bewußtseinsbildende Arbeit und eine lokale, regionale oder nationale Koordination der Ausdrucksformen der Basis.

Gerade heute, wo, wie im Falle Chiles, die Utopien einer nachhaltigen Demokratisierung des Landes von unten mehr und mehr zu schwinden beginnen, klagen diejenigen von ihnen, die sich noch den alten Zielen verpflichtet fühlen, ihr Modell einer partizipativen und sozialen Demokratie mit Nachdruck ein. Unversehens sehen sie sich als NICHT-Regierungsorganisationen in einer ungewollten (für manche nicht unerotischen, da evt. einträglichen) Nähe zu den Organismen, die ebenfalls seit Jahren auf Entstaatlichung drängen: der Weltbank, dem IWF ....

*

In Chile wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern hat sich im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte ein gesellschaftliches Subjekt herausgebildet, das in vielem die ursprünglichen Funktionen des Staates und seiner tragenden Institutionen (Parteien etc.) übernommen hat. Keineswegs handelt es sich um ein ominöses, hierzulande bisher etwa unbekannt gebliebenes Rätemodell, das sich dort im Laufe der Jahre unbemerkt etabliert hat, sondern um einen Typus von Organisationen, der sich zugunsten der gesellschaftlichen Basis auf der einen und gegen die Machtmonopole des Staates und der Wirtschaft auf der anderen Seite entwickelt hat.



Gemeint sind die Nichtregierungsorganisationen (NRO), deren Benennung auf dieser Seite des Ozeans leicht zu Mißverständnissen führen kann. Es handelt sich um die in der entwicklungspolitischen Terminologie als *'counterparts'* bezeichneten Organisationen, die im Trikont als Partner der hiesigen "Entwicklungshilfe"-NROs fungieren, dabei aber hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Funktion und Bedeutung eine andere Rolle spielen.

Diese Organisationen befinden sich seit dem Ende der Diktatur in einem extremen Spannungsfeld. Der Rahmen der beginnenden politischen Demokratisierung vor dem Hintergrund des neoliberalen Wirtschaftsmodells deutet zwei mögliche Szenarien für die Entwicklung der chilenischen Gesellschaft an. Auf der einen Seite bestand und besteht immer noch die Hoffnung auf eine kontinuierliche Entwicklung hin zu einer tatsächlichen politischen und sozialen Demokratie, eine momentan immerhin recht utopisch wirkende Perspektive. Auf der anderen Seite droht die ungehemmte Fortsetzung des in Chile mehr als bekannten Modells neoliberaler sozialer Repression. Diese Situation beginnt tief in die Strukturen der NROs hineinzuwirken, da sie grundsätzlich die Frage nach deren Verhältnis zur politischen Macht im Staate als auch zu den darwinistischen Gesetzen der Marktwirtschaft im freien Fall stellt. Im weiteren geht es um die Chancen die diesen ursprünglich emanzipatorischen Institutionen eingeräumt werden können.

Ein neues gesellschaftliches Subjekt

In Chile hießen noch bis zur Mitte der achtziger Jahre die NROs 'Unterstützerorganisationen' (instituciones de apoyo). Der neue Begriff der NRO kam von außen. Er wurde von der UNO ins Spiel gebracht, oder wie es Cristina Có von der von Paolo Freire mitbegründeten CEAAL (Consejo de Educación de Adultos de América Latina) ausdrückt: "Wir haben uns selber nicht so genannt, die UNO hat uns so getauft". So dauerte es einige Zeit, bis die betreffenden Organisationen die neue Bezeichnung, die keinen Unterschied machte zwischen im Dienste der Basis engagierten Organisationen und dem Roten Kreuz, für sich akzeptierten.

Aber mit der Zeit (Ende der achtziger Jahre) wurde der Benennung eine positive Seite abgewonnen. Fernando Ossandón von ECO, Educación y Comunicaciones: "Dann stellten wir fest, daß wir eigene Dinge, ein eigenes Profil beizusteuern haben. Darunter verstehe ich, daß die NROs bestimmte fachliche Kenntnisse, bestimmte Themen, die Möglichkeit zur reflexiven Analyse und die Fähigkeit, die verschiedenen Basisinitiativen mit dem Rest der Gesellschaft zu vernetzen, einbringen können. Dieses sind die Fähigkeiten, die wir besitzen und die die übrigen sozialen Organisationen nicht besitzen."



Foto: R. Maro

Im chilenischen Kontext versteht man traditionell unter NRO einen Typ von Organisation, der eine vom Staat unabhängige Finanzierung vorweisen kann (auch wenn sich hier neuerdings einiges zu ändern beginnt), von keiner Partei abhängig ist und dessen Engagement der Unterstützung und Vernetzung der Basisorganisationen d.h. der sozialen Bewegungen gilt. In den Zeiten Pinochets erkannte man sie an ihrer entschiedenen Gegnerschaft zum diktatorialen Regime; im besten Sinne waren sie *Nicht*-Regierungsorganisationen. Ihre Aktivitäten sind heute mehr denn je auf einen demokratischen, *sozialen* Wandel ausgerichtet, jenseits einer lediglich politisch-parlamentarischen Demokratisierung. Es geht primär um die Überwindung der Ausbeutung und die Verwirklichung der Menschenrechte.

Dennoch präsentieren sich die chilenischen NROs, trotz dieser Gemeinsamkeiten, recht disparat. Sie sind in den verschiedensten Tätigkeitsfeldern aktiv (Forschung, Erziehung, Gesundheit, Frauen, Saisonarbeiter und in verstärktem Maße den Basismedien...). Ihre Größe variiert zwischen Organisationen mit einer handvoll MitarbeiterInnen (z.B. ICAR, einer NRO, die sich um die Organisierung der LandarbeiterInnen kümmert) bis zu solchen mit über 100 (z.B El Canelo de Nos). Selbst ein einheitlicher rechtlicher Status, der ihnen in einem Land, in dem die Übergriffe des Staates auf der Tagesordnung standen, einen gewissen Schutz bieten könnte, blieb ihnen bisher verwehrt.

Nicht-Regierungsorganisationen par excellence

In Chile entstanden erstmals den heutigen NROs ähnliche Organisationen Ende der sechziger Jahre während der Regierung Frei. Das eigentliche Entstehen der NROs ist eng mit der Diktatur und gleichzeitig der sich ausdehnenden "Entwicklungs"-Hilfe seitens des Nordens Ende der siebziger Jahre, die zu einem Gutteil aus den Solidaritätsaktionen gespeist wurde, verbunden. Cristina Có: "Der Ursprung der NROs ist in den diktatorialen Regimes zu suchen. Die NROs hatten sich die Aufgabe gesetzt, den Diktaturen entgegenzusteuern, den Staat anzuklagen, ihn in bestimmten Bereichen zu ersetzen."

Die ersten NROs wurden gegründet, weil jene gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, Parteien....), die sich zugunsten der gesellschaftlichen Basis hätten engagieren können, aus gegebenen Gründen nichts unternahmen oder unternehmen konnten. Abgesehen von einigen eher individuellen Formen der staatlichen Unterstützung nach dem Subsidiaritätsprinzip (z.B. bei der Wohnungsvergabe), gab es keinerlei Initiative des Staates zugunsten der Basis. Vielmehr war die Repression gegen die Unterklassen und deren gesellschaftliche Ausgrenzung erklärte Politik des Regimes. Das staatliche Erziehungs- und Gesundheitssystem wurde zum fast vollständigen Zusammenbruch geführt. In anderen Sektoren des unter Allende vorbildlichen Sozialsystems waren die Wirkungen kaum weniger fa-

tal. Zudem fehlte hinsichtlich der gesellschaftlichen Basis jegliche Form kritischer analytischer Reflexion oder wissenschaftlicher Forschung.

Zunächst wurden die NROs deutlich von den Kirchen finanziell gefördert. Deren gesellschaftliche Bedeutung gewährte den kleineren NROs einen gewissen Schutz. Aus den Kirchen heraus bildeten sich Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte. (Pro Paz, Vicaría de la Solidaridad,). Ihre Aufgabe war die Unterstützung der Bewegungen in den Elendsvierteln, den poblaciones.

Während der Diktatur erfüllten die NROs in manchen Fällen Stellvertreterfunktionen für Parteien oder soziale Organisationen. Außerdem bildeten sich in den NROs viele der sozialen und politischen Aktivisten heran. Sie stellten Orte dar, an denen entscheidend an der Entwicklung neuer politischer Ideen diskutiert und gearbeitet wurde

Die Demokratisierung und die Folgen

Grundsätzlich hat der Wandel hin zur Demokratisierung einige fundamentale Veränderungen für den nicht-staatlichen Sektor bewirkt: Neben einem deutlichen Rückgang der internationalen "Entwicklungs"-Hilfe haben die sozialen Basisbewegungen und die mit ihnen verbundenen NROs im offiziellen gesellschaftlichen Kräftespiel deutlich an Einfluß und Dynamik zugunsten der parlamentarischen Kräfte verloren. Und: Die Beziehungsgeflechte zwischen den NROs und anderen Trägern der chilenischen Gesellschaft sind komplizierter und enger geworden. So hat sich vor allem der Kontakt zum Staat und den Parteien grundsätzlich geändert.

Die versickernde "Entwicklungs"-Hilfe

Viviana Erazo von Fempress, der einzigen lateinamerikanischen Presseagentur von Frauen für Frauen, umreißt das Problem: "Für die chilenischen NROs stellt sich jetzt das Problem, daß die europäischen Kooperationspartner es vorziehen, Projekte in Osteuropa statt in Lateinamerika zu finanzieren."

Zu Beginn der Demokratisierung konnten die NROs noch rund 55 Mio $ aus internationalen Mitteln kanalisieren. Diese Summe beinhaltete auch Gelder von auswärtigen Regierungen, die damals noch nicht mit der chilenischen Regierung kooperieren wollten.

Während bilaterale staatliche Entwicklungsgelder mittlerweile nahezu ausschließlich über staatliche chilenische Institutionen z.B. FOSIS, dem Fondo de Solidaridad y de Inversión Social (Solidaritäts- und sozialer Investitionsfonds), kanalisiert werden, hat gleichzeitig die private zumeist direkte internationale Hilfe für chilenische Organisationen deutlich abgenommen. Weltweit wird davon ausgegangen, daß Chile durch das Ende der Diktatur und die im lateinamerikanischen Kontext relativ stabile wirtschaftliche Situation bei der "Entwicklungs"-Hilfe keine erste Priorität verdient. So decken die NROs mittlerweile, d.h. seit Ende der Diktatur, einen bedeutenden Teil ihrer Finanzierung über staatliche Mittel ab. Dies macht sie auf der pragmatischen Ebene zu Beteiligten staatlicher Sozialpolitik.

Insgeheim wird darauf gehofft, daß sich diese Entwicklung wird umkehren lassen. Aber: "Wir wünschen nicht, daß die entwicklungspolitischen Entscheidungen unserer Gesprächspartner auf seiten der im Norden angesiedelten Hilfsorganisationen nur aus individuellen Abmachungen mit bestimmten NROs oder lediglich Gesprächen mit der chilenischen Regierung entstehen. Stattdessen erhoffen wir uns, daß die Chile betreffenden Entscheidungen von allen Betroffenen gemeinsam getroffen werden", so Gonzalo de la Maza, der Direktor der CNO, der Coordinadora Nacional de Organizaciones No-Gubernamentales (Nationale Koordinierungsstelle für NROs). Dies wird die einzig wirksame Methode sein, einem zunehmenden, hemmungslosen Wettlauf zwischen den NROs um die weniger werdenden Mittel vorzubeugen und eine gemeinsame Aktion z.B. gegenüber staatlichen Institutionen zu erreichen. Bis dahin werden sich die NROs zunehmend um neue Möglichkeiten der Eigenfinanzierung kümmern müssen, ein Feld auf dem der neue Typus der noch vorzustellenden Consulting-NROs mit seinem marktorientierten Profil einen deutlichen Vorsprung hat.

Parteilich oder parteiisch?

In vielen Ländern Lateinamerikas ist traditionell das Politische an die Existenz der Parteien gebunden. Seit einiger Zeit beginnt sich das zu ändern. Die emanzipatorischen Veränderung in den Gesellschaften Lateinamerikas gehen heute weniger denn je von den Parteien aus. Es sind die jeweiligen sozialen Bewegungen, die sich gegen sie erheben. Sei es die brasilianische Frauenbewegung gegen die PT (die Arbeiterpartei), die peruanische Basis gegen die Izquierda Unida (die Vereinigte Linke), oder die unabhängigen Frauenorganisationen gegen die AMNLAE (die nicaruguanische Frauenorganisation) und die FSLN. Die auch für weite Teile der Linken typische Form des (partei-) politischen Mandats, das zunehmends dazu beigetragen hat, daß sich die Repräsentanz von den eigentlichen Problemen der Basis entfernt hat, wird von den Bewegungen thematisiert.

Wenig erstaunlich, da auch in Lateinamerika das klassische Politikmodell offensichtliche Ermüdungserscheinungen aufzuweisen beginnt. Den Parteien (auch und im speziellen den linken) wird ihr virulenter Machismus vorgeworfen, ihr Festhalten an Ideologismen, ihre Geringschätzung der in den sozialen Bewegungen gemachten Erfahrungen. Und, um so erstaunlicher, der Überdruß im Volk geht scheinbar an weiten Teilen der Linken unbeachtet vorüber: Gerade in dieser Zeit

Foto: R. Maro



einer eindeutigen Krise versuchen viele der ehemals starken Guerillabewegungen ihr zweites Bein in die jeweiligen parlamentarischen Elfenbeintürme zu kriegen.

In Chile ist die Situation nicht deutlich anders. Jaime Durán, Generalsekretär der MIDA, gibt selber zu: "Trotz der offiziellen Definition wurde bisher die vollständige Integration der Unabhängigen und der sozialen Bewegungen in der Führungsebene der MIDA noch nicht erreicht". Aber: "Die Beziehung zwischen den Politikern und den sozialen Bewegungen ist eine Herausforderung, die diese neue Kraft von Anfang an annehmen muß".

Vor allem die etablierten Parteien haben sich allerdings längst das Phänomen der NROs auf ihre Weise zunutze gemacht.

Und die Basis?

Die Rolle der NROs ist in der letzten Zeit auch bei uns deutlich in das Kreuzfeuer der Kritik geraten. Hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den Basisorganisationen wird ihnen vorgeworfen, die NROs zeigten ihnen gegenüber deutlich paternalistische Strukturen. Und: Durch die NROs würde einem System Vorschub geleistet, das man mit dem Begriff 'Klientelismus' (Möller) umschreiben kann. Basisgruppen hätten demnach als Gegenleistung für die Leistungen der NROs mit einer entsprechenden (ideologischen oder andersgearteten) Willfährigkeit zu reagieren. Ein existenzielles Interesse seitens der NROs an dieser Abhängigkeit stünde einer nachhaltigen Veränderung der Situation entgegen.

Es ist keine Frage, daß diese Kritik in vielen Fällen von NROs angebracht ist. Viele der chilenischen NROs, so z.B. jene, die sich im Bereich der alternativen oder der Basismedien engagieren, scheinen sich allerdings in einem etwas anderen Koordinatensystem zu bewegen.

Bemüht man sich um eine Abgrenzung des Phänomens NRO von dem der Basisorganisation, so kann man unter dem ersten eine Form der Institution sehen, die sich (hoffentlich!) zugunsten der Basis engagiert und unter dem zweiten eine Gruppe, die sich für ihre eigenenen Interessen einsetzt. So eindeutig - des höheren Grades an Autonomie wegen - das Votum zugunsten der letzteren ausfallen müßte, gibt es dennoch einige Gründe, die unter den derzeitigen Bedingungen in Chile für eine Funktionsaufteilung zwischen NROs und Basisorganisationen sprechen.

Dabei ist der Hauptgrund für eine derartige anwaltschaftliche Funktion der NROs zu allererst im Norden zu suchen: Viele der großen NROs aus dem Norden sind aufgrund des höheren Verwaltungsaufwands nicht bereit, mit kleineren Organisationen zu kooperieren. Die Süd-NROs dienen ihnen beim Zugang zur Basis als Vermittlungsagenturen. Hier gilt es dringend einen Schnitt zu machen.

Aber auch wenn man bestimmten NROs tatsächlich ein unleugbares Interesse an der Erhaltung des gegenwärtigen Systems unterstellen kann, so spricht doch zumindest im chilenischen Fall einiges für ein befristetes Fortbestehen. In der chilenischen Gesellschaft, in der die emanzipatorischen Kräfte zunehmends an Bedeutung zu verlieren drohen, ist heute mehr denn je eine Vernetzung der Initiativen von unten entscheidend. Dies stellt offensichtlich die alleinige Chance dar, sich der sich abzeichnenden Erstarrung der demokratischen Ansätze in einem System parlamentarischer Demokratie nach westlichem Muster zu widersetzen. Dies ist aber unter den derzeitigen Bedingungen in einem Land, in dem über die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, von den Mitgliedern der Basisorganisationen nicht leistbar. Weder besitzen sie heute die finanzielle Ausstattung noch das entsprechende Know-how, um diese Arbeit durchzuführen.

Das Beispiel der Red de Prensa Popular, das Netzwerk der chilenischen Basispresse, das erst durch die Hilfestellung der NRO ECO - Educación y Comunicaciones entstehen konnte, ist einer der vielen Belege für diese These. Oder aber die vielfach geleistete Hilfe bestimmter NROs im Bereich der Fortbildung der Mitglieder der Basisorganisationen im Bereich der Selbstorganisation.

Zudem geht gerade in Chile das Verständnis einiger NROs, das sie auf die Funktion der Selbsthilfeförderorganisation (also einer Organisation, die eine Basisorganisation in ihrem Autonomiebestreben fördert), festlegt, eindeutig hinaus. Ihr Dienst an der Basis ist von einem breiteren Verständnis getragen. Dafür stehen NROs wie ILET und CENECA. Sie greifen die kritische Analyse von gesellschaftlichen Themen (Partizipation und Demokratie, Medien und multinationaler Imperialismus...) auf, die ohne den entsprechenden Grad an Professionalisierung im Rahmen einer Basisorganisation nicht geleistet werden könnte und die dort weder von den Universitäten noch anderen Institutionen unternommen wird.

Interner Paradigmenwechsel

Gerade bezüglich einer Veränderung seit Anbeginn der Demokratisierung ist Vorsicht geboten. Denn innerhalb der NRO-Landschaft hat sich grundlegendes getan. Mit den Worten Gonzalo de la Mazas läßt sich sagen: "Es entstehen neue Körperschaften, die formal als NROs - ein Kürzel, das alles zuläßt - bezeichnet werden, deren Wesen sich allerdings deutlich von den NROs der vorhergehenden Jahre unterscheidet".

Gemeint ist das Entstehen neuer Typen von NROs. Ein Teil von ihnen geht direkt den Pakt mit den Parteien ein oder ist von diesen gar gegründet worden. Während dies den NROs ein gewisses Auskommen sichert, bedeutet dabei die Verbindung mit den NROs für die Parteien einen weitaus leichteren Zugang zur Basis, die sich erst wieder an die Existenz von Parteien gewöhnen muß.

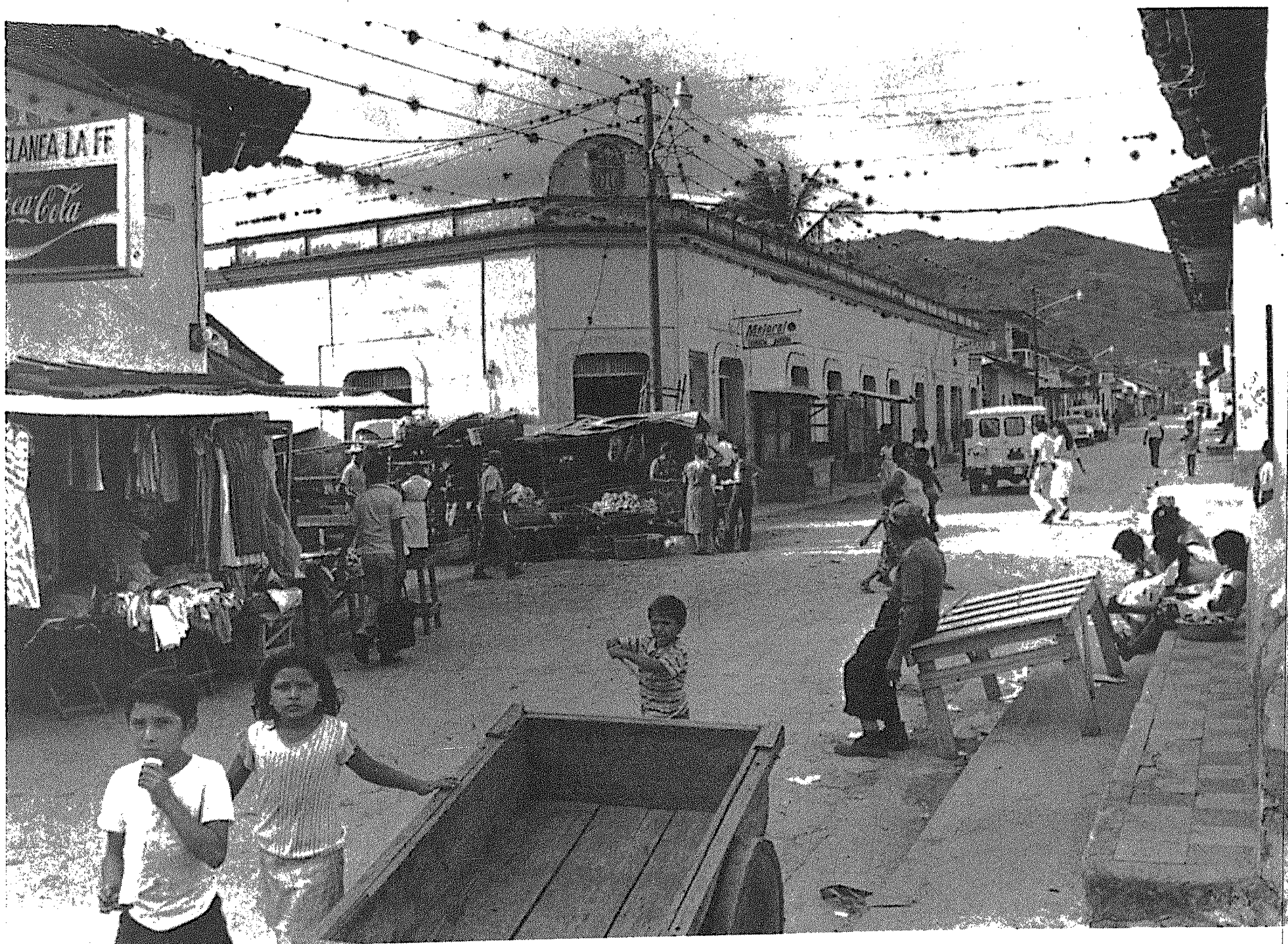
Auch bei einem anderen neuen Typus von NROs handelt es sich im Grunde um nichts anderes als Consultingfirmen, die über diesen Umweg versuchen, an die immer reichlicher fließenden staatlichen Gelder zu kommen. Im Gegensatz zu den parteigebundenen NROs ist ihre Ausrichtung weitaus technokratischer, ihr Funktionieren unterliegt rein marktwirtschaftlichen Gesetzen.

Staat oder Leben!

Die NROs als gesellschaftliches Subjekt befinden sich in einer durchaus schwierigen Situation. Die meisten von ihnen wurden während der Diktatur gegründet und haben ihr Profil im jahrelangen Kampf gegen die politische und soziale Ausgrenzung des Großteils der chilenischen Bevölkerung gewonnen. Im besten Sinne waren sie Nicht-Regierungsorganisationen. Heute gerät diese Handlungsperspektive zunehmend ins Wanken. Der solange herbeigesehnte nachdiktatoriale Staat ist da und bietet sich immer häufiger als Kooperationspartner bei der Projektarbeit an.

Und das, obwohl es seitens des Staates derzeit noch keine zusammenhängende Politik bezüglich der NROs gibt. Es sind zwei gegensätzliche Positionen bezüglich der NROs auszumachen: Eine Position, die die Arbeit der NROs und deren Rolle hinsichtlich der Zivilgesellschaft, ihre Professionalität etc. für die Entwicklung der chilenischen Gesellschaft anerkennt. Und eine andere, der erstgenannten entgegengesetzte die weiterhin die Arbeit der NROs als in Konkurrenz zum Staat stehend ansieht.

Vor dem Hintergrund der ausbleibenden internationalen Hilfe stellen die Offerten des Staates ein nachgerade verführerisches Angebot dar. Dennoch sind sie für viele NROs ein Danaergeschenk. Denn die Projektgestaltung trägt häufig die Handschrift des zuständigen Ministeriums oder des FOSIS. Nicht nur daß die so verteilten Gelder immer häufiger zugunsten der privaten Consultingfirmen, die



sich in traditionelle Sektoren der NROs wagen, ausgeschüttet werden, sondern die Auswahlkriterien für die Projekte haben meistens einen deutlich quantitativ-technokratischen Charakter. Diese Kriterien widersprechen allerdings grundlegend dem klassischen Profil der NROs, die in ihrer jahrelangen Arbeit Formen sozial-politischer Unterstützung entwickelt haben, die den qualitativen Aspekt deutlich hervorheben.

Die NROs können und, aufgrund ihrer häufig finanziell mehr als schwierigen Situation, müssen sich somit zwar auf das finanzielle Angebot einlassen, laufen aber damit Gefahr, zu Beteiligten im staatlichen Plan der Privatisierung des Sozialsektors zu werden. Häufig gerät ihre Arbeit so ohne ihren Willen zum Akt neoliberalen Handelns. Oder wie es Gonzalo de la Maza ausdrückt: "Die NROs werden von staatlicher Seite als private Vollstrecker der Sozialpolitik angesehen. Jeglicher Versuch, die NROs als Projekte mit einer eigenen, autonomen Identität zu akzeptieren, werden abgetan." Soweit zur Identitätskrise der chilenischen NROs.

Erfüllungsgehilfen des Neoliberalismus?

Die NROs sind Organisationen, deren Selbstverständnis sie dazu verpflichtet, auf die Herbeiführung von gesellschaftlichen Zuständen hinzuwirken, die ihre eigene Existenz überflüssig machen. Der Staat soll dazu gezwungen werden, wieder die ihm zugeschriebenen Verantwortlichkeiten im sozialen Sektor zu übernehmen. Obwohl die chilenischen NROs zu Zeiten der Diktatur massiv am Aufbau paralleler Strukturen zu denen des Staates beteiligt waren, zielte und zielt ihr Wirken nicht per se auf die Überwindung der Institution Staat. Durch die eindeutige Betonung der sozialen Komponente gegenüber der technokratisch-parlamentarischen ist ihre Vorstellung von der Demokratisierung des Landes derzeit zwar immer noch deutlich verschieden zu der in Chile herrschenden. Gleichzeitig befinden sie sich aber auch nicht in radikaler Opposition zu dem neuen Herrschaftsmodell. Die Regierung der Concertación des Präsidenten Patricio Aylwins wird seitens der NROs als Verhandlungspartner angesehen. Ihre Kritik stellt die Option der Regierung für das neoliberale Modell als herrschendes Wirtschaftssystem in Frage, unterstützt aber deren Vorstöße hinsichtlich der politischen Demokratisierung des Landes.

Ihre eigene labile wirtschaftliche Situation, die vor allem durch das Ausbleiben der internationalen Unterstützung entstanden ist, macht manche von ihnen auf der Suche nach alternativen Formen der Finanzierung für Angebote seitens des Staates empfänglich. Die Gefahr, in die sie sich dabei begeben, ist, daß sie unter dem Druck der staatlichen Institutionen ihr eigenes Profil einer alternativen Form des sozial-politischen Engagements zugunsten der qualitativ-technokratischen Vorstellungen staatlicher Träger opfern müssen. Auf diesem Wege der Privatisierung staatlicher Sozialpolitik bleibt den NROs nichts anderes übrig, als die Rolle eines Erfüllungsghilfens des neoliberalen Modells einzunehmen. Zu wünschen wäre es ihnen nicht.

Anmerkungen

Die CEAAL ist ein kontinentaler, thematischer Zusammenschluß von NROs mit Sitz in Santiago. Sie stellt die bei weitem größte und repräsentativste Koordinationsstelle lateinamerikanischer NROs im Bereich der Volksbildung (comunicación popular) dar.

ECO - Educación y Comunicaciones ist eine der wichtigsten chilenischen NROs im Bereich der Kommunikation. Sie hat den Begriff der Basismedien entscheidend geprägt und engagiert sich dort seit Ende der siebziger Jahre.

zum Demokratiebegriff s. Schwarzer Faden 1/93, Comunicación popular - dem herrschenden Diskurs entgegen, S. 44.

s. dazu Schwarzer Faden Nr 1/93

Das Movimiento de Izquierda Democrático Allendista (MIDA = Bewegung der demokratischen, allendistischen Linken) ist ein Zusammenschluß aus sieben linken Parteien, deren wichtigste Vertreterin die PC ist. Die MIDA steht in Opposition zum regierenden Bündnis der Concertación Patricio Aylwins.

Gustavo Esteva, Bedrohlicher als die alten Fortschrittsexperten, epd-Entwicklungspolitik 14/15, 1988, Neuabdruck in ila 164, April 1993. Kritisiert wird dort das Entwicklungsmodell der lateinamerikanischen NROs.

Alois Möller, Klientelismus und Schenkungsmarkt, Ein Beitrag zur NRO-Debatte, epd-Entwicklungspolitik 20/21, 1992.

ila Nr 164, April 1993.

Alois Möller op. cit.

s. dazu Schwarzer Faden Nr 1/93 Dort wurde die Red de Prensa Popular ausführlich vorgestellt.

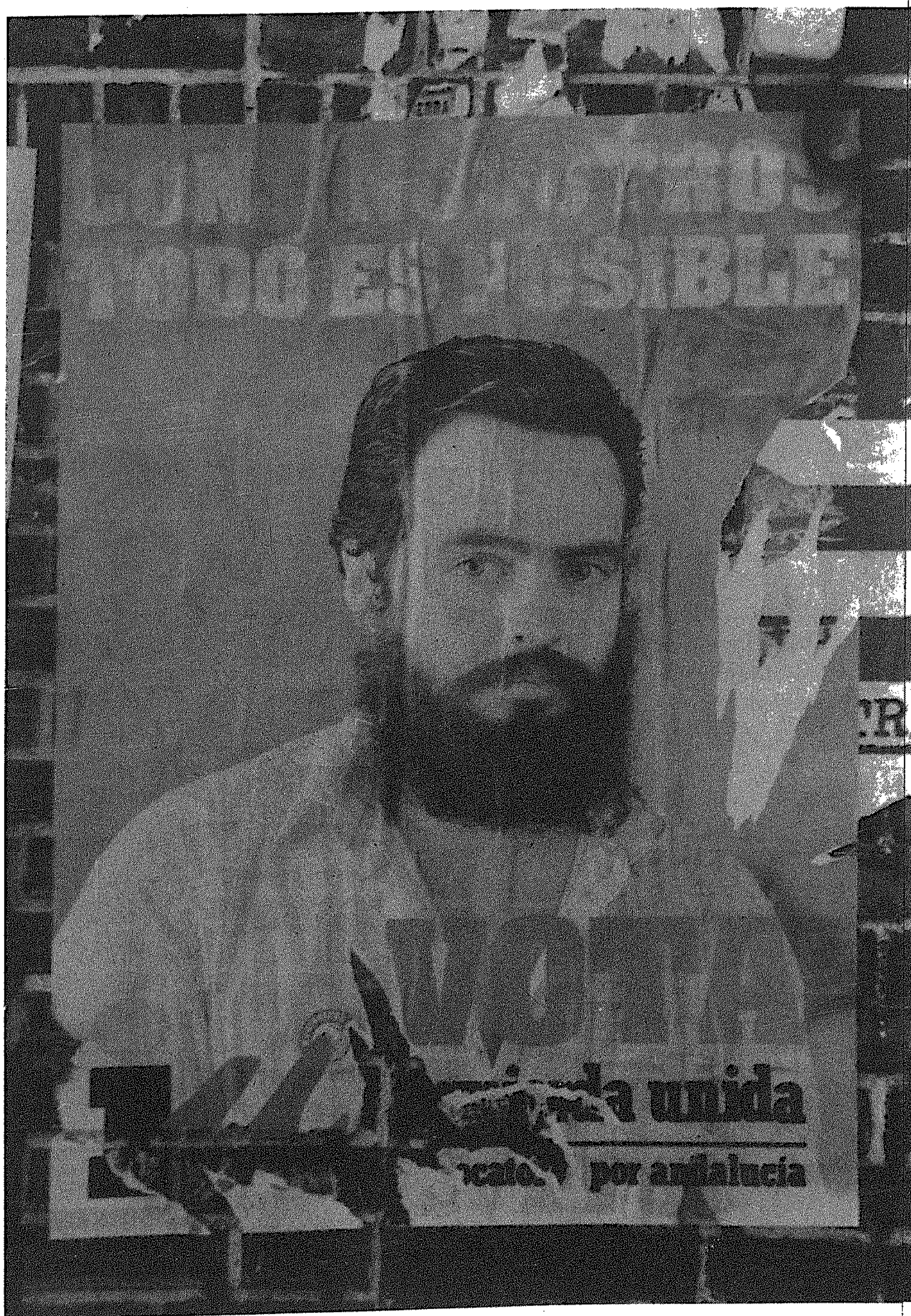
ILET ist die Abkürzung von Instituto de Estudios Transnacionales (Institut Transnationaler Studien). Außer in Chile gibt es Dependancen in Mexico und Argentinien. ILET arbeitet seit Jahren zu Themen wie dem Einfluß der multinationalen Konzerne auf regionale Medien Lateinamerikas.

CENECA - mit Sitz in Santiago untersucht schwerpunktmäßig die Rolle medialer Rezeption.



Foto: R. Maro

"Wir wollen keine Almosen"



Alle Fotos: Reiner Wandler

Interview mit Juan Manuel Sànchez Gordillo Vorsitzender der andalusischen Landarbeitergewerkschaft SOC

von Reiner Wandler

Angezogen von den vielen Erzählungen über ein kleines Dorf in der andalusischen Sierra Sur, fuhr auch ich hin. Ich wollte diese Atmosphäre, die an Nicaragua erinnere, diese andalusischen Asterixe und Obelixe, als die sie mir mit glänzenden Augen beschrieben wurden, selber kennenlernen. Für nicht Eingeweihte (die anderen haben es jetzt bereits erraten): die Rede ist von Marinaleda, einem 1800 EinwohnerInnen zählenden Dorf im Süden Spaniens.

Was es von anderen Dörfern seiner Größe unterscheidet? Es wird tatsächlich demokratisch verwaltet. Wie das aussieht? Wie es dazu kam? Um dies aus berufenen Munde zu erfahren, reiste ich mit Hochgeschwindigkeit nach Sevilla, dieser Stadt, in der der EXPO sei Dank, selbst die Bushäuschen und das C&A im postmodernen Stile erbaut sind. Von dort ging es dann mit andalusischer Gemächlichkeit im Überlandbus nach Marinaleda, auf halber Strecke zwischen der andalusischen Hauptstadt und dem Tourismusziel schlechthin, Granada, gelegen.

Einmal angekommen, verläßt der durch die Reise und Hitze etwas geschwächte Revolutionstourist den Bus und hat ein Gefühl, wie mensch es aus den Western von Sergio Leone kennt. Der Held allein auf der Hauptstraße eines fremden Dorfes, dem staubigen 40 Grad heißen Wind ausgesetzt. Kurzer Blick in die Gegend und das Herz schlägt höher, der Blick fällt auf ein Straßenschild: Avenida de la Libertad, Freiheitsavenue, verkündet es stolz. Jetzt weiß der Städter, wo er ist. Hier in dieser Straße befindet sie sich, die Zentrale der Subversion, das Büro der Landarbeitergewerkschaft, "Sindicato de Obreros del Campo" (SOC), Organisation der Tagelöhner gegen die mittelalterlichen Besitzverhältnisse in diesem Teil des spanischen Staates.

Wo steckt Juanma?

Also nichts wie hin. Im Erdgeschoß der Gewerkschaftszentrale befindet sich, wie kann es anders sein, nein - kein Buchladen, sondern eine Bar. Ist mir im Moment auch lieber. Erst mal ein Tubo (so heißt hier das große Bier, oder das, was mensch in dieser Gegend dafür hält). Ich falle gleich auf, "un guiri", wie hier die Touristen abschätzig genannt werden, betritt nicht alle Tage das Dorf. Ich erzähle dem Menschen an der Bar, etwa 50, graue Haare, wer ich bin, und wozu ich gekommen sei. Ehe ich recht ausgetrunken habe, sitze ich in einem Auto und werde durch das Dorf gefahren. Den Bürgermeister finden wir zwar nicht, "ist immer noch in Sevilla wegen einer Hausbesetzung", heißt es, dafür werden mir im Schnelldurchlauf alle wichtigen Einrichtungen des Dorfes, wie Freiluftdisco und das Gemeindezentrum, in dem sich die politischen Initiativen versammeln, gezeigt und ein Besuchstermin mit dem lokalen Radio vereinbart. Mehr könne man im Augenblick nicht für mich tun, so mein Begleiter, aber der Bürgermeister, Juan Manuel Sanchez Gordillo, kurz Juanma, sei morgen früh im Rathaus. Es scheint so, als wissen hier immer alle wo "unser Bürgermeister" gerade steckt. Die Frage nach einer Übernachtungsmöglichkeit wird abschlägig beantwortet: Nein, Pensionen oder andere Übernachtungsmöglichkeiten gäbe es im Dorf nicht. So mache ich mich per Anhalter in den Nachbarort Estepa, einem mittelalterlichen, durch seine Weihnachtsbäckereien berühmten, Städtchen auf.

Der Bürgermeister

Am nächsten Morgen treffe ich den vielbeschäftigten, 38-jährigen Bürgermeister und Vorsitzenden des Exekutivkomitees der SOC im Rathaus an. Besonders begeistert ist er von der Idee ein Interview zu geben nicht; gesteht mir dann jedoch eine halbe Stunde zu. Zu seiner Person möchte der studierte Geschichts- und Literaturlehrer nicht viel sagen, die Sache sei es, worum es ihm gehe. Dann läßt er doch noch so etwas wie einen Lebenslauf heraus, dieser natürlich streng politisch gehalten: gebürtig in Marinaleda, Sohn einer Landarbeiterfamilie, abgeschlossenes Studium als Grundschullehrer für Sprache, Literatur und Geschichte, obwohl er den Beruf nie ausgeübt hat. 1974 tritt er der kurz zuvor im antifrankistischen Untergrund entstandenen SOC bei, der er mittlerweile vorsteht. Seit 1979 ist er ununter-brochen Bürgermeister in Marinaleda. *"Ich war tatsächlich an sämtlichen Aktionen unserer Gewerkschaft beteiligt, d.h. zwischen 30 und 40 Hungerstreiks, bis hin zu einer Unmenge von Gutsbesetzungen."* Fügt der bärtige, etwas verschlossen wirkende Mann bescheiden hinzu. *"Mehr gibt es nicht. Außer vielleicht, daß ich versuche, das, was ich vertrete, und das, was ich mache, in Einklang zu bringen. Ohne diese Übereinstimmung zwischen Theorie und Praxis werden wir keine gerechteren Organisationsstrukturen aufbauen und erst recht keine andere Gesellschaft."* Er redet gerne von "wir", wenn er von Politik spricht.

Sein Amtszimmer weist außer einem Telefon keine technischen Errungenschaften des modernen Lebens auf. In den Bücherregalen häufen sich neben verschiedensten politischen Theoretikern Bücher über Unterentwicklung, dazwischen allerdings auch leichtere Kost. Mehrere Bände mexikanischer Märchen fallen mir besonders auf. Den Schreibtisch zieren Zeitungsausschnitte zum Dorf, der Gewerkschaft und zur eigenen Person, ganz oben die andalusische Ausgabe der Tageszeitung "diario 16", die ihm an diesem Tag die komplette Rückseite gewidmet hat. Juanma zeigt mir den Artikel grinsend, ein voller Verriß, von "Schmalspurayatollah" und von einem "als Kropotkin wieder auferstandenen Dorf-Khomeini" ist da zu lesen. Die bürgerliche Presse liebt ihn nicht, so scheint es. Wir beginnen unser Gespräch, das von ständigen Anrufen unterbrochen wird, mit der Kommunalpolitik.

"Marinaleda war schon immer ein sehr kämpferisches Dorf. In der Republik und auch im Bürgerkrieg. Danach war, bedingt durch die Repression, erstmal Ruhe. In den letzten Jahren des Frankismus beginnt sich das Dorf erneut zu organisieren. Seither haben wir einen Organisationsgrad erreicht, wie es ihn in der Geschichte des Dorfes vorher nicht gegeben hat." Mit diesen Worten stellt er mir das Dorf kurz vor. Die Verwaltungsstrukturen:

"Wir haben 9 von 11 Gemeinderäten." Die restlichen zwei gehen an die Regierungspartei von Felipe Gonzalez, die "Spanische Sozialistische Arbeiterpartei", die PSOE. *"Diese zwei halten sich aus allem heraus, mehr noch, sie boykottieren, wo sie nur können. Die PSOE ist die Rechte hier im Dorf"*, stellt Juanma fest. *"Naja, das gilt für die PSOE im ganzen Land"*, fügt er nach kurzer Pause hinzu.

"Wir haben eine Art direkte Demokratie aufgebaut, eine Art Gegenmacht des Dorfes gegenüber den etablierten Mächten, gegen die Macht, die die Bourgeoisie auf ökonomischem Gebiet hat, oder ihre politische Macht, die sie mit Hilfe des Staates besitzt. Unser Modell ist die Macht des Volkes, der Armen, der Arbeiter gegen die Bourgeoisie. In diesem Sinne ist die Macht der Gewerkschaft und der Gemeindeverwaltung ein Instrument der Subversion, ein Instrument gegen die Anpassung, gegen die Duldung der herrschenden Verhältnisse. Die Gemeindeverwaltung steht an der Spitze der Kämpfe der Dorfbevölkerung. Wir glauben, daß die Linke dort, wo sie an die Macht kommt, diese im Sinne der Befreiung des Menschen ausüben muß und sich nicht mit der bestehenden Realität abfinden darf. Ein großer Fehler der Linken ist es, daß sie, wenn sie an die Macht kommt, oder irgendeine Form von Verantwortung übernimmt, die Form der Machtausübung der Rechten kopiert. Auf diese Art bremst sie die Forderungen des Volkes und trägt somit zur Herrschaftssicherung bei. Das versuchen wir hier in Marinaleda anders zu machen. Wir streben eine Macht an, bei der das Volk Verwaltung und Wirtschaft, d.h. den Reichtum, in der Hand hat. Wir treten für eine Dezentralisierung der Macht ein, die es den Menschen ermöglicht, über ihr eigenes Leben zu entscheiden", referiert der Bürgermeister im agitatorischen Ton.

Wie das denn konkret aussehe, wollte ich wissen.

Pro Jahr findet mindestens eine Vollversammlung aller EinwohnerInnen statt, erfahre ich. Diese Hauptversammlung trifft alle wichtigen Entscheidungen bis hin zum Gemeindehaushalt und der Höhe der Abgaben. *"Die Leute haben so gelernt, daß ihre Ideen und Entscheidungen Gewicht haben. Die Versammlung beschließt alle Angelegenheiten von Gemeinde und Gewerkschaft. Eine Trennung gibt es nicht. Die Vollversammlung ist das höchste Organ der "Poder Popular", der Volksmacht, wie sie es hier nennen."*

Die Geschäfte unterm Jahr führt die Aktionsgruppe, "Grupo de acción". Sie setzt sich aus 30-35 Personen, Mitgliedern der verschiedenen im Dorf existierenden Arbeitsgruppen, zusammen. So gibt es unter anderen



Gruppen für folgende Bereiche: Feste, Sport, Gewerkschaftliches, Ökologie, Pazifismus. Diese Gruppen tragen die alltägliche Arbeit im Dorf. Sie sind offen für jedermann/frau. Ihre Aufgabe ist die Umsetzung der Beschlüsse der Vollversammlung. Des weiteren existiert der "Senado Popular". Ganz nach nicaraguen-sischem Vorbild treffen sich hier Vertreter aller Straßen des Dorfes. *"Dies ist der Ort für Debatten und Diskussionen über die eigene Realität ohne den Druck alles sofort umsetzen zu müssen. Hier wird der politische Rahmen gesteckt"*, erläutert mein Gegenüber.

"Und die Gemeinderäte?", will ich wissen.

"Sie arbeiten in den verschiedenen Gruppen mit, in jeder Gruppe einer. Der Gemeinderat hat allerdings keine Sonderstellung in diesen Gruppen, sondern ist 'einer mehr'", erfahre ich.

Dies sei ja wohl nicht im Einklang mit der spanischen Verfassung, frage ich.

"Wir haben natürlich Probleme mit den vorgesetzten Stellen, der andalusischen Landesregierung usw.. So wurden des öfteren Beschlüsse der Vollversammlung von höherer Stelle aus angefochten.

Grund: man kann keine Versammlungen auf der Straße abhalten, sondern nur im Rathaus. Nun passen aber nicht alle Einwohner des Dorfes ins Rathaus. Wir haben mittlerweile Wege gefunden, weiterzumachen wie bisher, aber die Legalität zu wahren. So versammeln wir uns jetzt in unmittelbare Nähe des Rathauses. Aber wir haben auch schon Versammlungen auf besetzten Gütern abgehalten. Klar, wir haben Probleme mit dem Gesetz. Ich glaube allerdings, daß wer sich der Legalität unterwirft, nichts verändern wird. Das Gesetz ist der Ausdruck davon, daß es eine herrschende Gruppe gibt, die mit Hilfe der Gesetze ihre Ordnung durchsetzt", lautet die Antwort.

Die SOC und der Anarchismus

Auf meine Bemerkung, daß dies doch alles sehr nach anarchistischer Politik klingen würde, antwortet Juanma nach kurzer Bedenkzeit: *"Unsere Gewerkschaft greift teilweise bei direkten Aktionen und bei den internen Strukturen anarchistische Traditionen auf. Bei uns gibt es keine Unterschiede zwischen den Gewerkschaftsführern, und den von ihnen 'Gefährten'. Die Vollversammlung hat bei uns die höchste Entscheidungsgewalt. Das Hauptmotto, unter dem wir die ganzen Jahre gekämpft haben, ist die Forderung nach Arbeit und Land. Deshalb waren wir auch die erste Gewerkschaft, die hier in Andalusien anfing, Land, das heißt große Güter zu besetzen. Wir haben immer zu gewaltfreien direkten Aktionen gegriffen, von Hungerstreiks über Generalstreiks bis hin zu Aktionen gegen die Mechanisierung der Landwirtschaft, die uns letztendlich die Arbeit nimmt. Wir begreifen uns als eine sozio-politische Gewerk-schaft, wir streben nicht nur eine Landreform sondern gleichzeitig einen radikalen Gesellschaftswandel an. Wir glauben, daß ohne Wandel der Gesellschaft, und damit des Verständnisses dessen was Entwicklung ist, keine wirkliche soziale Gerechtigkeit zu erreichen ist. Man kann unsere Gewerkschaft allerdings nicht als anarchistische Gewerkschaft bezeichnen. Wir haben, wie bereits erwähnt, anarchistische Organisationsstrukturen, die weniger bürokratisch und weniger hierarchisch als die anderer Organisationen sind. Dieser Organisationsaufbau paßt auch ganz gut zur andalusischen Mentalität. Unsere Mitglieder kommen aus allen möglichen politischen Ansätzen: Marxisten, Humanisten, Christen für den Sozialismus und auch Anarchisten."*

"Arbeit und Brot" lautet also das Hauptanliegen der SOC. Der Weg dahin führt für sie über eine Landreform." *Die Landreform ist nach wie vor notwendig hier in Andalusien. Dies gilt nicht nur für Grund und Boden, sondern auch für die Vermarktungsstrukturen*", erklärt Sánchez Gordillo.

Diese Landreform ist eine der ältesten sozialen Forderungen im spanischen Staat. Hier im Süden verfügen 2% der Bevölkerung über 50% des Bodens, eine Konzentration, die höher ist als vor dem Bürgerkrieg. Die einzelnen Ländereien nehmen unvorstellbare Ausmaße an. So besitzt z.B. die Gräfin von Alba über 34 000 Hektar Ackerland.

Die Landwirtschaft ist der einzig produktive Wirtschaftssektor in Andalusien. Ausreichend Einkommen bietet sie allerdings nur wenigen. So kommen die meisten in Marinaleda nur unter allergrößter Anstrengung auf 60 Arbeitstage ihm Jahr, die Hälfte davon in der Olivenernte. Nur wer diese 60 Tage nachweisen kann, hat Anspruch auf die Arbeitslosen-

unterstützung für Tagelöhner, lächerliche 25 000 Peseten im Monat, umgerechnet ca. 320 DM. Von dieser kärglichen Arbeitslosenunterstützung leben in Andalusien etwa 400 000 Menschen. Diese miserable Situation ist wohl der Hauptgrund für die Radikalität der SOC. *"Die Lösung heißt Arbeit, und diese Arbeit muß durch das Land und die weiterverarbeitende Industrie entstehen. Wir brauchen Arbeit und keine Almosen, weil Almosen denjenigen, der sie bezieht, erniedrigen"*, so Juanma.

Landbesetzungen

Eine der wichtigsten Aktionsformen ist die Besetzung brachliegender Güter. Die erste Besetzung nach dem Ende der zweiten Republik datiert vom Jahre 1978.

"Einen Tag und eine Nacht dauerte es bis zur Räumung durch die Guardia Civil", erklärt Juanma. Ihm brachte diese Aktion eine Geldstrafe und zwei Monate Gefängnis auf Bewährung ein. Mittlerweile haben die Leute aus Marinaleda über hundert solcher Besetzungen durchgeführt. Und sie haben einen Erfolg vorzuweisen. 1800 Hektar Land fielen nach mehreren Besetzungen entgültig ans Dorf. Mittels verschiedener Genossenschaften soll dieser Boden einem Sechstel des Dorfes Arbeit und Brot geben. Neben ökologischem Landbau sollen hier neue Lebensformen ausprobiert werden. Ein Modell für ganz Andalusien werde es sein, erfahre ich.

Für Juanma war der Prozeß wegen der Besetzung nicht der letzte. Längst hat er aufgehört zu zählen. *"So zwischen dreißig und vierzig werden es sein."* So laufen zur Zeit Verfahren gegen ihn wegen einem erfolgreichen Generalstreik bei der Olivenernte Anfang 1991. Nötigung sei dies gewesen und Sachbeschädigung, so die Anklage. Wenn er verurteilt wird, drohen ihm 14.000 DM Geldstrafe und 9 Monate Gefängnis.

"Gewerkschaftliche Konflikte, d.h. Arbeitskämpfe, in einem Rechtsstaat vor Gericht auszutragen, ist für mich eine echte Schweinerei. Und ich nenne dies eine Art von weichem Totalitarismus seitens der Arbeitgeber. Sie wollen sich auf dem Gerichtswege an uns rächen, rächen für einen Kampf, den wir letzendlich gewonnen haben, da wir einen Tarifvertrag durchsetzten, der erheblich über dem Angebot der Großgrundbesitzer lag. Und die Anschuldigungen gegen uns sind an den Haaren herbeigezogen. Wenn hier in Andalusien überhaupt jemand vor Gericht gehört, so sind dies die Arbeitgeber, die Großgrundbesitzer, für ihre Rolle in der Geschichte und weil sie bis heute nicht die sozialen Aufgaben erfüllen, die ihnen zuständen", schätzt Juanma die Prozesse ein.



Maschinenstürmerei?

In den letzten Jahren nehmen die Auseinandersetzungen bei der Olivenernte zu. Die Großgrundbesitzer setzen Erntemaschinen ein, die Tagelöhner verlieren die letzte wichtige Einnahmequelle. Ob dies nicht Technikfeindlichkeit und Maschinenstürmerei sei, frage ich.

Zur Antwort bekomme ich folgende allgemeine Reflexion zum Thema Fortschritt: *"Der Fortschritt muß menschliche Züge haben. Wenn dies nicht so ist, kann man nicht von Fortschritt reden, sondern von Rückschritt. Dieser sogenannte Fortschritt hat uns 850 Millionen Menschen beschert, die an Hunger sterben – 25 Millionen von Kindern jedes Jahr. 100 Millionen Kinder, die durch Unterernährung erblinden, während es auf der anderen Seite genug Reichtum auf der Erde gibt, um das vierfache der aktuellen Weltbevölkerung zu ernähren. Dieses Entwicklungsmodell ist unmenschlich. Wir brauchen ein anderes Entwicklungsmodell, eine andere Gesellschaft und eine andere Staatsform. Dafür kämpfen wir, für diese Utopie, die unbedingt notwendig ist, und auf die wir nicht verzichten können."*

In diesem Zusammenhang kommt er auf die EG und auf die Konsequenzen, die seiner Ansicht nach Maastricht für die Situation in Andalusien haben wird zu sprechen.

"Wir gehen davon aus, daß die EG-Agrarpolitik und die aufgrund des Drucks der USA zustande gekommenen GATT-Vereinbarungen die spanische Landwirtschaft in eine tiefe Krise stürzen. Dies wird besonders stark die andalusische Landwirtschaft betreffen. Wir werden die Rechnung für die EG zahlen. Der Staat verteidigt in keiner Weise die Interessen der andalusischen Landwirtschaft. Schon heute liegen 15% des Bodens brach, und das in einem Gebiet, das mit über die besten Böden des gesamten Kontinentes verfügt. Die sogenannte Umstrukturierung der Landwirtschaft ist eine systematische Zerstörung derselben. Wenn Andalusien die Landwirtschaft verliert, verliert es den einzigen produktiven Wirtschaftsbereich, wir haben ja keine Industrie hier. Hier muß man von einem Anschlag auf die Rechte dieses Volkes sprechen, ein Anschlag auf Andalusien. Ich glaube, daß alle auf dem Land tätigen Organisationen hier in Andalusien sich gegen die EG und ihre Landwirtschaftspolitik zusammenschließen müssen."

Er weiß, daß dies harte Kämpfe mit Madrid bedeuten wird. Doch er hat eine Idee, wie man die Mobilisierung auf dem Land verstärken könne:

"Andalusien muß die Abhängigkeit von Madrid abschütteln, oder ganz allgemein die Abhängigkeit von der Politik aus dem Norden. Wir brauchen einen Nationalismus von links, ein Nationalismus, der sich nicht abgrenzt, der keine Grenzen kennt. Dies brauchen wir, um aus der Abhängigkeit herauszukommen, um die Rolle, die Andalusien hat zu durchbrechen. Wir können nicht länger Warenhaus für landwirtschaftliche Produkte und für billige Arbeitskräfte sein, die überall hin emigrieren. Dies muß von Andalusien aus geschehen, wir müssen die andalusischen Interessen vertreten und dies gegen Madrid. Wir brauchen ein andalusisches Bewußtsein."

Sehr zweischneidig erscheine mir die Sache mit dem Nationalismus, gebe ich zu bedenken.

"Klar, Nationalismus ist ein sehr gefährliches Wort. Wir wollen den Nationalismus als Mittel zum Zweck benutzen, und nicht als Selbstzweck. Das Ziel muß die weltweite Befreiung und die Gleichheit, das Ende der Ungerechtigkeit sein, wenn möglich. Nationalismus ist ein Begriff, den man nur schwer benutzen kann, weil er sooft von Leuten verwendet wird, die das genaue Gegenteil wollen."

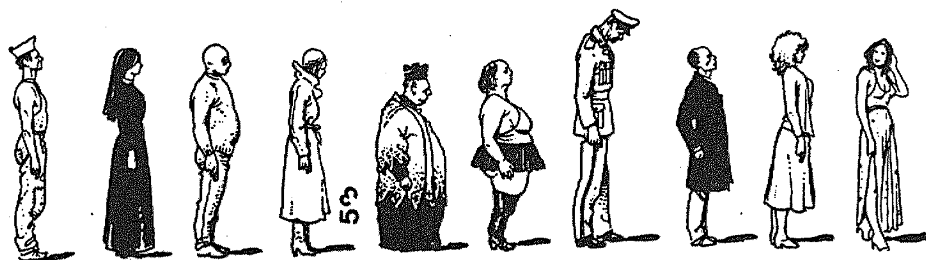
SOC und "Vereinigte Linke"

Bei den letzten Wahlen zum spanischen Parlament am 6. Juni diesen Jahres verblüffte Juanma viele Linke. Er, der als undogmatischer Linker Bekannte, kandidierte auf der Liste der "Vereinigten Linken", "Izquierda Unida" (IU). Diese Wahlkoalition steht unter starkem Einfluß der Kommunistischen Partei Spaniens, PCE. Seine Kandidatur war das Ergebnis eines Bündnisses zwischen IU und einer andalusischen Gruppe, die unter dem Namen Candidatura unificada de los Trabajadores/CUT (Vereinigte Arbeiterkandidatur) eigens zu den Wahlen entstanden war. *"Die CUT sind wir, Leute der SOC, aber es nehmen auch Leute aus der Stadt, wie die anarchistische Gewerkschaft CGT, Christen für den Sozialismus, die trotzkistische LCR, die Ex-Maoisten von MC und Unabhängige Linke, sowie Totalverweigerer daran teil; Leute, die seit dem Anti-Nato-Referendum nicht mehr gewählt haben und jetzt wieder wählen, weil wir kandidieren."*

Mit IU scheint es bisher keine Schwierigkeiten gegeben zu haben: *"IU ist die einzige Möglichkeit, die wir haben um an Wahlen teilzunehmen und so mit anderen Leuten in Kontakt zu treten, Leute die sich als Links fühlen, die zum Volk gehören, Leute die immer noch revolutionäre Ansichten vertreten. Leute an der Basis. Innerhalb des Apparates von IU gibt es natürlich eine Reihe sehr gemäßigter Leute, – Leute, mit denen wir an bestimmten Punkten einer Meinung sind in anderen Fällen nicht. Aber innerhalb der Wahlkoalition besteht genügend Freiraum für die einzelnen Strömungen, um von einem Bündnis zusprechen, und um innerhalb dieses Bündnisses unsere Politik zu entwickeln. Deshalb sind wir innerhalb von IU. Wir müssen die Möglichkeiten ausschöpfen, die uns der Parlamentarismus bietet, um mehr Öffentlichkeit zu erreichen, um so stärker zu werden, um denen eine Stimme zu geben, die keine haben. Ich will ein Abgeordneter der Straße sein. Ich will nicht die herrschende Ordnung stützen, das ist klar. Das Parlament als Lautsprecher, als Tribüne."*

6000 Stimmen fehlten ihm. Viele Leute, nicht nur die Rechte, sondern auch innerhalb von IU dürften aufgeatmet haben, als Juan Manuel Sánchez Gordillo nicht ins madrilenische Parlament einzog. Bei den nächsten Wahlen zum andalusischen Landesparlament in Sevilla kandidiert er wieder. Diesmal wird ihm niemand seinen Parlamentssitz streitig machen können. Dies scheint sicher.

Als ich mich verabschiede, sind es doch fast zwei Stunden geworden. Mit RAP im vom Rathaus unterstützten Lokalradio besteige ich den Bus Richtung Granada, zurück in die Stadt, in dieses Jahrhundert? - In die erste Welt? Ich weiß nicht so recht wie ich das Erlebte in Worte fassen soll.



Kropotkin und der postsowjetische Anarchismus



Alle Photos: Markus Mathyl, Ausnahme: Kropotkin-Haus (Photo um 1960)

von Markus Mathyl

Die Konferenz

Im letzten Jahr wäre Peter Kropotkin, einer der wohl einflußreichsten anarchistischen Theoretiker und Aktivisten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, 150 Jahre alt geworden.

Aus diesem Anlaß fand in Moskau, Dimitroff und St. Petersburg, vom 9. bis 12. Dezember 1992 eine Konferenz statt. An ihr nahmen AnarchistInnen und WissenschaftlerInnen aus 12 Ländern, darunter aus Japan, Israel, Jugoslawien, Bulgarien und den USA, teil.

Alleine das Stattfinden der Konferenz war ein Politikum. Dies betonte auch der US-amerikanische Kropotkin-Biograph Martin Miller am Anfang seines Referates. Miller sagte, daß bei seinem ersten Aufenthalt in der damaligen Noch-Sowjetunion, vor über 10 Jahren, eine solche Konferenz undenkbar gewesen wäre.

Obwohl es in der Sowjetunion Kropotkinstraßen und Metrostationen gab, ja sogar eine kleine Stadt trägt seinen Namen, wurde Kropotkin eher instrumentell in die Propaganda der Sowjetpolitik eingebaut. Er diente als Beispiel eines Adligen, der trotz seiner reaktionären Klassenzugehörigkeit die Entwicklung zum Revolutionär erfolgreich absolvierte. Seine Bedeutung als anarchistischer Theoretiker wurde weitestgehend verschwiegen, da sie der bolschewistischen Doktrin grundsätzlich widersprach. Dementsprechend wurden seine anarchistischen Werke bis zur Perestroika nicht wieder aufgelegt und waren nur ausgesuchten Spezialisten zugänglich.

Daß jetzt neben Dzerschinski- und Kalininstraßen(1) auch Kropotkinstraßen umbenannt werden sollen, erscheint, unabhängig vom eigenen Standpunkt, angesichts der beschriebenen Vereinnahmungspolitik Kropotkins durch die Sowjetmacht, erklärbarer. Andererseits entbehrt dies natürlich nicht einer gewissen Tragikkomik: Gehörte doch die anarchistische Bewegung nach der endgültigen Konsolidierung des Sowjetstaates zu einer der am meisten verfolgten Gruppierungen, die bis Ende der 30er Jahre vollständig ausgelöscht wurde.

60 Jahre später findet also die Kropotkin-Konferenz statt. In einer Situation, in der "der Zusammenbruch des Sowjetregimes die Menschen in Rußland und anderen einst dominierten Ländern inmitten der Krise zurückließ."(2)

Veranstalterin war, und das kann wohl als 2.Politikum gelten, die Ökonomische Fakultät der Akademie der Wissenschaften, höchste wissenschaftliche Institution der ehemaligen Sowjetunion. Chairman der Konferenz war **Leonid Abalkin**, Direktor des Ökonomischen Instituts und seinerzeit marktwirtschaftlicher Berater Gorbatschows.

In Albakins z.T. nationalistisch gefärbter Eröffnungsrede,"Worte über Kropotkin" hieß es zunächst einleitend:

"Kropotkin nimmt einen herausragenden Platz unter den größten WissenschaftlerInnen, RevolutionärInnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nicht nur in Rußland, sondern der ganzen Welt ein.

Die beruflichen Aktivitäten dieses vielseitigen enzyklopädistischen Denkers zu bestimmen, ist nicht einfach. Aber Eines steht außer Zweifel - er war ein großer Humanist, der all sein Leben den Völkern Rußlands und der Befreiung der Arbeit gewidmet hat. Es ist dieses Gefühl des zivilen Bewußtseins, das der russischen Intelligenz innewohnt, d.h. die Fähigkeit sich selbst zu opfern, das ihm half sein größtes Drama zu durchleben - eine brilliante Karriere als Wissenschaftler aufzugeben im Austausch für ein Leben voller Schwierigkeiten als revolutionärer Kämpfer für das Glück der Menschen - und das ihn weiter durch den Rest seines Lebens führte.

Deswegen ist wirkliche Achtung gegenüber Kropotkin so weit verbreitet, egal ob die Menschen seine philosophischen Ansichten und revolutionären Überzeugungen teilen oder nicht."

Zur Bedeutung kropotkinscher Ansätze sagte Abalkin am Schluß seiner Rede :

"Ich denke, daß die heuristische(3) und soziale Bedeutung des Prinzips der gegenseitigen Hilfe, das von Kropotkin aufgestellt wurde, bis heute nicht die Beachtung erhält, die es verdient. ... Vielleicht sollten wir heute in einer Zeit tiefer Veränderungen in der Entwicklung unserer Zivilisation, in einer Zeit des qualvollen Nachdenkens über das Schicksal Rußlands zu diesen Gedanken zurückkehren. Zurückkehren zu ihnen als geniale Annahmen und sie an Hand neuesten historischen Materials und mit Hilfe des strengen Maßes wissenschaftlicher Verfahren nachprüfen. Wir sollten begreifen, daß alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Situation, nationalen und religiösen Unterschieden zu einer Art gehören und nach den Prinzipien des gemeinschaftlichen Einverständnisses und der gegenseitigen Hilfe handeln sollten. ...Und am Schluß über diejenigen Theorien Kropotkins, welche in einem direkten Sinn aktuell und modern sind. Zuallererst handelt es sich hierbei um die brilliant entwickelten und begründeten Prinzipien des Föderalismus, der

Organisation der munizipalen Selbstverwaltung und Kooperation. In ihnen kann mensch eine der Hauptrichtungen der modernen Entwicklung - die Sozialisierung des öffentlichen Lebens in aller Verschiedenheit seiner Formen - deutlich erkennen.

Die weitere Entwicklung dieses Problemkreises, der so aktuell für die modernen Gesellschaftswissenschaften ist, sollte auf den reichen Leistungen der internationalen und russischen Wissenschaften basieren. Das Benutzen des theoretischen Erbes Kropotkins kann eine große Rolle in dieser Hinsicht spielen.

Die folgenden wundervollen Worte stammen von ihm: In der Geschichte eines jeden Volkes kommt unvermeidbar die Zeit, wenn tiefgreifende wesentliche Veränderungen in seiner ganzen Lebenswelt unausweichlich werden. Dann wendet sich das Volk, um Kräfte zu sammeln und um Unterstützung für seinen Geist und seine Moral zu suchen, an sein historisches Gedächtnis und ruft nach seinen großen Vorfahren. Und sie kommen und verstärken die Reihen der KämpferInnen für eine Erneuerung der Gesellschaft."

In Abalkins Rede waren bei weitem weniger Distanzierungen gegenüber Kropotkins anarchistischer Gesellschaftsphilosophie zu entdecken als mensch vielleicht erwartet hatte. Andererseits liegt ein Interesse marktwirtschaftlicher Modernisierer am Abbau des bürokratischen Systems klar auf der Hand. Daß sie sich dabei einzelnen Elementen anarchistischer Gesellschaftsorganisation bedienen und diese dabei in einen ganz anderen Kontext stellen, ist auch für uns hier im Westen nichts Unbekanntes. Spezifisch für die Situation der Ex-Sowjetunion kommt hinzu, daß nur durch weitere Machtzugeständnisse an die Eliten der einzelnen Teilrepubliken, d.h. durch eine Stärkung der föderativen Elemente, die GUS eine Chance hat, als solche weiterzuexistieren.

Bereits vor Abalkins Eröffnungsrede fand am Vormittag dieses 1.Konferenztages ein Treffen der TeilnehmerInnen auf dem Moskauer Novodevichi Friedhof statt, wo Kropotkin begraben ist.

Eine illustere Gesellschaft von ca. 60 Personen zog unter schwarzen und schwarz-roten Fahnen zum Grab von Pjetr Aleksejewitsch. Neben AnarchistInnen waren auch eher aristokratisch wirkende Mitglieder der russischen Intelligenzia unter den Anwesenden. Am Grab ergriffen mehrere RednerInnen, darunter auch ein Angehöriger der Kropotkinfamilie, das Wort.

Vom Friedhof aus ging es dann zum kropotkinschen Familienhaus. Dieses fungierte noch bis zu seiner Schließung im Jahre 1938 als einziges nichtstaatliches Museum. Entsprechend Kropotkins letzten Willens sollte dieses Haus der anarchistischen Bewegung zur Verfügung stehen und auf keinen Fall dem Staat anheim fallen. Heute ist in dem Haus die Botschaft Palästinas untergebracht. In Gesprächen signalisierten die PalästinenserInnen ihre Bereitschaft, bei einer gleichwertigen Alternative das Haus der anarchistischen Bewegung "zurückzugeben".

Dies ist eine der konkreten Forderungen der "Kommission zum Studium des wissenschaftlichen Nachlasses Kropotkins."(4) Sie schlug eine internationale Kampagne für eine Wiedereröffnung des Hauses als Museum, aber auch als "wissenschaftliches Zentrum der Organisation und Koordination von Kropotkinstudien" vor. Dann könnte auch Kropotkins umfangreiche Bibliothek, die während des 2.Weltkrieges ausgelagert wurde, wieder einziehen.

Zweiklassenkonferenz

Nachdem wir die durch die Menge der BesucherInnen etwas überforderten MitarbeiterInnen der palästinensischen Botschaft verlassen hatten, wurden wir in ein Devisenlokal unweit des Hauses in der Kropotkinstraße geführt. Dorthin wurden die offiziellen KonferenzteilnehmerInnen vom Besitzer des Etablissements, einem "Freund der russischen Kultur", (so seine Begründung für die Einladung), zu einem oppulenten Mahl geladen. Im Klartext hieß dies, daß nur die westlichen KonferenzteilnehmerInnen und die Angehörigen der russischen Intelligenz gemeint waren. Die aktiven GUS-AnarchistInnen mußten draußen bleiben.

Ich hatte das Gefühl, daß recht wenigen bewußt war, daß wir Essen im mehrfachen Wert durchschnittlicher russischer Monatsgehälter serviert bekamen.

Dieses Modell der Zweiklassenkonferenz wiederholte sich dann auch am Freitag während des Mittagessens in Dimitroff. Als wir bereits unsere Vorsuppe aufgegessen hatten, bemerkte ich, daß unsere GUS-GenossInnen fehlten. Sie konnten sich das Essen von umgerechnet 50 Pfennigen einfach nicht leisten. Als ich losging, um sie im Namen einiger westlicher TeilnehmerInnen einzuladen, waren sie bereits fortgegangen und nicht mehr aufzufinden.

Ein anderer westlicher Teilnehmer hat, wie es seinem Konferenzbericht in *Freedom 54/3* zu entnehmen ist, diese Ungleichbehandlung gar nicht bemerkt, oder was noch schlimmer wäre, nicht für erwähnenswert gehalten. Stattdessen spricht *John Slatter* von einem "lebendigen Mix aus AnarchistInnen und akademischen SpezialistInnen".

Der 1.Konferenztag

Zurück zum 1.Konferenztag, an dem nach Abalkins Eröffnungsrede vier vor dem Gesamtplenum stattfindende



Hauptvorträge gehalten wurden. Den ersten über Kropotkins wissenschaftlichen Universalismus hielt Aleksei Petrovich, ein Enkel von Kropotkins Bruder Alexander. Danach sprach Martin Miller in einem sehr lebendigen Vortrag über die psychologischen Wurzeln Kropotkins Anarchismus. Er verortete diese in Kropotkins Familiensituation während dessen Kindheit.

Mit einem der aus meiner Sicht besten Vorträge trat dann **Vadim Damier**, Mitglied der *Initiative Revolutionärer AnarchistInnen (IREAN)*, vor's RednerInnenpult. Sein Thema, "Das anarchokommunistische Modell Kropotkins als eine Antwort auf die ökologische Krise des ausgehenden 20. Jahrhunderts", war eines der wenigen, das einen direkten Bezug zu den gegenwärtigen weltweiten Problemen, natürlich insbesondere zu den postsowjetischen, herstellte.

kollektivistische Anarchismus in seinen Konzepten vorsah. Der kollektivistische Anarchismus, lege das Hauptgewicht der notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen einseitig auf die Produktionssphäre und konserviere mit der Beibehaltung eines wie auch immer gearteten Lohnsystems Formen kapitalistischer Verteilung.

Die frühsyndikalistische und danach von einem Teil der AnarchistInnen (Max Nettlau, Diego Abad de Santillan, Daniel Guerin u.a.) wiederholte Kritik am kropotkinschen Modell, die ihm z.B. eine Rückkehr in's primitive, patriarchalische Mittelalter vorwarf, stellt nach Vadims Meinung durch ihre Fixiertheit an die kapitalistische Wirtschaftsorganisation einen Rückschritt dar. Wiederum seien die konkurrierenden ProduzentInnen und nicht die Bedürfnisse der VerbraucherInnen Grundlage der Gesellschaft.



Donezk-Gebiet Mai 1993 – Konflikte der FAD mit der Polizei

Am Anfang seines Referates kennzeichnete Vadim Kropotkins Anarchismuskonzeption als Ausdruck des sich in der damaligen anarchistischen Bewegung vollziehenden Übergangs vom kollektivistischen zum kommunistischen Anarchismus. Kropotkins Ansatz, der die freie Kommune in den Mittelpunkt der zukünftigen Gesellschaft stellt, verbunden mit einer Bedarfswirtschaft, sozialer und wirtschaftlicher Dezentralisierung, sowie einer größtmöglichen (aber nicht totalen) Selbstproduktion und -versorgung, stellt nach Vadims Aussage eine radikalere Abkehr von der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dar, als dies der

Positiv bewertete Vadim die Versuche eines Teils der anarchistischen Bewegung (Kropotkin, russische AnarchosyndikalistInnen, Rudolf Rocker, Isaak Puente, Zaragoza-Programm der CNT von 1936 etc.) libertären Kommunismus und revolutionären, praktischen Syndikalismus zusammenzuführen.

Die Verschärfung der ökologischen Krise in den 60er 70er und 80er Jahren zeigte nicht nur die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation, sondern sorgte auch für eine Überwindung der "industriellen Entwicklungsstufe" in der anarchistischen Theorie.

Es folgen weitere Auszüge aus der Zusammenfassung seines fast 20-seitigen Vortrags:

"In vielen radikalökologischen, alternativen und kommunitären sozialen Bewegungen dieser Jahre spiegelten sich kropotkinsche Kommunegedanken wieder.

Viele Jahre vor der Ökokrise stellte und beantwortete Kropotkin mehrere damit verbundene Fragen. Seine Antworten sind heute aktueller als je zuvor. Kropotkin zeigte, was später zum Hauptgrund der Ökokrise, der Wirtschaftsprobleme in der privatkapitalistischen Welt und des Wirtschaftszusammenbruchs im "Realsozialismus" wurde: nämlich die Trennung der Produktions- von der Konsumtionssphäre und der jeweiligen Beschlüsse, die Unterordnung der ersten unter Macht und Profitzuwachs, die Wegwerfwirtschaft überhaupt.

Kropotkin entwarf eine Bedarfswirtschaft ohne Vergeudung als eine rettende Alternative, wo die koordinierende und solidarische "Planung von unten" zustandekommt, und wo die selbstorganisierten KonsumentInnen-KommuneeinwohnerInnen ihre Bedürfnisse selbst bestimmen und dann diese als selbstverwaltete und föderierte ProduzentInnen im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen, basisdemokratischen Wirtschaftsorganisation befriedigen. ...

Ganz aktuell bleibt die kropotkinsche Kritik an der sich in einer tiefen Krise befindenden Vertreterdemokratie. Die Gedanken der anarchosyndikalistischen "Doppelföderation", der direkten und föderativen Basisdemokratie, der Kommunevollversammlungen sowie der Wiederbelebung des Polismodells wurden von Kropotkin entweder direkt formuliert oder vorbotlich angekündigt.

Die von Kropotkin begründeten libertär-kommunistischen Prinzipien der Verteilung, die das gleiche Recht aller Leute auf die Befriedigung ihrer individuell verschiedenen Bedürfnisse proklamieren, wurden nicht nur in den Erfahrungen vieler Collectividades, Kommunen und Kibbuzim praktisch bewiesen, sondern bleiben auch heute die einzige Möglichkeit, die Eindimensionalität, die den Menschen zerstörende Uniformität sowie die Nivellierung in der modernen "Massengesellschaft" zu überwinden, und sich auf die größtmögliche Selbstentfaltung jeder Persönlichkeit mit all ihren Besonderheiten und Fähigkeiten zu orientieren".

Am Ende seines Referates kritisierte Vadim einige Positionen Kropotkins, wie z.B. seine positivistische Philosophieintention oder sein zu großes Vertrauen in den technischen Fortschritt.

Zu positiv bewertete Vadim, m.E. nach, Kropotkins Positionen zur Geschlechteremanzipation. Obwohl gerade durch die kommunistischen Verteilungsprinzipien auch Hausarbeit als Arbeit anerkannt wird und sich Kropotkin für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Frauen einsetzte, wies er mit diesen Vorschlägen den Frauen ebenfalls bestimmte "frauenspezifische" Bereiche zu.(5)

Der 2.Konferenztag

Entsprechend Kropotkins thematisch breit angelegten wissenschaftlichen Arbeiten(6), war die Konferenz in 4 Sektionen eingeteilt. Diese sollten dann am zweiten Konferenztag voneinander getrennt arbeiten.

Die Einteilung, 1.anarchistische Sektion, 2.biographische Sektion, 3.naturwissenschaftliche Sektion und 4.geschichtliche, soziologische und ethische Sektion, erschien nicht nur etwas willkürlich, sondern führte auch dazu, daß verschiedene interessante Vorträge gleichzeitig stattfanden.

Daß dann kurzerhand die anarchistische und die 4. Sektion zusammengelegt wurden, wirkte sich durch die Zahl der Vorträge und die damit verbundene Beschränkung der Redezeit eher negativ aus. Interessanterweise traf die Beschränkung der Vortragszeit gerade Beiträge der anarchistischen Sektion.

Die Bandbreite der Vorträge reichte von "Kropotkin und Dostojevski" über "Kropotkins Konzept der spontanen Kooperation und seine Resonanz in der zeitgenössischen kybernetischen Theorie", bis hin zu eigentlich anarchistischen Themen, wie der vorhin bereits erwähnte Vortrag Vadim Damiers.

Aufgrund der Tatsache, daß mir bis heute erst drei Vorträge schriftlich vorliegen, ist es schwierig, mehr über den Inhalt der einzelnen Vorträge zu schreiben.

Als Highlight des 2.Konferenztages empfand ich H. Cleavers Vortrag: "Kropotkin, Selbsteinschätzung und die Krise des Marxismus". Ähnlich Damier, versuchte auch Cleaver, der sich selbst als autonomen Marxisten bezeichnet und als Ökonomie-professor in Austin/Texas lehrt, Bezüge zur gegenwärtigen Krise in der Ex-Sowjetunion herzustellen. Dabei betonte er Ähnlichkeiten zwischen der Analyse autonomer Marxisten im Westen und der Kropotkins. Beide versuchten in der jeweiligen Gegenwart Tendenzen solidarischer Kämpfe zur Überwindung des herrschenden Systems aufzudecken. Diese bereits in der bestehenden Gesellschaft vorhandenen kooperativen Ansätze stellte Cleaver in den Gegensatz zu rein utopischen Entwürfen einer zukünftigen Gesellschaft. Am Ende seines Vortrages forderte er die KonferenzteilnehmerInnen aus der GUS auf, etwas davon zu erzählen, welche Ansätze von gegenseitiger Hilfe zur Überwindung der bestehenden Gesellschaft heute im Land vorhanden sind. Eine anschließende Diskussion hätte sicherlich den Rahmen der Konferenz, d.h. die Art wie diese von den WissenschaftlerInnen organisiert war, gesprengt.



Kritk an der Organisation der Konferenz

Fast alle Vorträge lagen nicht in schriftlicher Form vor. Die schlechte, z.T. sehr unvollständige Simultanübersetzung ins Englische erschwerte die Verständlichkeit zusätzlich. Gleichzeitig wurde wohl nicht nur meine Aufnahmefähigkeit bei mehr als 10 Vorträgen pro Tag bei weitem überschritten. Platz für Diskussionen nach den einzelnen Vorträgen war von den OrganisatorInnen gar nicht erst eingeplant worden. So ist dann eine offene anarchistische Diskussionsrunde erst nach den ersten drei Konferenztagen durch Eigeninitiative einiger nicht akademischer TeilnehmerInnen zustandegekommen. Die Räumlichkeiten mußten dabei auch außerhalb der offiziellen Konferenz organisiert werden.

Anarchy in Dimitroff

Nach den ersten beiden anstrengenden Konferenztagen hatten wir alle ein wenig Abwechslung nötig. So war dann der 3.Konferenztag in Dimitroff in aller erster Linie ein Ausflug zu der historischen Stätte, wo Kropotkin seine letzten Lebensjahre verbrachte.

Bereits hinter der Moskauer Stadtgrenze wurden unsere mit schwarzroten und schwarzen Fahnen geschmückten Busse von der Polizei eskortiert. In Dimitroff angelangt, wo ein großes Kropotkinbild das Rathaus, von weitem sichtbar, verzierte, waren dann alle weiteren Spekulationen über den Sinn der Polizeieskorte überflüssig. Wir wurden vor dem Heimatmuseum von jungen Frauen in Volkstracht, gemäß einer alten russischen Tradition, mit Brot und Salz empfangen. Das Bild der "Ehrenjungfrauen", in ihren Kostümen in der Kälte stehend, vermischt mit dunklen, schwarze und schwarzrote Fahnen haltende Gestalten, hatte schon surreale Züge.

Im Heimatmuseum waren dann eine kleinere Kropotkinausstellung und zusätzlich ein paar internationale anarchistische Publikationen zu sehen. Danach besichtigten wir das alte Holzhaus, in dem Kropotkin während seiner letzten Lebensjahre wohnte. Es steht eingerahmt inmitten von Plattenbauten realsozialistischer Betonromantik. Sein Fortbestand als Museum ist gefährdet. Es war zumindestens eine der Forderungen der Konferenz, eine internationale

Kampagne für seine Erhaltung zu initiieren. Nach dem bereits erwähnten Mittagessen zogen wir ins örtliche Kulturhaus ein. Auch hier ein überdimensionales Kropotkinbild - diesmal auf einem rosa Vorhang im Bühnenhintergrund.

Vor den eigentlichen Vorträgen wurde ein etwa 8-minütiges Video von Kropotkins Beerdigung, der letzten großen anarchistischen Manifestation in der Sowjetunion gezeigt. Unter den Trauernden waren auch Emma Goldman und Alexander Berkmann zu erkennen.

Danach waren dann unter anderem zwei für die gesamte Konferenz nicht untypische "Kropotkin und ..."-Vorträge zu hören. Den ersten - "Kropotkin und Cechov" - hielt ein japanischer Professor, der sich gleich zum Anfang dafür entschuldigte, daß er fast ausschließlich über Cechov reden wird. Den zweiten Vortrag - "Kropotkin und Tolstoi" - referierte Natalia Pirumowa Mitglied der Kropotkin-Kommission, deren Bakunin-Buch demnächst im Karin Kramer Verlag unter dem Titel: "Der rebellierende Adel und die Familie Bakunin" verlegt wird.

Am frühen Abend fuhren wir dann, ohne Polizeieskorte, zurück nach Moskau.

"Anarchistische Diskussionen"

Bevor die meisten offiziellen KonferenzteilnehmerInnen am 4.Konferenztag abends nach St. Petersburg, oder wie es von einigen AnarchistInnen bezeichnet wird: nach Petrograd (7) aufbrachen, fand in den Räumen der Solidarnosc-Redaktion(8) eine "offene anarchistische Diskussionsrunde" statt.

Leider stand auch hier die Diskussion, für die auf der Konferenz bis dahin kein Platz war, nicht im Mittelpunkt. Größtenteils wurde das Treffen von einem lange schwelenden Konflikt zwischen der IREAN und der KAS überschattet. Diesen will ich später in seiner inhaltlichen Dimension noch ausführlicher darstellen.

In der Situation, wo eine Reihe von AnarchistInnen aus verschiedenen westlichen Ländern anwesend war, versuchte die IREAN darauf aufmerksam zu machen, daß sie trotz Zusage eines SAC-Mitgliedes die Drucktechnik der KAS nicht benutzen darf. Diese Drucktechnik wurde der KAS vor einiger Zeit von der schwedischen SAC gespendet. Eines ihrer Mitglieder hat auf dem kurz zuvor stattfindenden ersten anarchosyndikalistischen Ost/West-Treffen bekräftigt, daß die IREAN die Drucktechnik für die Herstellung des internationalen A/S-Infos (9) benutzen darf. Die beiden anwesenden SACler wollten dies nicht bestätigen und stellten das Ganze als rein innerrussischen Konflikt dar.

Eine solidarische, sachliche Klärung der Fragen war danach nicht mehr möglich. Es kam zum Eklat und die IREAN verließ die Diskussionsrunde, bevor diese überhaupt erst begann.

In dem Zwiespalt, wie ich mich in dieser Situation verhalten sollte, überwog dann doch, trotz freundschaftlicher Beziehungen zur IREAN, die Neugier auf eine Diskussion. Zu dieser kam es dann erst nach einem kurzen Referat über einen Modellversuch "anarchistischer" Pädagogik. Zuvor hatte auf meine Initiative hin eine Vorstellungsrunde der DiskussionsteilnehmerInnen stattgefunden. Anlaß der Intervention war die Tatsache, daß nach dem beschriebenen Eklat des Klärungsversuches, ohne vorherige Vorstellung und Sichtung der Diskussionswünsche aller, bereits ein Beitrag gehalten wurde.

Die Darstellung des "anarchistischen" Pädagogik-Modellversuches löste nicht nur bei mir stärkere Reaktionen aus.

In diesem Vortrag wurde ein höchstgradig manipulatives Projekt vorgestellt, das den Kindern Kropotkins "konstruktive" Gedanken im Kontrast zu Bakunins "zerstörerischen" Theorien näherbringen sollte. Mittels antipädagogischer Ansätze und der Darstellung Tolstois Pädagogikkritik wurde dann versucht, direkt Kritik an dem beschriebenen Modellversuch zu üben. Diese Kritik stieß nicht nur auf Interesse und Verständnis, sondern ließ am Ende doch noch eine lebhafte Diskussion entstehen.

Zum Schluß baten zwei russische Diskussionsteilnehmer um Literatur über Theorie und Praxis anarchistischer Bildungsansätze.

Kropotkin-Haus (Photo um 1960)



Ergebnisse der Konferenz

Sicherlich hat die Konferenz und einiges, was um sie herum passierte, dazu beigetragen, den Namen Kropotkins wieder in einem anderen Zusammenhang als den eingangs beschriebenen in der Öffentlichkeit darzustellen.

Es sind nach der Perestroika eine Reihe von Büchern von und über Kropotkin erschienen. Wiederveröffentlicht wurden z.B. "Memoiren eines Revolutionärs" und ein Sammelband, der Teile von "Ethik",

"Moderne Wissenschaften und der Anarchismus" und "Worte eines Rebellen" enthält. Im Vorfeld der Konferenz sind zwei Bände mit bislang unveröffentlichten Briefen und Aufsätzen erschienen. Inwieweit diese Aufsätze bereits in anderen Sprachen veröffentlicht wurden entzieht sich meiner Kenntnis. Herausgeberin war die bereits erwähnte "Kommission zur Erforschung des wissenschaftlichen Erbes Kropotkins".

Neben diesen erfreulichen (Wieder)-Veröffentlichungen konnten jedoch einige wichtige Veröffentlichungsvorhaben bislang nicht realisiert werden. So wurde bspw. am ersten Tag der Konferenz vor allem gegenüber den westlichen TeilnehmerInnen um finanzielle Unterstützung für die Veröffentlichung eines zweiten Ethik-Sammelbandes geworben. Angesichts der Tatsache, daß so ein grundlegendes Buch wie die "Gegenseitige Hilfe" seit der Oktoberrevolution nicht wieder in russischer Sprache erschienen ist, sollten sich Gruppen und Einzelpersonen finden, die eine Vorfinanzierung solcher und anderer Veröffentlichungen mittragen. Bei den vergleichsweise niedrigen Produktionskosten, die sich in Endverkaufspreisen von weit unter einer DM pro Buch ausdrücken, dürfte dies auch mit geringen Spenden oder Krediten möglich sein. Ebenfalls aus Geldmangel ist bislang die vorgesehene Veröffentlichung der Konferenzbeiträge gescheitert. Dieses Projekt, das eine wichtige Grundlage für die eigentliche inhaltsbezogene Auswertung der Konferenz darstellt, soll nun gerüchteweise als "Obschina"-Sondernummer von einigen KAS Mitgliedern herausgegeben werden.

Im Juli 93 hatte ich die Gelegenheit Vadim Damier über die Wirkung der Konferenz und des inoffiziellen Kropotkinjahres auf die breite GUS-Bevölkerung zu befragen. Er sagte, daß eine Reihe von Jubiläumsartikeln zu Kropotkins 150.Geburtstag auch in der Tagespresse erschienen seien. Von der Konferenz habe sogar das russische Fernsehen in seiner Nachrichtensendung *Novosti* berichtet. Trotzdem seien diese Artikel bzw. Berichterstattungen auf einem oberflächlichen Niveau geblieben und hätten sich größtenteils darauf beschränkt, Kropotkin als "großen Sohn Rußlands" darzustellen. Seine gesellschaftskritischen, anarchistischen Gedanken seien nur in einigen Fachzeitschriften veröffentlicht worden, die wie die Konferenz selbst einem begrenzten Kreis vorbehalten gewesen sei.

Als ein anderes Konferenzergebnis ist sicherlich die Initiative zur Rückgabe des Kropotkinhauses zu nennen. Nach Vadims Aussage wäre aber eine breite internationale Kampagne nötig, um ausreichend Druck auf die politisch Verantwortlichen zu entfalten, so daß in Moskau zusammen mit einem Kropotkinmuseum wieder ein anarchistisches Zentrum enstehen könnte.

Daß dies dringend nötig ist, drückt sich in der Tatsache aus, daß die anarchistischen Gruppen in Moskau wie auch in anderen GUS- Städten über keinerlei eigene Räumlichkeiten verfügen und sich deswegen entweder in Privatwohnungen oder auf der Straße treffen müssen.

Stand und Perspektiven der anarchistischen Bewegung in der GUS

Insgesamt muß mensch ehrlicherweise einen geringen und größtenteils schwindenden Einfluß der AnarchistInnen auf das politische Geschehen konstatieren. Dies läßt sich wahrscheinlich nicht nur am Beispiel der KAS, sondern auch an anderen Gruppen zeigen. Hatte die KAS 1989/90 noch einige hundert Mitglieder, so sind es heute in Moskau kaum noch 10.

Es gibt eine verwirrende Vielzahl von Gruppen und Abspaltungen, die oftmals nur 2 oder 3 Mitglieder umfassen. Darunter auch solche, die sich als AnarchodemokratInnen oder AnarchokapitalistInnen bezeichnen und sich an den westlichen *Libertarians* orientieren. Auch im Spektrum der sich als anarchokommunistisch bezeichnenden Gruppen gibt es z.T. sonderbare Tendenzen, wie z.B. AnarchomaoistInnen... . Auch hier scheinen Versatzstücke westlich-linker Ideologien eine nicht unwesentliche Rolle zu spielen.

Viele kleinere Gruppen schließen sich für direkte Aktionen aber trotzdem zu größeren Gruppen zusammen. Bei diesen z.B. radikalökologischen Aktionen wurden mit wenigen Leuten z.T. beträchtliche Erfolge erreicht. So mußten extrem umweltverschmutzende Fabriken stillgelegt werden oder wurden gar nicht erst in Betrieb genommen.

Mir geht es aber nicht so sehr um ein Aufzählen von Aktionen, sondern eher um die grundsätzliche politische Ausrichtung und Strategie der Gruppen in der gegenwärtigen politischen Situation. Von den "Anarcho"kapitalistInnen und -demokratInnen ganz zu schweigen , befürwortet auch eine erklärt anarchosyndikalistische Gruppe wie die KAS die Einführung der Marktwirtschaft (allerdings mit kollektiven Eigentumsformen) und eine Arbeit in den bestehenden Strukturen. Dabei wird die Möglichkeit einer wirklichen Vergesellschaftung des Eigentums durch die Propagierung der Übernahme der Fabriken und anderer gesellschaftlicher Einrichtungen durch ArbeiterInnen und Angestellte aufgegeben. Dies ist einer der Hauptstreitpunkte zwischen der IREAN und der KAS.

Dieser Streit, wie zwischen KAS und IREAN skizziert, ist kein rein theoretischer um eine konsequentere anarchistische Politik. Zusätzlich birgt er in sich die Brisanz, daß die Eigentumsfrage momentan einen der zentralen Aspekte der öffentlichen Diskussion darstellt. Unter dem Paradigmenwechsel eines so benannten Überganges von Planwirtschaft/ Staatseigentum zu Marktwirtschaft/ Privateigentum versuchen die Spitzenmanager der roten Bürokratie, ihre bisherige planwirtschaftliche und mafiose Verfügungsgewalt über die Betriebe allmählich in eine neue privatkapitalistische zu überführen und damit neu zu legitimieren.

Dabei ist absehbar, daß weder mit

»Ich mag kein Geld« -

Graffiti in St.Petersburg



planwirtschaftlichen noch mit marktwirtschaftlichen Konzepten Wege aus der strukturellen, gesellschaftlichen Krise gewiesen werden können. Bei über 1000% Jahres-inflation stagnieren die durchschnittlichen Monatseinkommen bei heute ungefähr 30 DM. Permanenter Produktionsabfall, der Zerfall der GUS-Binnenmärkte, Kapitalabfluß, die Auflösung sozialer Sicherheiten, die Drohung von Hungersnöten, zunehmende Exportorientierung durch Billigproduktion, eine rasant anwachsende Arbeitslosigkeit, der Rückgang der Investitionstätigkeiten usw. sind Eckdaten des freien Falls der GUS-Ökonomien.

Gerade die auch von Teilen der KAS gehegte Hoffnung, daß marktwirtschaftliche Mechanismen ähnlich wirken könnten wie in einigen reicheren westlichen Ländern, erweist sich als Illusion. Das Engagement westlicher Firmen ist hauptsächlich auf eine Verlagerung der Technologien beschränkt, die auf Grund ihrer Schädlichkeit in den eigenen Ländern längst verboten sind. Mittlerweile scheint die Ex-Sowjetunion immer mehr in die Position eines 3.-Welt-Landes zu geraten.

Die Propagierung der Vergesellschaftung der Betriebe und gesellschaftlichen Einrichtungen in dieser Situation offener Eigentumsfragen - noch immer sind z.B. 94% aller Betriebe der Ukraine Staatseigentum - in der sich kontinuierlich zuspitzenden Krisensituation , die Propagierung des Aufbaus einer bedarfsorientierten Wirtschaft, z.B.durch den Aufbau von Konsumgenossenschaften, könnte auf offene Ohren stoßen und die bisherige Hegemonie des Establishments der "roten Direktoren" und ihre Marktwirtschaftsbestrebungen durchkreuzen.

Daß dies keineswegs nur anarchistische Wunschträume sind, die wenig mit der tatsächlichen Situation zu tun haben, soll an Hand der im Juni 1993 stattgefundenen Streiks im Donezkgebiet und der Rolle der FAD, der Föderation der AnarchistInnen aus Donbass, in den Streiks gezeigt werden. (10) Die FAD ist derzeit die größte und einflußreichste anarchistische Gruppe in der ehemaligen Sowjetunion und damit auch eine positive Ausnahme im Bezug auf die Eingangs getroffene Einschätzung. In 8 Städten des Donezk-Lugansker Gebietes existieren autonome Gruppen der FAD. Insgesamt liegt die Zahl der Föderationsmitglieder bei ca. 100.

Die diesjährigen Streiks entstanden vor allem als Reaktionen auf drastische Preiserhöhungen in der Ukraine. Nach einzelnen Warnstreiks Anfang 1993 entwickelte sich im Juni ein breiter radikaler Streik, der über rein ökonomische Forderungen auch politische Forderungen aufstellte.

Dabei konnte an die Streiks von 1991 und vor allem 1989 angeknüpft werden, als das gesellschaftliche Leben ganzer Städte von ArbeiterInnen organisiert und kontrolliert wurde. Der Streik von 1989 war auch die Geburtsstunde der FAD. Obwohl von StudentInnen initiiert, waren bald 80% der Mitglieder ArbeiterInnen.

Trotzdem die AnarchistInnen nicht die treibende Kraft in der jüngsten Streikwelle waren, entstand diese doch spontan von unten und trug klar direktdemokratische Strukturen: Die BergarbeiterInnen versammelten sich zu einem permanenten Protest auf dem zentralen Platz vor der Gebietsverwaltung in Donezk. Das Streikkommitee wurde aus gewählten Delegierten der einzelnen Gruben gebildet. Diese führten direkte Verhandlungen mit der Regierung. Zwischenergebnisse der Verhandlungen waren Stelltafeln auf dem Protestplatz zu entnehmen. Durch ein allen zugängliches Mikrophon konnten die Streikenden direkt neue Forderungen aufstellen bzw. ihre Meinung zu den Verhand-

St. Petersburg, Newski Boulevard, 1993
Verkäufer einer anarchistischen Zeitung in Machno-Uniform



lungsergebnissen äußern. Der Druck der Streikenden zwang die für die Mißstände verantwortlichen Politiker zu erscheinen. Diese mußten angesichts der aufgebrachten Menge die konkreten Forderungen z.B. nach Wohnungen für Arbeitsinvaliden erfüllen.

Für eine erfolgversprechende anarchistische Intervention bzw. Ansätze einer konkreten Solidaritätsarbeit scheinen mir folgende Aussagen der FAD-Genossen besonders wichtig:

In den Streiks haben weder politische Parteien noch offizielle Gewerkschaften eine Rolle gespielt. Im Gegenteil - die ArbeiterInnen zeigten ein generelles Mißtrauen gegenüber allen VertreterInnen der Macht. Sich "sozialistisch" bezeichnenden stalinistischen Gruppen, die abstrakt die Wiederherstellung der Sowjetunion forderten, wurden ihre roten Fahnen zerrissen, als sie den Platz betraten. Ähnlich wurde auf Versuche einer nationalistischen Vereinnahmung der Streiks reagiert. Die Rede eines Vertreters der nationalistisch-ukrainischen Organisation RUCH wurde durch lautes Buh-Rufen übertönt. Zu einem gewissen Zeitpunkt waren die schwarzen und schwarzroten Fahnen der Anarchistischen Föderation Donbass die einzigen auf dem Platz.

Sicherlich auch gerade wegen den Erfahrungen der Streiks 1989 und 1991, nach denen sich die erreichten Lohnerhöhungen durch die Hyperinflation bald wieder in Reallohneinbußen verwandelten, waren die Streikenden diesmal "neuen Wegen" jenseits sozialistischer Planwirtschaft und des "Allheilmittels" Marktwirtschaft sehr aufgeschlossen. Dies bezeugte ein großes Interesse der ArbeiterInnen für die Flugblätter und Diskussionen der AnarchistInnen. Aufgrund des auch für sie überraschend eingetretenen Streiks, aber vielmehr noch wegen absolut mangelhaften technischen Möglichkeiten, reichten Flugblätter, Broschüren und anderes Material bei weitem nicht aus. Darüberhinaus scheuen staatliche als auch private Druckereien das Risiko, Flugblätter und Broschüren der FAD zu drucken. Deswegen ist eine lange geplante eigene Zeitung bislang nicht zustande gekommen. Aus Moskau fuhren dann extra zwei IREAN-Mitglieder nach Donezk, um die FAD mit Broschüren und Flugblättern zu unterstützen.

Die FAD schaffte es während des gesamten Streiks einen Infostand unter der schwarzen Fahne und der Parole: *Generalstreik - Chance zum Sieg!* täglich aufrechtzuerhalten. Es entwickelten sich Gespräche und Diskussionen, die ein Interesse der ArbeiterInnen an einem der Ziele der FAD, dem Aufbau einer starken ArbeiterInnenkampforganisation zeigten. Diese soll als ukrainische Sektion der IAA in den nächsten Streiks gegen staatliche Repression und die Verschärfung wirtschaftlicher Ausbeutung noch effektiver sozialen Widerstand leisten.

Wie bedrohlich bereits der diesjährige Streik auf die herrschenden Eliten gewirkt hat, zeigt die Tatsache, daß während der Streiks um das Gebiet von Donezk Panzerregimenter Stellung bezogen. In den Städten selber patroullierte die ukrainische Nationalgarde.

Von den 4 Hauptforderungen der Streikenden -

1. Erhöhung der Löhne,
2. Regionale Selbstverwaltung,
3. Rücktritt des Präsidenten und Auflösung des Parlaments und
4. Festere wirtschaftliche Beziehungen zu Rußland

- wurde nur die dritte insofern erfüllt, als das für Herbst 1993 ein Referendum durchgeführt werden soll, das darüber abstimmt.

Die Genossen der FAD erzählten, daß auf einer Tagung des ukrainischen Ministerrates anläßlich der erhobenen Streikforderungen geäußert wurde, man könne eher politische als ökonomische Forderungen erfüllen, da ein Referendum bspw. nichts koste und, wie es die jüngsten Ereignisse zeigt, auch leicht wieder rückgängig gemacht werden kann.

Die Forderung nach einer regionalen Selbstverwaltung des Donezker Gebietes bietet wiederum interessante Ansätze einer anarchistischen Ausgestaltung dieses Selbstverwaltungskonzeptes, das von verschiedenen politischen Kräften sehr unterschiedlich aufgefaßt wird. Lokale Eliten, Direktoren etc. versprechen sich von einer regionalen Autonomie natürlich hauptsächlich einen eigenen Machtzuwachs.

Inwieweit die ArbeiterInnen an die Selbstverwaltungsformen von 1989 anknüpfen und sie praktisch und theoretisch weiterentwickeln, hängt stark von den materiellen Möglichkeiten der Einflußnahme anarchistischer Gruppen ab.

Die Möglichkeit, daß die ArbeiterInnen "jederzeit wieder zu streiken beginnen können", wie es ein FAD-Genosse ausdrückte, ist inzwischen sehr wahrscheinlich geworden. Auf die Rücknahme des Referendums von Seiten der ukrainischen Regierung reagierten die ArbeiterInnen mit der Ankündigung zu streiken.

Solidaritätskomitee Donezk/Donbass

Im August dieses Jahres haben Einzelpersonen und Mitglieder verschiedener anarchistischer Gruppen in Hamburg ein Solidaritätskomitee Donezk/Donbass gegründet. Sein Name "Pjotr Siuda" wurde in Ge-

Aktivisten der FAD vor dem Kropotkin-Haus in Dimitroff



denken an einen aktiven Anarcho-syndikalisten der UdSSR gewählt, der bereits 1962 als Bergmann am Aufstand von Novocherkask teilgenommen hatte. Am 5. Mai 1990 starb er an den Folgen von Schlägen und Verletzungen, die ihm in Moskau von Unbekannten zugefügt wurden. 27 Jahre lang hat er versucht, die Verantwortlichen des KGB für das Massaker von Novocherkask zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Komitee will die Arbeitskämpfe in der Donezker Region unterstützen und beim Aufbau einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft mithelfen.

Konkrete Projekte bestehen in der Unterstützung der Herausgabe einer Zeitung der FAD, und der Produktion von Broschüren und Büchern aktueller und geschichtlicher anarchistischer Texte. Ein Schwerpunkt soll dabei die Geschichte der Machnobewegung sein, um an vorhandene Erinnerungen in der Bevölkerung anzuknüpfen. Weiterhin wollen wir eine Rundreise von FAD-GenossInnen durch West und Ost-Deutschland organisieren, um Informationen über die Situation im Donbass zu verbreiten und die Möglichkeit des direkten Erfahrungsaustausches zu schaffen.

Für diese Vorhaben sind vor allem Geldspenden dringend nötig.

Alle Spenden können auf das DA Konto F. Mohrhof überwiesen werden:
Konto 341979-208
Postgiroamt Hamburg
BLZ 20010010
Stichwort "DONBASS"

Anmerkungen

1 Felix Dzerschinski (1877-1926), Pole, war Volkskommissar für Inneres und der erste Vorsitzende der bolschewistischen Geheimpolizei Tscheka (1918-22), die bald nach der Machtergreifung der Bolschewiki das Land mit einem Netz von Spitzeln, Denunzianten und Provokateuren überzog und als "Vertreter des organisierten Schreckens" (Dzerschinski über die Tscheka) den Terror gegen weite Teile der Bevölkerung organisierte.
Michail Iwanowitsch Kalinin (1875-1946) war seit 1922 Vorsitzender des Exekutivkomitees und seit 1936 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets.

2 Harry Cleaver, "Kropotkin selfvalorization and the crisis of marxism", (Konferenzbeitrag)

3 heuristisch, Heuristik: "Findungs-, Erfindungskunst"; Lehre von den nichtmathematischen Methoden zur Gewinnung neuer Erkenntnisse.

4 Die Kropotkinkommission besteht hauptsächlich aus GUS-WissenschaftlerInnen. Sie schlug die Gründung einer internationalen Kropotkingesellschaft vor, die sich mit der Veröffentlichung von Kropotkins Werken, der Weiterführung seiner Theorien, mit der Vergabe von Kropotkinstipendien und der Organisation regelmäßiger Konferenzen befassen soll.

5 Siehe auch Ariane Gransac, "Der Anarchafeminismus und die Gemeinschaftsküche Kropotkins", Schwarzer Faden - Sondernummer Feminismus

6 Nach Hug (Kropotkin zur Einführung, Junius Verlag) hatte "Kropotkin mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten Zugang zu den führenden Fachzeitschriften seiner Zeit". Die Breite kropotkinscher Arbeiten reichte von geologischen, geographischen, biologischen über historische, sozialphilosophische, politische, ökonomische bis hin zu ethischen und literaturwissenschaftlichen Veröffentlichungen.

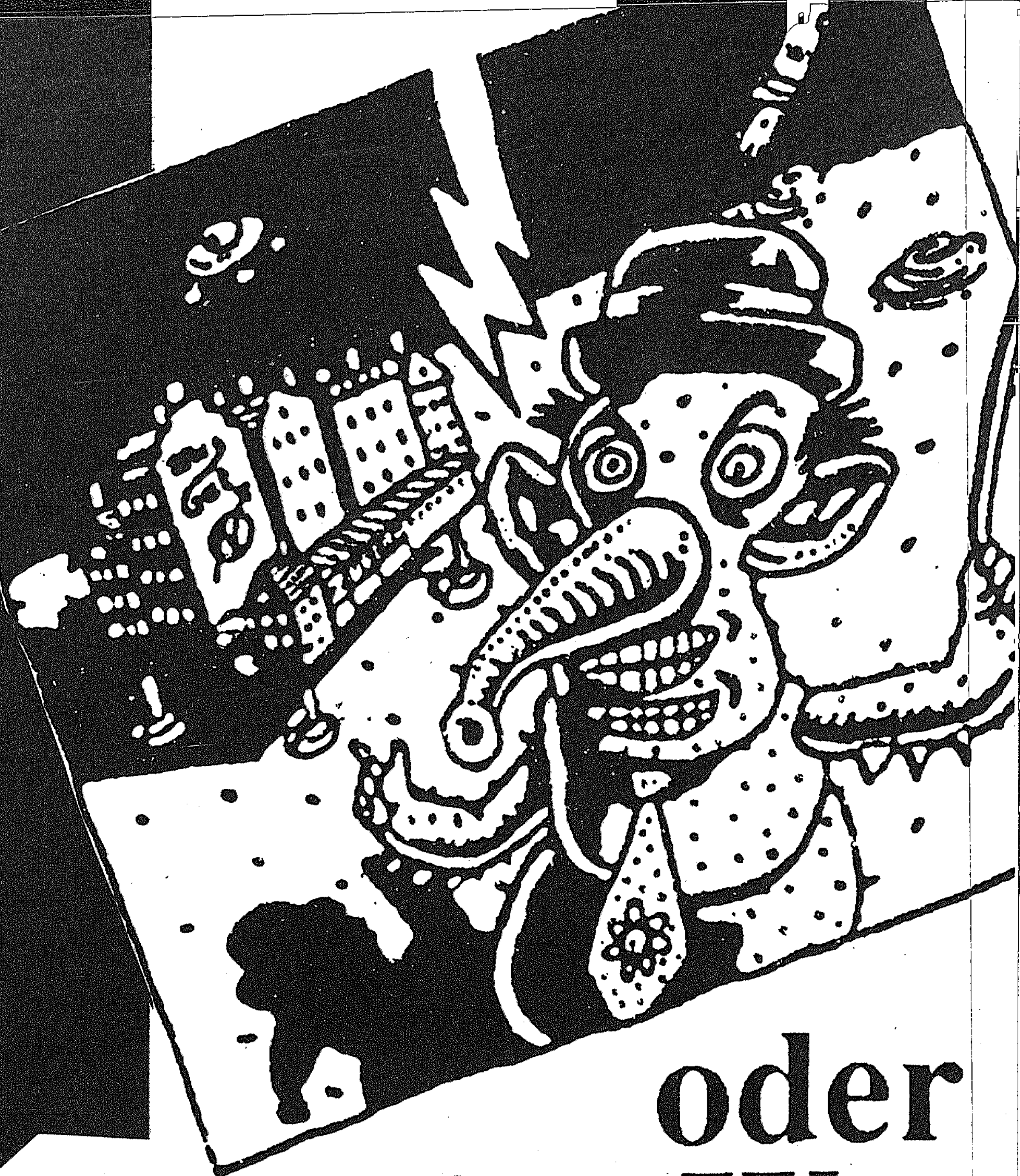
7 Der Name Petrograd, in das St. Petersburg nach dem ersten Weltkrieg wegen des deutschen Namens umbenannt wurde, soll eine Ablehnung sowohl gegen den monarchistisch geprägten Namen St. Petersburg, als auch eine Ablehnung gegenüber dem Namensgeber Leningrads, dem Gründer des Sowjetstaates, Lenin, symbolisieren.

8 Die Solidarnosc ist eine oppositionelle sozialistische Zeitung, in der bis vor kurzem auch einige noch aktive KAS-Mitglieder Artikel veröffentlichten. Hauptsächlicher Herausgeber ist Andrej Isajew, der ein Gründungsmitglied der KAS war. Danach gründete er die Partei der Arbeit. Die Solidarnosc wird mit Hilfe der Moskauer Föderation der Gewerkschaften (z.T. Mitglieder der ehemaligen offiziellen Gewerkschaften) herausgegeben und hatte 1992 eine Auflage von 40.000 Exemplaren.

9 Das A/S-Info soll als Rundbrief für den Austausch von Informationen über anarchistische und anarchosyndikalistische Aktivitäten in Ost- und Mitteleuropa fungieren. Bislang sind zwei Nummern auf russisch/englisch erschienen. Siehe auch Direkte Aktion Nr. 96.

10 Die folgenden Zeilen sind eine akzentuierte Zusammenfassung eines Interviews, das uns Mitglieder der FAD auf der anarchosyndikalistischen Konferenz in Saporoshje im Juli dieses Jahres gaben. Das Interview ist in der *"Direkten Aktion" Nr. 100*, allerdings nicht unter unseren Namen und in einer nicht durchgängig unseren Einschätzungen entsprechenden Überarbeitung, veröffentlicht. Es wurde unter meiner Mitarbeit hauptsächlich von einem anderen Genossen des Libertären Zentrums vorbereitet und geführt.

Wohlgroth bleibt



oder alles wird Wut

Autonome Kulturwerkstatt Wohlgroth in Zürich

Erster Oktober 1993

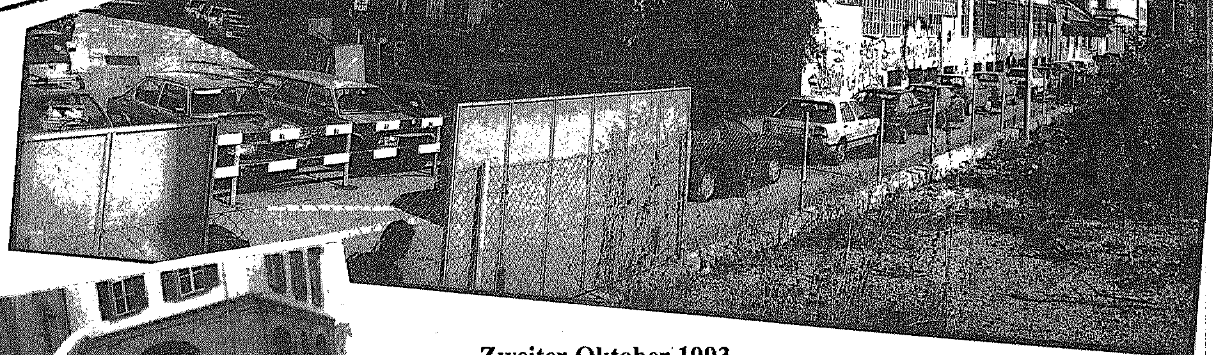
Ab heute darf geräumt werden. Alle Einsprüche dagegen sind abgelaufen. Glitzernde Fassaden sollen erwachsen. Oerlikon – Bührle, traditionsreichster Waffenproduzent der Schweiz, will hier Büroräume bauen, was sonst bei 1.000.000m² leerstehender Bürofläche in Zürich? Trotzdem hier: beste Lage am Hauptbahnhof, die »zugig« Ankommenden erblicken weithin leuchtend die Schriftzüge *"Alles wird gut"* und *"ZUREICH"*.

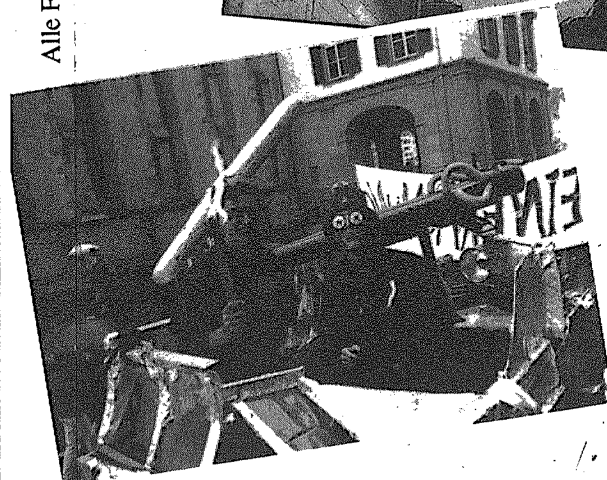
Wohlgroth, das ist heute Lebensraum für etwa 120 Leute, Arbeitsprojekt für weit mehr, selbstverwalteter, autonomer, subventionsfreier Kulturbetrieb: größte Konzertveranstalterin in Zürich, Café, Kino, Jazzkeller, Bar, Disco, Flohmarkt, täglich Volxküche, Frauenatelier, Galerie, Bewegungsraum, Werkstätten…

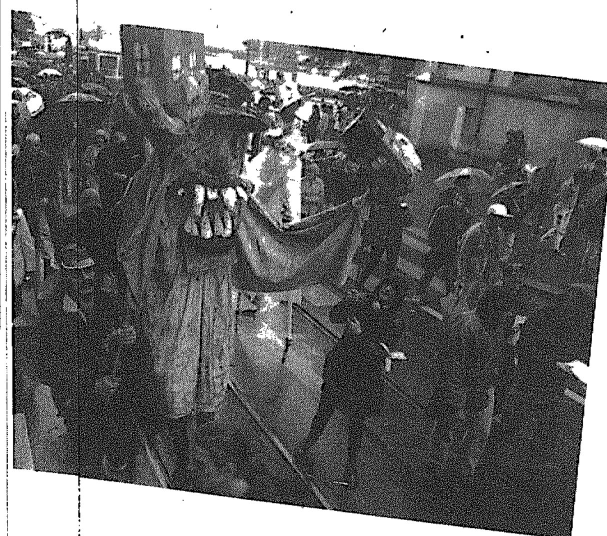
Hier findet die Jugend- und Hausbesetzerkultur der 90er Jahre ihren Raum und ihren Ausdruck. Die Energie der Leute ist scheinbar unerschöpflich, der Reibungsverlust gering; die Effizienz des Handelns sehr hoch. Zwei Wochen Besuch reichen nicht aus, um wirklich Einblick in Entscheidungsstrukturen zu erhalten.



Alle Fotos: Fargotof /AFZ









Zweiter Oktober 1993

Wohlgroth – Wohngroth – Kulturbrot, Großdemo 13.30 Uhr: Raumschiff Wohlgroth hebt ab, 3000 Leute auf den Beinen trotz strömenden Regens; mehrere Umzugswagen mit Band, Bier, Sandwiches und Raumschiff; Kostüme, StelzenläuferInnen, FeuerschluckerInnen, schwarzer Block mit bunten Schirmen. Vorher eindeutige Aussagen:

"Sagt allen Euren Freunden, die aus Deutschland kommen, die Demo soll friedlich ablaufen", während das Demoflugblatt klarstellt: "...Wir können und werden eine Räumung nicht hinnehmen und fordern die politisch Verantwortlichen auf, von einer militärischen Konfrontation abzusehen."

Die Demo war ein großer Erfolg, ein Riesenspaß. Hinterher Volxküche für alle TeilnehmerInnen. Den WohngrotherInnen ist die Ermattung anzusehen: Dutzende von Gästen teilweise über Wochen, verschärfter Kulturbetrieb an diesem Wochenende, Nachtwachen. Sie schwanken zwischen Zukunft und Hoffnung, auch hier eine klare Position: "Kein Gott, kein Staat, kein Mietvertrag" steht außen dran, für die Unkosten (Strom, Gas, Wasser, Müll) wollen sie aufkommen, aber keine weiteren Konzessionen. Sie wissen, was sie geschaffen haben, noch einmal das Demoflugblatt: "... befindet sich die Stadtregierung in der Lage, einen bereits breit akzeptierten und gut genutzten Freiraum frei zu lassen. So kann sie sich eine soziale Problematik sparen, die sie ... schon seit Jahrzehnten beschäftigt hat."

Natürlich bindet sich hier ein gesellschaftsumstürzendes Potential, schafft dadurch Raum für eine an den Rand gedrückte Jugendbewegung, um die sich dann niemand mehr zu kümmern braucht. Doch die Bewegung wächst im Kampf um ihren Freiraum, und die Frage bleibt, was entstand hier, was geht von der Wohlgroth aus für Zürich, für die Schweiz und darüber hinaus? Fahrt hin und schaut's Euch an, Wohlgroth braucht Besuch!

Schwer begeistert,
Fargotof



INFOS TE[...]



Antiknastausstellung und Reader: Mit Hilfe von Äußerungen von Frauen aus dem Knast, eigenen Beiträgen und Interviews wurde das Thema »Frauen und Knast« dokumentiert.

Themen sind: Funktion von Knästen, Alltag im Knast, Vollzug, Abschiebehaft, U-Haft, Widerstand, Repression, Lesben im Knast.

Die Ausstellung, die *verliehen* wird, besteht aus 26 Dina-2 (70x100cm) Schautafeln. Der Reader plus Plakate ergänzen die Lieferung.

Genauere Infos bei: *MAFALGA, c/o Verein für Gefangene, Gneisenaustr.2 A, 10961 Berlin*

Solingen: Die Mobilisierung und Vorbereitung der regionalen sowie der bundesweiten Demonstrationen wegen der fünf faschistischen Morde in Solingen hat den *Infoladen tat(W)ort* in einen Schuldenberg gestürzt.

Spenden unter dem Stichwort: *Antifa-Orga, an: S. Scharkin, Postgiro Essen, Ktonr. 490486-432, BLZ 36010043*

Molli – Heidelberg ade. Die Post an diese Zeitschrift geht in Zukunft an: *c/o VAPET, "Molli", Grotten-str.14, 44789 Bochum.*

Rund um's Zeitung Machen – eine Fortbildung von Frauen für Frauen veranstaltet die Wuppertaler Frauenzeitung Meta M. **vom 26.11. bis 28.11.** in der Börse, Wuppertal. (mit Teilnahmegebühr). Es geht ums Konzeptionieren und gestalten, ums Schreiben und ums Finanzieren einer Frauenzeitung.

Kontakt: *Wuppertaler Frauenzeitung Meta M., PF 200552, 42205 Wuppertal*

Vom **3.-5.12.** findet in Berlin das **Sozialpolitische Forum** 1993 unter dem Motto "Begegnung und Vernetzung sozialpolitischer Initiativgruppen aus Ost und West" statt. Sechs Themen sollen diskutiert werden: Erwerbslosigkeit/Grundsicherung, Wohnungsnot; Multikulturelles Leben; Alternative Wirtschaftsformen; Jugendumweltbewegung; Ambulante Dienste/Pflegeversicherung. Das Sozialpolitische Forum will den Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag und ungerechte Umverteilungspolitik organisieren.

Kontakt: *AG SPAK, Adlzreiterstr.23, 80337 München, Tel. 089-774078*

Hamburg: Das **Libertäre Zentrum** existiert nun schon seit Oktober 1986. Es sieht sich in der Tradition der spanischen "Ateneos Libertarios" und will AnarchistInnen verschiedener Richtungen gemeinsame Räume anbieten. Eine ausführliche Selbstdarstellung kann jetzt gegen Rückporto angefordert werden. Kontakt: *Libertäres Zentrum, Lagerstr.27, 20357 Hamburg, Tel. 040-430 13 96*

Zu den festen monatlichen Terminen gehören:
Dienstags (19-24 Uhr):
Cafe/Kneipe
Mittwoch (19-21 Uhr):

Libertäre Bibliothek
Donnerstag (ab 18 Uhr):
FAU-IAA (AnarchosyndikalistInnen-Treffen)
(ab 20 Uhr): Radio Loretta-Gruppenabend.

Radio Loretta sendet auf 96,0 MHz jeden Mittwoch von 22-23 Uhr und Samstags von 21-22 Uhr!

Vom 4.12.-5.12. ist ein **antimilitaristischer Anarcho-Kongreß** in San Floriano de Polcenigo (Friaul) geplant. Organisiert von den anarchistischen Föderationen Italiens (FAI) und Frankreichs (FAF), der Gruppe Germinal in Triest und der anarchopazifistischen Gruppe ZAPO aus Zagreb.

Kontakt: *Germinal, Via Manzinni 11, I-34121 Triest, Tel.: It--040638096*

Mölln: Seminar zum 1.Jahrestag des Mölln Anschlags vom **20.11.-23.11.**.

Kontakt: *Verein zur Förderung multikultureller Begegnung, Wasserkrüger Weg 14, 23879 Mölln, Tel. 04542-87463.*

Unter dem Stichwort "Wahlen und Bomben" findet in **London am 28.11.** ein Seminar über die europäische und nordamerikanische Ultra-Rechte statt. Veranstalter sind das Spiro Institute und Searchlight.

Kontakt: *Searchlight, 37B New Cavendish Street, GB-London W1 M8JR*

TERMIN



Autonomes Info Büro in Göttingen im Juzi geöffnet, werktags ab 16 Uhr.
Kontakt: *Juzi, Bürgerstr.41, Tel. 0551-7703735, Fax 0551-74557*

Für den **13./14.11.** lädt der Projektbereich Internationalismus der **Ökoli** ins Umweltzentrum Bielefeld (August-Bebel-Str.16). Thema der Veranstaltung: "An deutschem Wesen wird die Welt verwesen" (oder: Wem dient unsere offensive humanitäre Verteidigungsarmee?).

Kontakt: *Ökoli, PB Internationalismus, c/o Karin Döpke, Schulstr.47, 80634 München, Tel. 089-166321*

"Asyl in Deutschland" - über Asylsuchende wird überall diskutiert, immer über die Probleme, die sie machen, fast nie über die Probleme, die sie haben. Viele, auch Linke, reden über sie und kennen kaum welche. Ein gemeinsames Seminar für Asylsuchende und Interessierte Deutsche veranstaltet das AKE-Bildungswerk im Jugendhof Vlotho vom **15.1.-16.1.94**

Wo gibt es den SF?
-weitere Verkaufstellen finden sich in:
30451 Hannover, Bibliothek-Café Rhizom, Weckenstr.1 (Ecke Köthnerholzweg)
30167 Hannover, Internationalismus Buchladen, Engelborsteler Damm 10

Die Afrikanische Union in Hamburg organisiert ein internationales Seminar zu Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus vom 17.11.-20.11. unter dem Titel: **"Afrika 1493-1993 – 500 Jahre Missionstätigkeit".**

Kontakt: *Afrikanische Union, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040-3902875*

"Weltbund zum Schutze des Lebens" und "Collegium Huamanum" (Sitz Vlotho) als Zentren **ökofaschistischer Ideologie?"** - Vortrag mit Jutta Ditfurth im Jugendhof Vlotho am **13.11.**

Kontakt: *Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str.1, 32602 Vlotho*

Anares Info: Dieses von der *Anares-Föderation kostenlos verteilte Info* mit Antiquariatsangeboten und Neuerscheinungsvorstellungen zu Themen, die direkt oder indirekt mit "Anarchismus" zu tun haben, wird aus Post-Kostengründen statt sechsmal nur noch viermal pro Jahr erscheinen. Dafür jedoch mit Rezensionen "angereichert". Portospenden, Verlagsanzeigen und Mitarbeit sind erwünscht, eine Schwerpunktausgabe zu **Kropotkin** ist in Vorbereitung. Der nächste Redaktionsschluß ist der 15.Januar, ab da im vierteljährlichen Rhythmus (15.4., 15.7., 15.10.).

Die bisherige Auflage von 1500 Exemplaren muß aus Kostengründen überdacht werden, die bisherigen BezieherInnen des Infos und Neuinteressierte sollten sich deshalb (mit ihrer neuen PLZ!!) bei den einzelnen Vertriebsgruppen melden und mitteilen, ob sie das Info weiterhin erhalten wollen!

Redaktionsadresse ist der *Dachkammer-Buchvertrieb, PF 120 423, 68055 Mannheim.*

Am 25.11.1960 starben in der Dominikanischen Republik drei Frauen. Sie wurden vom militärischen Geheimdienst gefoltert, vergewaltigt und ermordet. Als 1981 ein Treffen von Feministinnen aus Lateinamerika und der Karibik in Bogotá stattfand, wurde dieser **25.11. zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen** ausgerufen.

In diesem Jah will *Terre des Femmes* sich auf Gewalt an Frauen im eigenen Land konzentrieren, genauer auf "die Gewalt an Frauen in Fernsehbeiträgen."

Deshalb plant Terre des Femmes am **Do, den 25.11. 1993 Aktionen vor den Privatsendern** *(RTL Plus, Aachenerstr.1036, 50858 Köln-Junkersdorf), (SAT 1, Hegelstr.61, 55122 Mainz), (PRO 7, Bahnhofstr.27a, 85774 Unterföhring b. München).*

Kontakte: *(für Köln): Karin Hinkel, Am Parkgürtel 8, 50823 Köln, Tel. 0221-5506835*

(für Mainz): Anne Bleckmann, Fröbelstr.2, 61231 Bad Nauheim, Tel. 06032-85764

(für München): Terre de Femmes, PF 2531, 72015 Tübingen, Tel. 07071-24289

Auch die **Frauen-AG der Graswurzelwerkstatt Köln** ruft zu **internationalen Aktionstagen vom 30.10. bis zum 6.12** zur "Beendigung der Gewalt gegen Frauen" auf. Über dezentral geplante Aktivitäten informiert:

Graswurzelwerkstatt Köln, Scharnhorststr.6, 50733 Köln.

Neue Bücher

Der letzte IDES

Nach der Auflösung zahlreicher Lateinamerika-Solidaritätsgruppen ist, mit etwas Zeitverzögerung, am 25.Juni 1993, mit dem endgültig letzten IDES (Informationsdienst El Salvador) auch eines der wichtigsten Medien der ehemaligen Bewegung von der Bildfläche verschwunden. Über den beachtlichen Zeitraum von 13 Jahren versorgte der *ides* die lateinamerikainteressierten Menschen in der BRD wöchentlich mit aktuellen Meldungen über und von den revolutionären Bewegungen auf dem amerikanischen Kontinent.

Die Grundsteinlegung für das Zeitungsprojekt erfolgte auf dem ersten Bundestreffen der El Salvador-Solidarität im Sommer 1980 auf Anregung der VertreterInnen der salvadorianischen Opposition in der BRD. Bereits am 8.Juli erschien die erste Ausgabe des *ides*. Parallel zum Erstarken des Widerstands in El Salvador verbreiterte sich die Solidaritätsarbeit und das Bedürfnis nach Informationen, welches die bürgerlichen Medien niemals befriedigen konnten. Der *ides* konnte in der Folge zeitweilig eine Auflage von 4000 Exemplaren erreichen.

Inhaltlich wurde der Informationsdienst seit 1982 bereichert. Mehrere Länderkomitees steuerten seitdem Beiträge zu Nicaragua, Honduras und Guatemala später auch noch zu Mexiko und Kolumbien bei. Von diesen Komitees ist in Berlin lediglich das Guatemala-Komitee übrig geblieben. Hinter der Arbeit der übrigen Länderberichte standen jeweils Einzelpersonen, für die der Arbeitsaufwand, um Kontinuität zu gewährleisten, entsprechend größer war. Die Frustrationsgrenze war mit dem Zählen der bezahlten ABOs nun endgültig erreicht. Der Finanz- und Arbeitsaufwand stand in den letzten Monaten in keinem sinnvollen Verhältnis mehr zur Anzahl der vielleicht 300 Personen zählenden LeserInnengemeinschaft und den etwa 100 bezahlten ABOs.

Daß die Lateinamerika-Solidarität in der BRD heute keine relevante Bewegung darstellt, hat die 500-Jahre-Kampagne gezeigt und somit ist das Verschwinden des *ides* nur ein Spiegelbild der Situation.

Für die, die den *ides*, bzw. die Informationen aus Amerika, vermissen, gibt es seit einiger Zeit den "POONAL"-Nachrichtendienst *(c/o FDCL, Gneisenaustr.2, 10961 Berlin)*, der mit einem anders ausgelegten Konzept die Informationsdefizite der Tages- und sonstiger Presse auffängt. Auch der *Poonal* stützt sich hierbei auf direkte Quellen in Lateinamerika und erscheint ebenfalls wöchentlich.

Hermann Werle

Ricardo Falla: Masacres de la Selva, Ixcan Guatemala (1975-1982)

Nachdem sich die Solidaritätsgruppen für die emanzipatorischen Bewegungen Zentral- und Lateinamerikas größtenteils aufgelöst haben, ist auch das Interesse an politischer Literatur aus diesen Ländern hierzulande stark zurückgegangen.

In den Zeiten, in denen auch dort keine spektakulären Siege in Guerillakriegen zu erwarten sind, werden die aktuellen Versuche zu wenig beachtet, von den Volksbewegungen erkämpfte demokratische Öffnungen zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte zu nutzen. Dafür ist das Buch des katholischen Theologen Ricardo Fallo aus Guatemala ein gutes Beispiel. Als Ergebnis seiner jahrelangen Recherchen im Gebiet des Ixcan im Norden des Department Quiche und dem Gebiet zwischen den Flüssen Ixcan und Xalbal legte er Ende letzten Jahres sein Buch *Masacres de la selva* vor.

In der militärisch überwachten Kasernenhofdemokratie Guatemalas, jüngst erneut in den Schlagzeilen, rührte Fallas Buch an einem Tabu. Jede Kritik am allmächtigen Militär kam bisher einem Todesurteil gleich. Auch Ricardo Fallo mußte nach Mexiko emgirieren, nachdem er wegen des Buches Todesdrohungen erhielt.

Dieses Buch führt uns in die blutige Periode der Jahre 1975-1982, in denen das guatemaltekische Militär mit Unterstützung der USA mit Massakern an der Bevölkerung ganzer Dörfer und kleiner Städte der wachsenden Oppositionsbewegung der größtenteils indigenen Bevölkerung herr zu werden versuchte.

Im Vorwort stellt Falla die Frage: *"Für wen schreibe ich über die Massaker? Warum rufe ich die Erinnerungen an diese Greuel wieder wach?"*

Er antwortet gleich selbst, daß diese Zeugnisse der Überlebenden neben dem emotionalen *"Schreib es auf, damit es nie wieder vergessen wird"* auch positive Zeichen sind. *"Zwischen dem Grauen ist das Zeugnis der erstaunlichen Realität: Ich bin am Leben geblieben. Dieses Buch will die hunderte von Zeugen in die Welt rufen lassen: Wir leben – unerhörterweise, wir leben."*

Im Anschluß daran findet sich ein knapper Abriß der guatemaltekischen Geschichte der letzten 30 Jahre, der mit dem Erstarken der Volksbewegungen und der Guerilla in den Jahren 1966-1982 endet. Angespornt durch den Sieg der SandinistInnen 1979 in Nicaragua war für große Teile vor allem der indigenen Landbevölkerung die Revolution wahrscheinlich und erstrebenswert. Die Antwort der Militärs waren jene Massaker, die im Buch untersucht werden. Nach Militärangaben wurden 440 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Die Zahl der Ermordeten schwankt zwischen 10.-20.000 (konservative Kreise) und 50.-75.000 (Untersuchungen der Volksbewegungen).

In mühsamer Kleinarbeit besuchte Falla diese Stätten der Massaker und brachte die wenigen Überlebenden zum Sprechen. Was er aufführt ist eine Statistik des Grauens. In zahlreichen Tabellen werden die Opfer der Massaker aufgeführt, ihr Alter, ihre Verwandtschaftsbeziehungen. Beispielsweise führt Falla die Massaker in Cuarto Pueblo vom 14.-17.März 1982 auf, die in der Weltpresse unbeachtet blieben (S.114ff.). Die jüngsten Opfer waren 6 Monate alt, die Älteste 80 Jahre.

Mit derselben Akribie werden die anderen Massaker chronologisch aufgeführt, ihr Ablauf soweit möglich rekonstruiert und die Daten der Ermordeten dokumentiert.

Im letzten Kapitel widmet sich Falla den *refugiados* (vor dem Militär Geflohene, die nun nach Guatemala zurückkehren wollen) und den BewohnerInnen der "Comunidades de Population en Resistencia" (CPRs). Das sind die Widerstandsdörfer (vgl. SF-2/93) im schwerzugänglichen Regenwald, in die sich viele Idigenas vor dem Staatsterror geflüchtet haben. Sie fordern ihre Anerkennung als Zivilbevölkerung. Mit diesen Zeugnissen unterstützt Falla die Kampagne zur Rückkehr der Flüchtlinge (vgl. SF 1/93) und der Eingliederung der CPRs ins zivile Leben.

Es wäre wünschenswert, wenn mit einer baldigen Übersetzung des Buches ins deutsche diese Forderungen hierzulande popularisiert werden würden.

Vorerst kann die spanische Ausgabe bestellt werden: *Informationsstelle Guatemala, Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205, 53110 Bonn.*

Ricardo Falla: Masacres de la selva,

Editorial Universitaria, Coleccion 500 Años, Guatemala-City 1992 (253.S., ca.8.-DM)

Peter Nowak

»Chronik eines angekündigten Todes«. Zur Liquidierung des Grundrechts auf Asyl.

Ratgeber zum neuen Asylrecht (Stand 1.7.93), 112 S., 10.-DM

Am 1.7. trat die neue Asylrechtsänderung (GG Art.16a) zusammen mit erneuten Verschärfungen im Asylverfahren in Kraft. Im Ergebnis kann nur noch ein sehr begrenzter Teil von Flüchtlingen ein Asylverfahren betreiben.

Für all diejenigen, die in der Flüchtlingsberatung und -betreuung, in Fachkreisen und politischen Zusammenhängen sich die Haare raufen, um das komplizierte Gesetzeswerk zu verstehen, sei nun Hilfe gewährt. Der *Hamburger Arbeitskreis Asyl* hat einen Ratgeber zur Asylrechtsänderung herausgegeben, der die aktuellsten Änderungen sachgerecht und verständlich präsentiert und politisch kommentiert.

In einem detaillierten Leitfaden wird der Weg von der Asylantragstellung bis zur Ablehnung (oder Anerkennung) mit all seinen Instanzen unter Angabe der jeweiligen rechtlichen Grundlagen beschrieben, Sonderregelungen benannt und explizit auf zu beachtende Schwierigkeiten und Fallen hingewiesen. Ein Überblick über die Bestimmungen zur Neuregelung der Erstaufnahme für Flüchtlinge (ZAST) nach der Änderung des Asylverfahrensgesetzes listet die massiven Verschlechterungen für die Flüchtlinge auf. So wird die Beratung der Flüchtlinge, wie sie ihr formales Recht auf Asyl überhaupt noch in Anspruch nehmen können, nicht mehr gewährleistet. Der *Hamburger Arbeitskreis Asyl* rät dazu, in direkter Nähe der ZAST-Stellen unabhängige Beratungsstellen aufzubauen.

Interessant als Hintergrundsmaterial ist die Erstellung einer Chronik der Asylpolitik und des Asylrechts seit 1948. Auf ca. 30 Seiten werden die Änderungen im bundesdeutschen Asylrecht auf ihrem jeweiligen politischen Hintegrund dokumentiert und die europäischen Parallelen eingearbeitet.

Am Schluß der Broschüre finden sich die häufig schwer zugänglichen Gesetzesänderungen zum 1.7.93 im Originaltext: Asylrechtsänderung, Altfallregelung für Asylantragstellungen vor dem 1.1.91 etc.

Bestelladresse: *Hamburger Arbeitskreis Asyl, Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040-3908862*

gg/ac

Karl Heinz Roth - Politische Texte

Mit *"... und es begann die Zeit der Autonomie"* liegt endlich eine Einführung in die bundesdeutsche Rezeption der in Italien entwickelten Theorie des *Operaismus* vor. Dies geschieht am Beispiel des politischen und wissenschaftlichen Wirkens von Karl Heinz Roth. Roth war nach seiner Zeit beim Hamburger SDS einer der führenden Theoretiker des Operaismus (Hauptwerk: ‚Die andere Arbeiterbewegung', 1974) und Mitbegründer der Zeitschrift *‚Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft'* und deren Nachfolgeprojekt *‚Autonomie. Neue Folge'* (eingestellt 1985). Seitdem arbeitet er am von ihm mitaufgebauten ‚Hamburger Institut für Sozialgeschichte des 20.Jahrhunderts' und deren Zeitschrift *"1999"* mit. Er interveniert in politische Auseinandersetzungen (Hafenstrasse, ‚Radikale Linke') und arbeitet seit 20 Jahren als Arzt.

Das Buch behandelt weniger die ausführlichen Forschungen Roth's zum Nationalsozialismus, zur Eugenik oder zur ArbeiterInnengeschichte, sondern hat die theoretischen Grundlagen, deren Herausbildung und Veränderungen zum Thema. Dabei darf einen die oftmals etwas bombastische Sprache nicht abschrecken. Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Abschnitt steht die Biographie von Roth und eine Einführung in ‚Operaismus' durch die HerausgeberInnen. Danach beginnt der Abschnitt, der sich direkt mit Roth beschäftigt: ‚Die andere Arbeiterbewegung', die theoretische Figur des "(multinationalen) Massenarbeiters" und die Kämpfe im Produktionssektor. Nach einem kurzen Abschnitt über den bewaffneten Kampf folgt die "Entdeckung" des Reproduktionssektors: die neuen sozialen Bewegungen und theoretischere Arbeiten. Dazu werden acht Thesenpapiere Roth's aus 1978 bis 1993 dokumentiert.

Im Buch wechseln sich einführende und kommentierende Abschnitte der HerausgeberInnen mit der Dokumentation von Texten ab. Ein ausführliches Interview der HerausgeberInnen mit Roth beschließt den Band. Anhand des Buches kann die praktische und theoretische Arbeit von Roth nachvollzogen werden. Dieser hat sich in den vergangenen 25 Jahren zwar oft geirrt, aber nie resigniert oder sich in den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb integriert.

Einen anderen Ansatz verfolgt die zweite Neuerscheinung zu Roth. "Patient Geschichte" ist eine Festschrift anläßlich seines 50. Geburtstages. In ihr sind 20 Beiträge von AutorInnen aus dem Umfeld der ‚Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20.Jahrhunderts' und "1999" versammelt. Inhaltlich sind die Beiträge breit gestreut: sie reichen von ArbeiterInnen- und Umweltgeschichte bis zu Bevölkerungspolitik. Vernichtung und Entwicklung im Nationalsozialismus, die Geschichte der Linken in Italien und Revolutionstheorien sind weitere Kapitel des Buches. Ferner gibt es einen von Angelika Ebbinghaus verfassten politischen Lebenslauf Roth's, und eine fast vollständige Bibliographie seiner Veröffentlichungen.

Als Taschenbuch ist nun "Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung", ein wichtiges Werk zur Diskussion um die "Öko-

nomie der Endlösung", erhältlich. Das Buch kommt aus derselben theoretischen Tradition wie die Arbeiten von Roth und der 'Hamburger Stiftung' zum Nationalsozialismus. Es beschreibt detailliert, wie planerische Eliten im Nationalsozialismus versuchten, Europa nach ihren rassistischen Vorstellungen neu zu ordnen, indem sie durch Vernichtung und Rationalisierung modernisierten und zu "überflüssigen Essern" erklärte Bevölkerungen zur "Ausmerzung" bestimmten. Zur Vernichtung und Inwertsetzung der Subsistenzökonomien Ost- und Südosteuropas und zur Schaffung des "Großwirtschaftsraumes Europa" setzten diese Technokraten modernste wissenschaftliche Methoden ein.

be

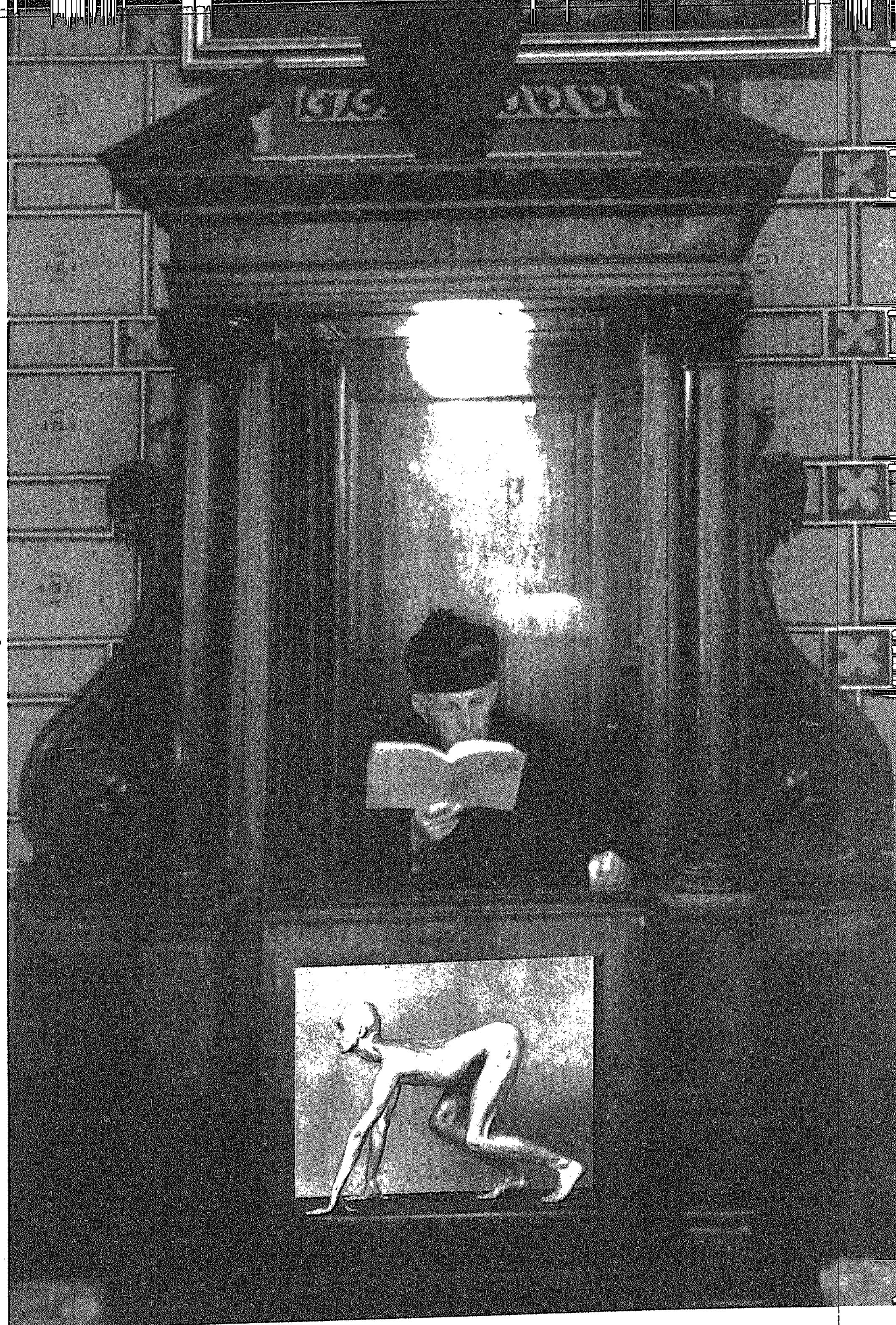
Frombelov (Hg.): ... und es begann die Zeit der Autonomie; Verlag Libertäre Assoziation Hamburg, ca. 330 S., 24 DM

K. Linne, T. Wohlleben (Hg.): Patient Geschichte; 374 S., 27 DM, nur bei 2001 Versand, Postfach, 60381 Frankfurt, Bestellnr. 11592

Götz Aly, Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung, Fischer Verlag 1993; 540 S., 19,90 DM

Das Agrarbündnis (bisher: Dachverband der Deutschen Agraropposition) hat den ersten **Kritischen Agrarbericht** als Alternative zum alljährlichen Agrarbericht der Bundesregierung vorgelegt. Es will mit einem ‚anderen' Blick die reale Situation der Landwirtschaft darstellen. Die größtenteils aus den Mitgliedsverbänden des Agrarbündnisses stammenden AutorInnen verfassten über 50 Beiträge zur europäischen und deutschen Agrarpolitik, zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Landwirtschaft, zum Verhältnis Landwirtschaft und Naturschutz bzw. Landwirtschaft im internationalen Zusammenhang, zu Tierhaltung und Tierschutz, Nahrungsmittelqualität und VerbraucherInnenpolitik. Im zweiten Teil des Buches soll der Diskussionsstand nicht nur in den Reihen der Agraropposition dokumentiert werden. Wer sich für Landwirtschaft und die damit verbundenen Problembereiche wie ländlichen Raum, Natur- oder Tierschutz oder "3. Welt"-Solidarität interessiert, hat mit dem "Agrarbericht" ein profundes ‚Jahrbuch' zur Hand.

Kritischer Agrarbericht; 300 S. B 5, 29,80 plus 3 DM Porto bei Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Nordrheda 3, 33378 Rheda-Wiedenbrück



Liebe und Anarchie

Chansonnier Léo Ferré gestorben

Mit dem Tod des Poeten Léo Ferré hat das französische Chanson seinen bekanntesten Anarchisten verloren. Immer wieder hat der Sänger und Komponist die individuelle und kollektive Freiheit zum Hauptthema seiner Lieder gemacht. Ebenso populär wurden seine Vertonungen von Gedichten von Louis Aragon, Charles Baudelaire oder Arthur Rimbaud. Der Monegasse ist – wie erst jetzt bekannt wurde – am 14. Juli im Alter von 77 Jahren bei Siena gestorben.

Rund 350 Chansons („Paris Canaille") hat der Künstler mit der Löwenmähne geschrieben und damit vor allem das bürgerliche Establishment attackiert. Kompromißlos bis zum Ende hat der Autor von „Ni Dieu, ni maitre" (Keinen Gott, keinen Herrn) seine Ideale verteidigt. Ferré gehörte keiner Partei an und ließ sich vor keinen ideologischen Wagen spannen. „Ich bin ein Anarchist, aber ein Einzelgänger", sagte er.

Ferré, Sohn eines Personalchefs des Casinos in Monte Carlo, wollte schon als Kind Dirigent werden. Vor seinem Militärdienst im Jahre 1939 studierte er Recht. Edith Piaf riet ihm, nach Paris zu gehen. 1954 wurde Ferré, der bereits in Paris in Kabaretts auftrat und Konzerte für anarchistische Vereinigungen gab, im „Olympia", dem Mekka des Showbusiness, mit „Graine d'ananar", „Le piano du pauvre" oder „Monsieur William" berühmt.

In der Folge sang er auf Solidaritätskundgebungen, in Fabriken für streikende Arbeiter oder 1968 für aufständische Studenten. Mehrere seiner Chansons wurden zensiert, so während des Algerienkriegs 1962 „Mon general". Sein 1970 erschienenes Album „Amour Anarchie" enthielt sein Credo. Zu Klassikern des französischen Chansons rückten „Avec le temps" und „La Solitude" auf. *dpa*

btr. "Ökofaschismus und New Age" von Peter Bierl in SF 2/93

Auch Bakunin ein Faschist?

War interessant von faschistischen Ideen der Ökos zu lesen. Sicher gibt es grüne Repression und Intoleranz. Doch das Herumwerfen mit dem Wort »Faschismus« dient nicht weniger der Repression und Zensur von Andersdenkenden. Wir Anarchisten sind ja gewohnt, als "fünfte Kolonne Francos" tituliert zu werden. Leute wie Erich Mühsam wären Peter Bierl zufolge ebenfalls Ökofaschisten, weil sie dem Materialismus eine "geistige Erneuerung" und eine "natürliche", "organische" Lebensordnung entgegensetzten (siehe *"Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat"*). Ähnlich wie Nietzsche stellte Bakunin "Volk" und "Leben" über die tote Wissenschaft – war auch er ein Faschist?

Nein, die alten Anarchos hatten nur begriffen, was einige Linke immer noch nicht kapieren: daß gerade die bodenlose Herrschaft der Wissenschaft, der "Ratio", solche Mißgeburten wie den Faschismus hervorbringt. Gerade rationale Verwaltung und Gleichschaltung weckt bei den Gleichgeschalteten den Haß auf alles "Fremde". Doch von dieser "Dialektik der Aufklärung" scheinen die aufgeklärten Marxisten noch nichts gehört zu haben. Wenn Peter Bierl die "mythische" Auffassung der Natur verurteilt, setzt er wie Vater Marx das Weltbild der Physik voraus, das bekanntlich vom Interesse des Kapitalismus getragen wird. Wie weit wir mit dieser "entmythisierten" Natur gekommen sind, sehen wir heute. Natur (und Mensch) verkamen zum bloßen "Gegen-Stand" in der Hand der Macher. Diese patriarchalische Sicht setzt Peter Bierl fort, wenn er seine "rationale Analyse der ökologischen Zusammenhänge" predigt. Das bedeutet: umwelttechnokratische Optimierung der Naturbeherrschung. Die "ökologische Linke" ist reiner Etikettenschwindel. Indem sie alle Kritik am Fortschritts-Mythos, alle anderen Bilder der Natur gleichmäßig als "faschistisch" denunziert, reproduziert sie die herrschenden Verhältnisse – und damit die Wurzeln des Faschismus.

Daniel Salber, Bornheim

Anm. d. SF-Red.:
Obwohl wir dem inflationären Gebrauch des "Faschismus"-Stigmas durchaus kritisch gegenüberstehen, teilen wir die Ansicht Peter Bierls, daß der Einbruch neurechter Ideologie in die Öko- und New Age-Szene viel mit dem unkritischen Naturverständnis dieser Bewegungen zu tun hat. Wer zudem den Faschismus auf die "bodenlose Herrschaft der Wissenschaft" zurückführt und sein Heil demgegenüber in einer mythischen (Gesellschafts-?)auffassung sucht, verkennt die fundamentale Rolle des Mythos sowohl im Faschismus wie in der Geschichte der Herrschaft überhaupt.
Abgesehen von der Tatsache, daß die "Natur"-Begriffe eines Mühsam oder Bakunin von denen der Ideologen Fritjof Capra, Alain de Benoist oder Herbert Gruhl inhaltlich sehr verschieden sind, halten wir eine Diskussion auch über "traditionell anarchistische" Begrifflichkeiten keinesfalls für ein Tabu.
So macht es selbstverständlich einen Unterschied, ob von einer "entfremdeten" oder einer "unnatürlichen" Lebensweise die Rede ist, oder ob mensch den "geschichtlichen" (d.h. seine Geschichte bewußt und frei selbst gestaltenden) oder den "natürlichen" (d.h. von der Natur bzw. transzendenten Mächten determinierten) Menschen zu verwirklichen gedenkt.
In diesen Kontext stellt Peter Bierl seine Forderung nach "rationaler Analyse der ökologischen Zusammenhänge". Über eine Kritik bzw. Akzeptanz des Industrialismus und des linear-mechanistischen Denkens ist mit diesen Worten noch gar nichts ausgesagt. Nicht umsonst heißt es ja DIALEKTIK der Aufklärung.

btr. Ökofaschismus-Artikel von Peter Bierl, SF-2/93

Nachdem ich nun von einigen Ökoli-Freunden die Austrittsbegründungen ("Warum sind wir so geil auf Parlament und Partei in Zeiten der Parlaments- und Parteienverdrossenheit?") nach einer frustrierenden (Hessen-)Wahl gelesen habe und die Gruppe Ökoli inzwischen wohl im selben Bermuda-Dreieck verschwunden sein dürfte wie seinerzeit Koppiks und Hansens DS, lese ich Peters interessanten Essay *"Ökofaschismus und New Age"* im SF. Ein Kompliment an ihn für umfangreiche und detaillierte Quellenanalyse, die mir – wie das immer so geht, einige neue Anregungen gegeben hat. Schade, daß die inhaltlichen Wertungen und Folgerungen durchweg veraltet "links" ausfallen – ich vermisse die neue Denkdimension. Peter setzt den Wertkonservatismus klar in die "rechte" Ecke. Lorenz, Guhl etc. sind Öko-Faschisten, wer hätte das gedacht?! Justus F. Wittkop zum Beispiel siedelt in seinem Buch *"Unter der schwarzen Fahne"* den Wertkonservatismus in der anarchistischen Ecke an, wie auch die gesamte Öko-Bewegung, die sich ja zuerst in den USA politisch bemerkbar gemacht hat. Namen wie Bookchin fallen in diesem Zusammenhang. Es ist wahr, daß die europäisch-rückständige Form der "Linken" bis hin zur Gründung der GRÜNEN mit der Ökologie nichts anzufangen wußte und letztendlich auf einen losfahrenden Zug aufsprang, um überhaupt noch Land zu sehen. Den Zusammenbruch der Sowjet-Union und des gesamten realsozialistischen Ostens kann man getrost der Unfähigkeit zurechnen, die Ökologie als fundamental neuen Denkansatz zu erkennen, geschweige denn zu akzeptieren. Die "Linke" der europäischen Interpretation hat sich ihr vehement verschlossen und dann, als es gar nicht mehr anders ging, draufgesetzt, um sie zu benutzen. Das konnte nicht gut gehen, denn die Verinnerlichung fehlte und letztendlich auch der sachliche Bezug. Aus dieser Unfähigkeit der "Linken" traditionellen Zuschnitts haben wir jetzt die schlimme Situation, in der der Kapitalismus meint Sieger zu sein und sich alle Plumpheiten erlauben darf, ohne Angst zu haben, in irgendwelcher Form und absehbarer Zeit bestraft zu werden. Das ist das "Loch" der Post-moderne, in dem der Neo-Faschismus herumstochert und sich mehr und mehr profiliert. Ich empfehle die genaue Analyse unseres Ökosophen-Artikels "Partei(en) und Anarchismus" und erinnere an die Möglichkeit, daß das ganze "Rechts-Links-Konstrukt" und damit die europäische "Moderne" im Orkus der Postmoderne verschwinden könnte, wenn nicht... ja was?

Haben die Anarchisten mit ihrer moralischen Anbindung an eine nicht mehr vorhandene "linke Arbeiterklasse" da wenigstens noch eine Chance? Zweifel dürften angemeldet werden. Ich freue mich auf eine engagierte Erwiderung.

Rolf-Dewet Klar, Maintal

Anm. SF-Red.
Was zunächst auffällt, ist die Falle, in die mensch geht, wenn man "links" nicht näher definiert. Rolf unterscheidet nicht und seine Argumentation verliert

dadurch ihren Wert. Hätte er den Begriff "links" auf die DKP etc. eingegrenzt, wären seine Aussagen für eben diesen Teil der Linken nicht von der Hand zu weisen. Aber der Anti-AKW-Bewegung und/oder der Alternativbewegung der 70er vorzuhalten, sie sei auf den Ökologie-Zug aufgesprungen ohne die Inhalte zu begreifen, ist historisch einfach verkehrt. Wenn irgendwer auf die Ökologie-Bewegung "aufgesprungen" ist, dann die bürgerlichen Parteien und die Rechte. Zu den weiteren Widersprüchen in diesem Leserbrief erwarten wir LeserInnenzuschriften.

btr. AIDS-Diskussion in SF 1 & 2/93

Erst mal Danke für alle "Schwarze Fäden", die mich als Gefangenen-Geschenk-Abo bisher erreichten.

Hab hier Heft 2/93 vor mir und LeserInnen schrieben Briefe zur Thematik Duesberg/AIDS.

Ich bin seit 1986 HIV, halte mich – trotz enormem Stress in dieser Institution, ganz wacker. Zwar habe ich oft (dauernd) Schmerzen, teils sehr stark, doch ist *mir* durch HIV erst der Sinn meines und des Lebens überhaupt *ins Bewußtsein* gekommen! Duesberg ist meines Erachtens ein hochgradig gefährlicher, weil auch so anziehend polemisierender Mensch! Wenn ich das Geplänkel von Leuten zu Thesen der Infektiosität oder "arme Schwule" lese oder höre, wenn ich mitkriege, was Leute zu AZT schreiben, wenn sie berechtigterweise die Gewinne von "Wellcome" anprangern, spüre ich beim Absetzen von AZT, ob ich will oder nicht, daß kein Müsli, keine Freude, Natur, Liebe, daß nichts das Absacken der Kraft, Energie, Stärke aufhalten kann.

Letztlich – so sehr ich selbst Chemie *hasse* – muß ich doch immer wieder danach greifen. Hatte ich mich 1987 selbst noch, so gut ich es im Knast konnte, gegen AZT gestellt, – auch jetzt gerade habe ich es wieder abgesetzt – doch ist es ein beschissenes Gefühl, wenn Du am liebsten "die Welt andersrum drehen willst" und *keine Kraft* hast. Wenn Du loslassen mußt, wo Du sonst *mit-machst*.

Viel wichtiger, auch bei allem theoretisch Wichtigen, ist es sich aufs Wesentliche zu besinnen. Daß *wir* es sind, wir alle in dieser schnellen materialistischen Welt, deren Gesetzmäßigkeiten "wir" nicht nur scheinbar alles entgegenzusetzen versuchen, daß wir verdrängen, daß Tropenwälder, Tiere, die Liebe zum Leben *von uns* vergeudet, *von uns* zerstört wird....

Geht denn allen AIDS-Theoretikern nicht auf, daß AIDS bei allem Leid, aufzeigt wo der Weg zum Leben ist? Es könnten doch mehr erkennen, daß mehr Verzicht, mehr Leben ist. Nicht Verzicht an Liebe, Verzicht an nicht Notwendigem.

Stephan Fels, JVA Lippstadt

btr. Libertäre Tage/Libertäre Buchmesse, Artikel v. Wolfgang Haug in: SF 2/93

"Zwei Tische wurden auf der Libertären Buchmesse z.B. nicht aufgebaut bzw. mußten wieder abgebaut werden." Der eine Betroffene bin ich, der Infotisch des Büro für Lebensfreude/KGB[3] Bremen wurde nach 4 Stunden besetzt. Da die Bemühungen der Veranstalter scheiterten, die Besetzerinnen zu einer öffentlichen Austragung der Kontroverse mit mir zu bewegen und ich nicht bereit war, mit Gewalt gegen die Gewaltdrohungen meine Freiheit durchzusetzen, verließ ich die Libertären Tage. Meine Entscheidung der "Denunziation" zu weichen, hatte mehrere Gründe.

1. ich wollte mich nicht mit den gleichen Mitteln (Gewalt) wehren, die ich ablehne
2. außerdem fand ich es von mir anmaßend wegen meiner Person die gesamte Buchmesse zu gefährden... die Besetzerinnen drohten damit den Eröffnungsabend "umzufunktionieren" oder die "Tische abzuräumen".
3. fühlte ich mich nicht mehr zu hause in einer Stimmung von Denunziation, Zensur und Gewalt ohne Gesprächsbereitschaft. Statt "Lust und Freiheit" herrschte Gesinnungsterror einer kleinen Gruppe.

Der Vorschlag von Wolfgang Haug, die Beteiligten (Verfeindeten) und die Veranstalter (sowie weitere Interessierte) zu einer Diskussion zusammenzubringen, die die Vorwürfe auf den Tisch bringt, die "Parteien" konfrontiert und am Ende eine bessere Beurteilung zuläßt, sollte Grundlage einer libertären Umgangsweise sein. Ohne eine solche Diskussion (wie Ostern 93 bei mir) darf keine Entscheidung "für oder gegen" getroffen werden.

Günther Kahrs

(Zu meiner Person: ich bin 42 Jahre, komme politisch von der Jour Fix/Lehrlingsbewegung der 60er Jahre. Über die Anti AKW- (70er), Antifa- (80er) und Anti-Rassismus (90er)-Bewegungen bin ich seit 26 Jahren in Basisgruppen aktiv und arbeite seit 10 Jahren bei der Zeitschrift *"Die Brücke"* mit.)


SEX PISTOLS